

The logo for 'dreizehn' is a large orange circle. Inside the circle, the word 'dreizehn' is written in a white, lowercase, sans-serif font. Below it, the words 'ZEITSCHRIFT FÜR JUGENDSOZIALARBEIT' are written in a smaller, white, uppercase, sans-serif font.

dreizehn

ZEITSCHRIFT FÜR JUGENDSOZIALARBEIT

NR. 8 • NOV 2012 • HERAUSGEGEBEN VOM KOOPERATIONSVERBUND JUGENDSOZIALARBEIT



Bildung, Begegnung, Arbeit – europäische Perspektiven

Jugend in Europa ohne Zukunft oder europäische
Zukunft ohne Jugend?

Grenzenlos lernen – Internationale Jugendarbeit
im Kontext der Jugendsozialarbeit

Ohne Ausbildung, Arbeit, Ein- und Auskommen



Editorial

Liebe Leserinnen und Leser,

im August 2012 waren 5,5 Millionen EU-Bürger/-innen unter 25 Jahren arbeitslos – dies entspricht einer Quote von 22,7 %. Welche Erwartungen können junge Menschen in Spanien, Griechenland oder Italien haben, wenn die Zukunftsaussichten derart düster sind? Kann Europa ihnen in diesen Krisenzeiten Hoffnung machen?

Der Übergang von der Schule in eine Ausbildung und einen Beruf ist für junge Menschen generell nicht einfach zu meistern – trotz der im europäischen Vergleich geringen Arbeitslosenquote junger Menschen in Deutschland von 5,5 % sind die Bedingungen für einen erfolgreichen Start ins Berufsleben bei Weitem nicht für alle Jugendlichen gleich. Im Gegenteil: Das Bildungssystem in Deutschland selektiert vergleichsweise früh, nirgendwo sonst hängt Bildung so stark von der Herkunft ab wie hierzulande. Der Blick über den Tellerrand nach Europa kann hier positive Anregungen geben.

Von Europa lernen: Blicken wir in dieser Ausgabe der DREIZEHN also nicht nur auf die Krise und ihre negativen Auswirkungen, sondern betrachten wir auch die guten Beispiele von grenzüberschreitendem Lernen, internationalem Jugendaustausch für sozial benachteiligte Jugendliche und neuen Jugendbeteiligungsinstrumenten. Die EU-Jugendstrategie gibt hier wichtige Impulse und kann die jugendpolitischen Belange auf europäischer sowie nationaler Ebene stärken.

Noch ein Wort in eigener Sache: Seit Kurzem ist der Kooperationsverbund Jugendsozialarbeit auch in den sozialen Netzwerken aktiv. Wir laden Sie herzlich ein, uns auf www.facebook.com/KVJugendsozialarbeit zu besuchen und aktuelle Ereignisse und Veröffentlichungen mit uns zu diskutieren. Eine gute Grundlage zur Diskussion bieten sicherlich die Beiträge in dieser DREIZEHN.

In diesem Sinne wünscht Ihnen eine anregende Lektüre

Ihr

Walter Würfel

Sprecher des Kooperationsverbundes Jugendsozialarbeit

Inhalt

IM FOKUS

Schadensbegrenzung oder Perspektiventwicklung: Was bietet Europa jungen Menschen in Zeiten der Krise?	Ulrike Wisser	4
--	---------------	---

DIE ANALYSE

NEETs – eine dringende Herausforderung für das gesamte Europa	Massimiliano Mascherini, Anja Meierkord und Lidia Salvatore	8
Jugend in Europa ohne Zukunft oder europäische Zukunft ohne Jugend?	Christian Reutlinger	12
Inklusion in Europa – was Bildungssysteme voneinander lernen könn(t)en	Christian Füller	17
Die Umsetzung der EU-Jugendstrategie in Deutschland – Erfahrungen und Ergebnisse	Hans Brandtner	20
Im Gespräch mit: Dr. Stephanie Odenwald, Mitglied des GEW-Hauptvorstandes	Annika Koch und Andrea Pingel	23
Europäische Mobilität für benachteiligte junge Menschen – Voraussetzungen, Rahmenbedingungen und Erträge	Hans Steimle	25

KONTRAPUNKT

Die EU-Jugendstrategie – was bringt sie eigentlich für die Jugendsozialarbeit?	Kristin Höfler	29
--	----------------	----

VOR ORT

Kommune goes International	Tina Fritsche	32
----------------------------	---------------	----

PRAXIS KONKRET

Voneinander lernen beim Übergang Schule – Beruf	Claudia Mierzowski	35
Grenzenlos lernen – Internationale Jugendarbeit im Kontext der Jugendsozialarbeit	Daniela Keess	38
Der Strukturierte Dialog mit der Jugend: Ein europäisches Beteiligungskonzept in Entwicklung	Ann-Kathrin Fischer	42
Ausbildung in Vielfalt	Joachim Ritzerfeld	45

DER KOMMENTAR

Ohne Ausbildung, Arbeit, Ein- und Auskommen – zu viele Jugendliche in Europa sind ohne Zukunftsperspektive	Ulrike Hestermann	49
---	-------------------	----

DIE NACHLESE

Vom Europäischen zum Deutschen Qualifikationsrahmen für lebenslanges Lernen	Eberhard Funk	51
---	---------------	----

Nahaufnahme 50

Impressum 54

Schadensbegrenzung oder Perspektiventwicklung: Was bietet Europa jungen Menschen in Zeiten der Krise?

Die Finanzkrise und ihre Auswirkungen auf die Wirtschafts- und Arbeitsmärkte in Europa sind fast tägliche Mediennachrichten. Über die Konsequenzen für die alltäglichen Lebensbedingungen der Bürger/-innen wird schon weniger berichtet.

Ulrike Wissner

Dass gerade junge Menschen in vielen Staaten zu den Verlierern der Krise gehören, gerät mehr und mehr in den Blick der Öffentlichkeit, aber auch der Politik. Initiativen werden ergriffen, sowohl von den europäischen Institutionen als auch von den Mitgliedsstaaten. Aber reichen diese, oft auf kurzfristige Schadensbegrenzung ausgerichteten Maßnahmen aus, alle Jugendlichen und jungen Menschen auf die gesellschaftlichen, sozialen und beruflichen Herausforderungen im Erwachsenenleben ausreichend vorzubereiten? Der jetzt vorgelegte zweite EU-Jugendbericht zur Lage junger Menschen in Europa¹ zeigt die Folgen für die Beschäftigungssituation junger Menschen auf. Seit Ausbruch der Krise ist die Arbeitslosigkeit in der Gruppe der 15- bis 24-Jährigen EU-weit um 50 % gestiegen, von durchschnittlich 15 % im Februar 2008 auf 22,5 % im Juli dieses Jahres. Es gibt EU-Staaten, in denen jeder zweite beschäftigungsfähige junge Mensch arbeitslos ist, wie beispielsweise in Griechenland (53,8 %) und Spanien (52,9 %). Insgesamt sind in der EU mehr als 30 % der jungen Arbeitslosen seit mehr als einem Jahr ohne Job.

Arbeitslosigkeit und insbesondere Langzeitarbeitslosigkeit mit ihren bekannten sozialen und persönlichen Folgen für junge Menschen trifft heute junge Menschen in der EU aus allen Bildungsschichten. Im EU-Jugendbericht zeichnen die Statistiken von Eurostat² ein differenziertes Bild, denn natürlich sehen die Lebenslagen in den Mitgliedsstaaten sehr unterschiedlich aus. Aber insgesamt wird deutlich, warum die EU und ihre Staaten sich bei ihrer Krisenbewältigung und der Entwicklung einer EU-Strategie für intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum³ für ihre jungen Bürger/-innen besonders anstrengen sollten.

Schwierige Rahmenbedingungen für den Schritt in die Selbstständigkeit

Die EU-Kommission fasst in ihrem Bericht die aktuellen Veränderungen in der EU folgendermaßen zusammen:

- längere Bildungswege, weniger Arbeitsplätze für junge Menschen
- steigende Zahlen bei jungen Menschen, die sich nicht in Beschäftigung, Bildung oder Ausbildung befinden
- immer komplexere Übergangsphasen und Zugänge zum Arbeitsmarkt
- ein steigendes Risiko der sozialen Ausgrenzung und Armut bei jungen Menschen
- erhöhter Druck auf das Wohlbefinden und die Gesundheit junger Menschen

Als positiv hebt die Kommission hervor, dass die Zahl der Schul- und Bildungsaussteiger/-innen in der EU sinke. Außerdem unterstreicht sie die Tatsache, dass Beteiligung und Engagement junger Menschen durch die Krise scheinbar nicht leiden. Die Möglichkeiten, die sich für junge Menschen in „normalen Zeiten“ in der Übergangsphase in das Erwachsenenleben aktivierend, experimentell und unterstützend bieten, sind durch die Wirtschaftskrise erheblich reduziert. Mehr junge Menschen als zuvor durchleben die schwierige Seite des Übergangs ins Erwachsenenleben. Die Übergangsphase sei länger und härter geworden, heißt es im Bericht, was zu dem Risiko einer „verlorenen Generation“ führe.⁴

„Die Armutsquote von Kindern und Jugendlichen ist europaweit gestiegen – mit der Folge zunehmender sozialer Ausgrenzung“

Schwieriger wird die Situation für viele junge Menschen beim Schritt in die Selbstständigkeit (Studium, Arbeit und eigener Haushalt). Dabei ist auch hier die Lebensrealität von Land zu Land unterschiedlich. Junge Menschen in Süd- und Osteuropa leben länger in ihrem Elternhaus, was im EU-Jugendbericht auf die fehlenden finanziellen Mittel (weil arbeitslos oder gering bezahlt) und auf das geringe Angebot an bezahlbarem Wohnraum zurückgeführt wird. Junge Erwachsene in den Ländern West- und Nordeuropas ziehen früher von zu Hause aus und sind damit laut Statistiken einem größeren Armutsrisiko (zumindest zeitweise) ausgesetzt. Als Gründe für den früheren Schritt in die Autonomie werden soziale und kulturelle Normen, berechenbare Arbeitsmarktentwicklungen und gute Beschäftigungsmöglichkeiten sowie staatliche Unterstützungen angeführt. Das Armutsrisiko wird von der EU auf Ebene der Haushalte gemessen, weshalb junge Menschen im Elternhaus materiell besser gestellt sind als junge Menschen mit eigenen Haushalten. Die Armutsrisikorate liegt also vorwiegend in denjenigen EU-Ländern höher, in denen die jungen Menschen früher ausziehen. Die EU-Kommission bezeichnet diese Situation als ein Paradox. Bessere Rahmenbedingungen für den Eintritt in die Selbstständigkeit gingen mit einem größeren – zumindest zeitweisem – Armutsrisiko einher. Der erhöhte Druck auf Familien wirke sich darüber hinaus auch negativ auf die psychische Gesundheit einer steigenden Zahl junger Menschen aus. Bezüglich der sozialen Ausgrenzung benennt der EU-Jugendbericht zwei besonders gefährdete Gruppen: junge Menschen, die sich weder in Beschäftigung, Bildung noch in Ausbildung befinden (eine wachsende Gruppe in Europa), und junge Menschen mit



Migrationshintergrund und aus ethnischen Minderheiten, wie z. B. die Roma-Bevölkerung.

„Das gesellschaftliche Zusammenleben gerät immer mehr unter Druck“

Insgesamt zeichnet der EU-Jugendbericht kein düsteres Bild, bestätigt aber die im Jahreswachstumsbericht⁵ der EU beschriebenen Entwicklungstendenzen. Er verweist auf die Zunahme der Einkommensarmut, insbesondere der Armut von Kindern und Jugendlichen, und der sozialen Ausgrenzung, gepaart mit akuten gesundheitlichen Problemen der Betroffenen und Obdachlosigkeit im extremsten Fall. Immer mehr junge Menschen sind von sozialer Ausgrenzung bedroht. Auch wird bestätigt, dass die schwierige Arbeitsmarktsituation und die Arbeitslosigkeit den Druck auf das gesellschaftliche Zusammenleben erhöhen.

EU und Mitgliedsstaaten setzen auf die Förderung der Beschäftigungsfähigkeit

Mit der aktuellen Wachstumsstrategie der EU zur Überwindung der Krise und zur Schaffung moderner Volkswirtschaften, die auf ein intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum ausgerichtet sind, wurde auch die Zukunftsperspektive junger Menschen in den Blick genommen. Die EU-Kommission hat vielfältige Initiativen ergriffen, bekannt unter den Überschriften

„Jugend in Bewegung“, „Chancen für junge Menschen“ und „Jugendgarantie“, um nur einige zu nennen. Damit setzt sie in erster Linie an dem Problem der Jugendarbeitslosigkeit und des Schul- und Ausbildungsabbruchs an. Den Mitgliedsstaaten wird im Rahmen dieser Initiativen empfohlen, Maßnahmen aufzulegen, die insbesondere auf Jugendliche ohne Arbeits- oder Ausbildungsplatz ausgerichtet sind, qualitativ hochwertige Ausbildungs- und Praktikumsplätze anzubieten sowie Qualifikationen zur Stärkung der Eigeninitiative zu vermitteln. Die Förderung sollte insbesondere in Wirtschaftszweigen mit Beschäftigungsengpässen stattfinden, damit Jugendliche echte Berufserfahrung sammeln und schnell in den Arbeitsmarkt eintreten können. Auch die allgemeine und berufliche Bildung sollte sich stärker am Fachkräftebedarf orientieren.

Die laufenden Auswertungen der nationalen Maßnahmen⁶ durch die Europäische Kommission machen deutlich, dass die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und der sozialen Folgen der Wirtschafts- und Finanzkrise in den meisten Mitgliedsstaaten der EU eine politische Priorität darstellt. Ihrer Auffassung nach haben die Staaten bisher aber nicht genug getan, um die auf EU-Ebene festgelegten Maßnahmen auch umzusetzen. Sie nennt drei Gründe für aktuelle ineffiziente Politikansätze: das Fehlen einer übergreifenden Strategie sowie einer faktenbasierten Politik und ungenügende Prävention und wenig frühzeitige Intervention.

Wo bleiben die Chancen auf Verwirklichung?

Die aktuellen Strategien der Mitgliedsstaaten zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit und der Ausgrenzungstendenzen

„Eine ernst genommene EU-Jugendstrategie muss die Entwicklung junger Menschen insgesamt fördern und sie an der Gesellschaft teilhaben lassen“

folgen also dem traditionellen Humankapitalansatz. Dessen Fokus liegt auf der Vermittlung von arbeitsmarktrelevanten Kompetenzen und Fähigkeiten. Es fehlt dabei ein umfassendes Verständnis von Förderung: die Entwicklung und Erziehung junger Menschen zu einer eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeit.

Das Forschungsprojekt WorkAble⁷ befasste sich in den letzten zweieinhalb Jahren genau mit der Frage, wie ein „Befähigungsansatz“⁸ Politikstrategien insbesondere zugunsten der beruflichen Integration junger benachteiligter Menschen verändern könnte. Unter dem Konzept des „Capability Approach“ müssten danach Sozial-, Bildungs- und Beschäftigungspolitiken ein weitaus breiteres Verständnis von Befähigung entwickeln. Das Konzept der Befähigung zielt auf die Entwicklung junger Menschen ab, die als befähigte und verantwortungsbewusste Bürger/-innen für die europäischen Arbeitsmärkte, aber auch für das politische und soziale Leben einen Mehrwert darstellen. Es erweitert die Perspektiven des Humankapitalansatzes um die Dimension der Wahl- und Mitgestaltungsmöglichkeiten. Es geht eben nicht nur um das Ziel, nützliche und zu vermarktende Fähigkeiten und Kenntnisse zu vermitteln, es geht gerade auch um die Möglichkeiten der Selbstverwirklichung. Auf der Grundlage von Praxisbeispielen aus neun Partnerländern wurde der Grundsatz des Befähigungsansatzes in Bildungs- und Ausbildungsangeboten untersucht. Die Beobachtungen und Empfehlungen an Entscheidungsträger/-innen und Politik in der EU liegen jetzt zusammengefasst in einem European Policy Brief vor.⁹

Nach dem Befähigungsansatz sollten die Politikstrategien die Entfaltung der Vorstellungen und des Willens junger Menschen zum Ziel haben und nicht eine Definition von außen setzen, was für die Jugend gut ist. Der Policy Brief hebt die Relevanz von ganzheitlichen, multidimensionalen und integrativen Jugend-, Bildungs- und Sozialpolitiken hervor, die frühe Interventionen, die Koordination von Dienstleistungen und Maßnahmen und die Beachtung der unterschiedlichen Lebenskontexte junger Menschen erlauben, aber auch Ungleichheiten und negative Auswahlmechanismen verhindern könnten. Die Autoren betonen, dass es nicht ausreichend sei, Ressourcen anzubieten. Zentral sei vielmehr das Wissen darüber, was junge Menschen davon abhält, die bestehenden Angebote zu nutzen. Jungen Menschen müsste darum durch Bottom-up-Initiativen eine Stimme gegeben werden, die die Einbeziehung ihrer Perspektiven, Ideen, Ziele und Nöte gewährleisten würden. Staatlicher oder sozialer Druck bei Bildungs- und beruflichen Entscheidungen auf junge Menschen seien demgegenüber eher hemmende Faktoren.

Dieser notwendige Perspektivwechsel müsste aus der europäischen Bildungs- und Beschäftigungspolitik heraus entstehen.

Vorbild könnte eine geschärfte und von den anderen Politikbereichen ernst genommene EU-Jugendstrategie sein, die ein besonderes Gewicht legt auf die Beteiligung junger Menschen an demokratischen und gesellschaftlichen Aktivitäten und die die Jugendarbeit ausbauen will, um die persönliche Entwicklung junger Menschen insgesamt zu fördern „und in ihnen ein Gefühl der Zugehörigkeit zu der Gesellschaft, in der sie leben, zu wecken.“¹⁰ //

Die Autorin:

Ulrike Wisser ist Projektkoordinatorin in der Servicestelle zur Umsetzung der EU-Jugendstrategie in Deutschland bei JUGEND für Europa. E-Mail: wisser@jfemail.de

Literatur:

EUROPÄISCHE KOMMISSION (2012): Mitteilung der Kommission „Maßnahmen für Stabilität, Wachstum und Beschäftigung“. Brüssel, 30.5.2012.

EUROPÄISCHE KOMMISSION (2012²): WorkAble, European Policy Brief „Making capabilities work: New ways to tackle young Europeans’ transitions from education to the labour market“. July 2012.

EUROPÄISCHE KOMMISSION (2012³): Mitteilung der Kommission „Entwurf des gemeinsamen Berichts 2012 des Rates und der Kommission über die Umsetzung des erneuerten Rahmens für die jugendpolitische Zusammenarbeit in Europa (EU-Jugendstrategie 2010–2018)“.

EUROPEAN COMMISSION (2012): EU Youth Report, Commission Staff Working Document, Status of the situation of young people in the European Union.

Anmerkungen:

¹ European Commission (2012).

² Das statistische Amt der EU.

³ Bekannt unter dem Begriff „Europa 2020 Strategie“.

⁴ European Commission (2012), S. 6.

⁵ Der Jahreswachstumsbericht für die EU wird jährlich im Herbst veröffentlicht, er soll Orientierung für die Mitgliedsstaaten bei der Aktualisierung der Nationalen Reformprogramme für Wachstum und Beschäftigung geben.

⁶ Europäische Kommission (2012).

⁷ WorkAble ist ein Forschungsprojekt innerhalb des 7. Forschungsrahmenprogrammes der EU (Sozial- und Geisteswissenschaften) mit der Laufzeit 2010 bis 2012. Internet: <http://www.workable-eu.org/>.

⁸ Befähigungsansatz, ein gerechtigkeitsbasierter Ansatz, entwickelt von Martha Nussbaum und Amartya Sen.

⁹ Vgl. Europäische Kommission (2012²).

¹⁰ Europäische Kommission (2012³), S. 12.

NEETs – EINE DRINGENDE HERAUSFORDERUNG FÜR DAS GESAMTE EUROPA

Junge Menschen leiden unter der gegenwärtigen Rezession in Europa besonders stark. Auch ihre Beschäftigungsaussichten sind düster. Laut Berechnungen von Eurostat waren lediglich 33,3 % von ihnen im letzten Quartal des Jahres 2011 beschäftigt.

Massimiliano Mascherini, Anja Meierkord und Lidia Salvatore

Die Arbeitslosenquote unter jungen Menschen betrug im Juli 2012 22,5 %, ein steiler Anstieg gegenüber 15,7 %, dem Vergleichswert genau vier Jahre zuvor. Gegenwärtig sind also etwa 5,5 Millionen junge Menschen in Europa ohne Arbeit. Dabei existieren jedoch gravierende Unterschiede zwischen den einzelnen Mitgliedsstaaten. De facto haben sich in den meisten von ihnen seit Einsetzen der gegenwärtigen Rezession die Zahlen verdoppelt oder gar verdreifacht. Das ist beispielsweise der Fall in Spanien, Griechenland, Irland und den baltischen Republiken.

Zwar mögen diese Daten selbst schon einiges verraten. Doch andererseits gelten die Indikatoren, welche gemeinhin den Anteil junger Menschen an der Gesamtbeschäftigung darstellen sollen, als allenfalls begrenzt aussagekräftig. Denn sie verfehlen die spezifische Situation vieler junger Menschen. Die erhebliche Zahl der Studenten/-innen taucht hier beispielsweise nicht auf, da sie nicht zur erwerbstätigen Bevölkerung gezählt werden. Aus diesen Gründen richten mittlerweile politische Entscheidungsträger/-innen auf EU-Ebene ihr Augenmerk auf die NEETs. Mit diesem Akronym werden junge Menschen bezeichnet, die gegenwärtig „not in employment, education or training“ (ohne Ausbildung, Arbeit oder Schulung) sind. In der Regel geht es dabei um die Kohorte im Alter von 15 bis 24 Jahren, die ungeachtet ihrer bisherigen Bildungsabschlüsse gegenwärtig weder einer geregelten Arbeit nachgehen noch sich in der Ausbildung befinden. So laufen sie Gefahr, langfristig den Anschluss an den Arbeitsmarkt zu verlieren und damit auch sozial ausgegrenzt zu werden. Die Bezeichnung NEET wurde erstmals gegen Ende der 1980er-Jahre im UK

verwendet. Seither hat sich das Augenmerk überall in der EU auf die speziellen Risiken für junge Menschen gerichtet – die Aufgabe, sich für ihre Interessen einzusetzen, ist zentral für die politischen Debatten in Europa.

NEETs = „not in employment, education or training“

Das Ausmaß des Problems spricht für sich: Laut den jüngsten Schätzungen von Eurostat für das Jahr 2010 waren 12,8 % der 15- bis 24-Jährigen in der Europäischen Union beschäftigungslos, also etwa 7,5 Millionen junge Menschen. Hinzu kommen noch etwa 6 Millionen ältere NEETs (im Alter von 25 bis 29 Jahren). Zwar schwankt ihr prozentualer Anteil stark in den einzelnen Mitgliedsstaaten der EU, zweifellos jedoch ist ihre Zahl in allen Staaten mit Ausnahme Luxemburgs seit Beginn der Krise erheblich gewachsen.

Wer aber sind die NEETs eigentlich? Keinesfalls handelt es sich bei ihnen um eine sozial homogene Gruppe. Dieser Begriff umfasst junge Arbeitslose (kurz- wie langfristig) ebenso wie junge Menschen, die gegenwärtig und vorübergehend etwa aus Gründen wie Krankheit oder familiären Verbindlichkeiten nicht auf dem Arbeitsmarkt verfügbar sind, und schließlich auch solche, die sich aus der Gesellschaft zurückgezogen haben oder die von mehrfach gescheiterten Bewerbungen entmutigt wurden. Trotz dieser Heterogenität lassen sich einige wichtige Gemeinsamkeiten erkennen:

„Es wachsen die Risiken für Isolation, schlecht entlohnte Arbeit, Verstrickung in Kriminalität und gesundheitliche Probleme“

- Auf formalem Weg erwerben sie gegenwärtig keine weitere Bildung.
- Wahrscheinlich sind sie in mehrfacher Form benachteiligt, wie etwa durch Behinderung, geringes Bildungsniveau, Migrationshintergrund oder Herkunft aus sozial schwachen Verhältnissen.
- Ihre Chancen auf reguläre Beschäftigung auf dem Arbeitsmarkt sind gering und deshalb können sie auch nur geringe Berufserfahrungen vorweisen.

So bleiben die Fähigkeiten von vielen jungen Menschen ungenutzt. Zudem erhöhen hohe Zahlen der NEETs das Konfliktpotenzial in den Gesellschaften und Volkswirtschaften. Denn indem eine Person längere Zeit ihres Lebens in einer derartigen Situation verbringt, ist sie auch zahlreichen negativen Faktoren ausgesetzt: Es wachsen die Risiken für Isolation, für schlecht entlohnte Arbeit, für Verstrickung in Kriminalität und für Probleme mit der seelischen und körperlichen Gesundheit.

Das wiederum wirkt auf die Gesellschaft zurück. Denn diese Negativresultate burden der Allgemeinheit erhebliche Kosten auf: Wirtschaft und Gesellschaft insgesamt werden durch hohe Zahlen der NEETs herausgefordert.

Gesellschaftliche Ressourcen gehen verloren – erhebliche Kosten entstehen

Um Bürgern/-innen der EU nachvollziehbar zu machen, wie wichtig es ist, junge Menschen wieder auf dem Arbeitsmarkt Fuß fassen zu lassen oder in Bildungsmaßnahmen zu reintegrieren, müssen wir uns die Kosten vergegenwärtigen, die der Allgemeinheit aufgebürdet werden, wenn das unterbleibt. Recht vorsichtig geschätzt, führte die fehlende Anbindung junger Menschen an den Arbeitsmarkt im Jahr 2008 zu ökonomischen Verlusten in Höhe von 119 Mrd. Euro. In jeder Woche wendeten wir also 2,5 Mrd. Euro dafür auf, dass junge Menschen nicht am Wirtschaftsleben partizipieren. Das entspricht beinahe 1,2 % des Bruttosozialprodukts in der Gemeinschaft – am höchsten sind diese Verluste in Bulgarien, Zypern, Griechenland, Ungarn, Irland, Italien, Lettland und Spanien.

Ohne Beschäftigung und Perspektive sinkt auch das gesellschaftliche Engagement

Die Kosten für NEETs sind nicht allein ökonomischer Natur. Politische Entscheidungsträger/-innen sind bestürzt, denn die hohe Zahl der Personen mit NEET-Status beeinflusst auch insgesamt das demokratische Engagement von jungen Menschen und ihre Teilhabe am öffentlichen Leben erheblich. Womöglich, so die Befürchtung, werden viele von ihnen sich zunehmend aus der Zivilgesellschaft ausklippen. Laut unseren Analysen vertrauen die NEETs als Gruppe (und insbesondere die Beschäftigungslosen unter ihnen) Institutionen in bemerkenswertem Umfang weniger, ebenso ist ihre Partizipation in politischer wie sozialer Hinsicht geringer. Das ließ sich auch empirisch bestätigen. Die NEETs als Gruppe und einmal mehr besonders die jungen Beschäftigungslosen unter ihnen leben mit erhöhten Risiken für politische Entfremdung und Rückzugstendenzen aus der Gesellschaft. Deshalb erscheinen diese Sorgen innerhalb der politischen Klasse als nur allzu berechtigt. Jüngste Beispiele von Jugenddemonstrationen im UK, in Spanien und Italien zeigen die Schärfe der Probleme und die Gefahren, die entstehen, sollten die Belange dieser Menschen ignoriert werden. Auch der Zuwachs, den rechtsradikale Gruppierungen, die sich direkt an diese Unzufriedenen und Zurückgelassenen richten, in Skandinavien und anderen europäischen Ländern verzeichnen, ist ein Alarmsignal und zudem ein Hinweis dafür, welche schlimme Entwicklung künftig möglich ist.

Initiativen zur Schaffung von Arbeitsplätzen für junge Menschen

Die sozialen Folgen wie auch die Kosten, die mit dem NEET-Status einhergehen, verlangen nach neuen politischen Interventionen, um dieser Entwicklung entgegenzusteuern. Als Reaktion auf die zunehmend negativen Entwicklungen für junge Menschen auf dem Arbeitsmarkt wurden in den Staaten der EU in den letzten Jahren zunehmend politische Maßnahmen implementiert. Diese sollen die Fähigkeiten junger Men-



schen stärken, auf dem Arbeitsmarkt Beschäftigung zu erhalten, und ebenso ihre Teilhabe auf dem Arbeitsmarkt fördern.

Doch bei den NEETs handelt es sich um eine recht heterogene Population, die aus unterschiedlichen Subgruppen mit unterschiedlichen Bedürfnissen besteht. Für jede von ihnen sind spezifische politische Interventionen zu entwickeln, die sie wieder an den Arbeitsmarkt binden. Es lassen sich drei Bündel von Maßnahmen charakterisieren: die Ausbildung an sich, die Vereinfachung des Übergangs von der Schule auf den Arbeitsmarkt und Schulungen mit dem Ziel, ihre Beschäftigungsfähigkeit zu steigern.

Ein Schulabschluss für alle jungen Menschen in Europa

Zu gewährleisten, dass alle jungen Menschen ihre Bildungslaufbahn in vollem Umfang durchlaufen können, ist der erste Eckpfeiler für ihre Förderung. Dass Kinder und Jugendliche ihrer sozialen Herkunft ungeachtet ihr volles Potenzial ausschöpfen können und deshalb weniger vom Arbeitsmarkt ausgeschlossen werden, ist entscheidende Aufgabe des Bildungssystems. Die Zahl der Schulabbrecher/-innen auf eine Marke unter 10 % zu bringen, ist eins der fünf Hauptziele für Europa im Jahr 2020. Bildungspolitik soll die Risiken der kumulativen Prozesse verringern, damit junge Menschen die Schule

nicht vorzeitig verlassen. Die Interventionen können sich auf besonders gefährdete Gruppen konzentrieren (Karrierestart in Finnland), geografisch benachteiligte Gebiete zum Ziel haben (Vorzugsbildung in Frankreich) oder auch das Implementieren von Alternativen zur Ausbildung in der Regelschule (Alternieren zwischen Schule und Arbeit in Italien).

Doch es wird immer einige junge Menschen geben, welche die Schule vorzeitig abbrechen. Sie werden infolge ihrer mangelnden Qualifikationen auf dem Arbeitsmarkt benachteiligt sein. Die Form der Initiativen, diese jungen Menschen wieder an Schulen oder an Möglichkeiten der Ausbildung heranzuführen, muss sich auch am Umfang der jeweils von der Klientel benötigten Unterstützung orientieren. Frühe Schulabbrecher/-innen aus an sich schon problematischen und schwer erreichbaren Gruppen können nicht einfach auf den Weg der Schulbildung oder der Beschäftigung sozusagen zurückgeschubst werden. Im Rahmen von Praxisprojekten können sie Zeit gewinnen, um persönliche Probleme zu lösen. Nach diesem Modell sind die Produktionsschulen in Österreich angelegt oder Youthreach in der Republik Irland.

Übergänge gestalten und sichern

Wenn junge Menschen ihre Schulkarriere erfolgreich abgeschlossen haben, kommt es darauf an, sie beim Übergang in die geregelte Arbeitswelt zu unterstützen. Durch erfolglose

„Für die Arbeitgeber gibt es unterschiedliche staatliche Anreize, um junge Menschen auszubilden“

oder langwierige Bewerbungsprozeduren werden sie unter Umständen so verletzt, dass sie fortan künftige Laufbahnen oder Beschäftigungsziele von vornherein verfehlen. Hierbei können spezielle Maßnahmen ihnen in dieser kritischen Phase helfen, vernünftig und erfolgreich ihre Bewerbungsschritte zu planen oder ihnen den Weg zu Arbeitsmöglichkeiten zu ebnen. In Finnland und Schweden sind die Arbeitsämter (als staatliche Dienstleister im Bereich Arbeitsvermittlung) durch das Programm „Garantien für die Jugend“ verpflichtet, junge Menschen zu unterstützen, die als arbeitssuchend registriert sind. Bewerber/-innen haben Anspruch auf eine persönliche Bedarfsanalyse und Angebote für einen Arbeitsplatz, Ausbildung oder ein Programm zur Aktivierung innerhalb einer zugesicherten Zeit.

„Garantien für die Jugend“ verhilft der Zielgruppe nicht nur zu besser fundierten Entscheidungen. Die Initiative sorgt auch dafür, dass die angebotenen Dienste in hoher Qualität und rasch die Klientel erreichen. Sie ermutigt zu schnellem Handeln, um den Tendenzen zum Rückzug aus dem öffentlichen Leben vorzubeugen. Andere Ansätze versuchen, die verfügbaren Dienste den Bedürfnissen junger Menschen anzupassen: Institutionen werden als One-Stop-Shops konzipiert, sodass unterschiedliche Dienste in einem Gebäude vereint sind (Connexions in England und die Navigator-Zentren in Schweden).

„Garantien für die Jugend“ soll Tendenzen zum Rückzug aus dem öffentlichen Leben vorbeugen“

Die Gründe dafür, dass junge Menschen keine passenden und stabilen Formen der Beschäftigung finden, sind vielfältig. Hierzu gehören etwa Diskrepanzen zwischen den faktisch erworbenen und den auf dem Markt nachgefragten Fertigkeiten oder das Fehlen diagonalen Kompetenzen (also das Vermögen, Kenntnisse in unterschiedlichen Kontexten verfügbar zu haben) sowie schlicht fehlende praktische Erfahrungen. Deshalb lassen sich auch unterschiedliche Interventionen entwickeln, um das Profil der Berufseinsteiger/-innen den Marktanforderungen anzupassen. Praktisch ausgerichtete Trainings erhöhen spezifische Fertigkeiten. Oder der Fokus wird allgemein auf den Erwerb von Bildung und Lernkompetenzen gerichtet. Durch duale Ausbildungswege können junge Menschen besonders erfolgreich auf dem Arbeitsmarkt Fuß fassen. In Österreich wurde das Konzept der ÜBA (überbetriebliche Ausbildung) eingeführt: Hierbei wird der/die Berufseinsteiger/-in nicht an eine bestimmte Firma gebunden. So lassen sich Diskrepanzen zwischen der Nachfrage nach bestimmten Berufsausbildungen und dem tatsächlich verfügbaren Lehrstellenangebot überbrü-

cken. Zudem fungiert ein solches Angebot als Auffangnetz für diejenigen, die nicht bei dem Ausbilder ihrer Wahl unterkommen konnten. Junge Menschen erhalten also an derartigen Berufsbildungszentren eine volle und uneingeschränkt anerkannte Ausbildung und vertiefen dabei ihre Kenntnisse durch Praktika bei unterschiedlichen Arbeitgebern.

Ebenso können sich praktische oder logistische Barrieren auf-tun, wenn junge Menschen auf den Arbeitsmarkt drängen. In vielen Ländern wurden unterschiedliche Anreize implementiert, damit ein Arbeitgeber Heranwachsende rekrutiert, aus-bildet oder auch zusätzliche Stellen für sie einrichtet: Hierzu gehören Steuererleichterungen, Hilfsfonds oder Nachlässe bei den Lohnnebenkosten (Start Card in Ungarn). In manchen Ländern wurden auch Startprogramme für junge Unternehmer/-innen oder für die berufliche Selbstständigkeit eingerichtet, damit Angehörige dieser Kohorte eigene Geschäftsideen besser realisieren können. Und schließlich wurden in einigen Ländern Unterstützungsfonds eingerichtet, um etwaige praktische oder logistische Barrieren zu konterkarieren, welche die Beschäftigung verhindern. So lassen sich Anreize für geografische Mobilität schaffen oder benachteiligte Jugendliche (solche aus sozial schwachen Verhältnissen oder mit Migrationshintergrund) gezielter fördern.

Die EU-Mitgliedsstaaten haben zahlreiche Maßnahmen mit unterschiedlichen Ansatzpunkten implementiert: Alle verbindet das Ziel, jungen Menschen zu den erforderlichen Kompetenzen und praktischen Fertigkeiten zu verhelfen, die auf dem Arbeitsmarkt benötigt werden. So sollen ihre Möglichkeiten zur gesellschaftlichen Produktivität und Partizipation gesteigert werden. Diese Initiativen sollen gewährleisten, dass die Bedürfnisse der jeweiligen NEET-Gruppen erreicht werden. Die systematische Evaluation der Programme steht noch aus. Sie wird jedoch entscheidend sein, denn besonders in Zeiten der Knappheit ist die angemessene Zuordnung von Ressourcen ein Gebot der Stunde. //

Die Autoren/-innen:

Massimiliano Mascherini, Anja Meierkord und Lidia Salvatore arbeiten bei der European Foundation for the Improvement of Living and Working Conditions (Eurofound). E-Mail: Massimiliano.Mascherini@eurofound.europa.eu

Übersetzung aus dem Englischen:

Die Korrigierer, Berlin

JUGEND IN EUROPA OHNE ZUKUNFT ODER EUROPÄISCHE ZUKUNFT OHNE JUGEND?

Zur Notwendigkeit modernisierungstheoretisch-basierter Entwicklungskonzepte am Beispiel der spanischen Jugendfrage

Christian Reutlinger

Das im Westen herrschende materialistische Maximierungsdenken hat die Welt in eine Krise gestürzt, aus der wir uns befreien müssen.¹ Die am 15. Mai 2011 in Spanien geborenen und anschließend in Frankreich, Portugal und Griechenland, aber auch in Mexico oder den USA im öffentlichen Raum sichtbaren und die vorherrschenden sozialen, wirtschaftlichen und

politischen Missstände kritisierenden Protestbewegungen werden – in Anlehnung an die Streitschrift Stéphane Hessels „Empört euch!“ – als sogenannte „Indignados“, als „Empörte“ bezeichnet. Die politische Antwort darauf verkennt die wirklichen Ursachen und spart stattdessen am Lebensunterhalt der jungen Bürger/-innen. Sie bedroht damit – so die These – die Zukunft Europas.



Jugendliche/-r 1 (J1): „In diesem Quartier gibt es keine Arbeit. Um welche zu finden, musst Du außerhalb der Stadt gehen, weil es hier keine Arbeit gibt. Dort können wir arbeiten, doch für wie lange? ... nicht lange.“

J 2: „Man muss sehr gut vorbereitet, ausgebildet sein ...“

J 3: „Vor Dir hast Du eine junge Frau, die alle notwendigen Ausbildungen hat und die im Moment ohne Arbeit ist.“

J 4: „Gut, aber ab Dezember werde ich Arbeit haben.“

J 3: „Aber für wie lange?“

J 4: „Für einige Zeit, und danach beginnt es wieder von vorne ... es ist halt so, aber wenigstens habe ich Arbeit.“

J 5: „Ja, wie alle, einen Monat, ein Jahr, und danach ...“

J 6: „Die Arbeitslosigkeit ist ein wichtiges Problem, nicht nur hier, in New York, Paris, ... an allen Orten.“

J 7: „Die Jüngsten beschäftigt dies mit der Arbeit nicht so sehr und wir wollen keinen Ort, der so wie die Schule ist, aber wenn Du Dich so anstrengen musst für die Arbeit und wenn es sie hier nicht gibt und wenn Du von hier weggehen musst, ... das beschäftigt uns schon.“

Diese Statements sind nicht etwa in den letzten Monaten gesammelt worden, sie stammen aus einem Gruppeninterview mit Jugendlichen im Alter von 12 bis 18 Jahren, die in den 90er-Jahren in einem sozial benachteiligten Stadtteil der spanischen Stadt La Coruña lebten.² Der Ausschnitt umreißt die damalige Berufs- bzw. Zukunftsperspektive junger Menschen ziemlich gut: Das Leben vieler junger Spanier/-innen war noch bis vor wenigen Jahren durch ein allgegenwärtiges Schneller, Weiter, Mehr bzw. durch noch schneller und noch mehr und immer weiter gekennzeichnet. Nur wer sich anstrebte und noch mehr leistete, kam – wenn überhaupt – in einer bezahlten Erwerbsarbeit an. Jedoch war diese meist befristet und hatte prekären Charakter. Man musste lange Arbeitszeiten (60-Stunden-Woche) in Kauf nehmen und schlecht bezahlte Kurzzeitverträge (sogenannte „contratos de basura“, „Abfallverträge“) eingehen, die nur über wenige Tage, eine Woche oder auch über einige Monate gingen und meist ohne oder mit wenig Sozialleistungen und gesetzlich gesicherten Rechten auskommen. In vielen Fällen wurde nicht einmal der gesetzliche Mindestlohn bezahlt, was dazu führte, dass man – um sich über Wasser zu halten – gleich mehrere Jobs annehmen musste.

Obwohl Spanien 1999 das höchste Wirtschaftswachstum der europäischen Länder verzeichnete, lag die Jugendarbeitslosigkeit (unter 25-jährige) weit über dem europäischen Durchschnitt.³ Dieses Versäumnis wirkt sich in der aktuellen Krise umso dramatischer aus – junge Menschen sind vom Arbeitsmarkt mehrheitlich ausgeschlossen (die Jugendarbeitslosigkeit liegt in Spanien bei 51,6 %, Stand Eurostat Juli 2012).⁴

„Junge Menschen sind in Spanien vom Arbeitsmarkt weitgehend ausgeschlossen“

Aus Sicht der Jugendlichen sah der spanische Arbeitsmarkt auch in der wirtschaftlichen Boomdekade (1996 bis 2006) schlecht aus. Vor allem gestaltete sich der Einstieg in den Arbeitsmarkt äußerst schwierig. Nur wenige erreichten einen längerfristig vertraglich abgesicherten Job. Allen anderen drohte ein sogenannter „Nomadismus zu den Arbeiten in Irrendwas“⁵ auf der „Spirale nach unten“, d. h. ein Wohn- und Arbeitsortswechsel vielleicht nur für kurze Zeit und über eine größere Distanz – tendenziell mussten Jobs angenommen werden, für die man überqualifiziert war.

Die mit dieser Arbeitssituation verbundene Kurzfristigkeit und Unsicherheit prägte den Alltag vieler Jugendlicher – es war weder möglich noch sinnvoll, längerfristig sein Leben zu planen, da meistens sowieso alles anders kam. Das Zeitgefühl

lag deshalb (sinnvollerweise) im Hier und im Jetzt (Gegenwartsorientierung). Einerseits ließ sich nur etwas erreichen, wenn man immer mehr leistete, andererseits torpedierte das steigende Gefühl der Sinnlosigkeit alle Anstrengungen. Viele junge Menschen wurden mit diesen anomischen und widersprüchlichen Bewältigungsanforderungen alleine gelassen – da die Systemproblematik gesellschaftlich gar nicht thematisiert wurde bzw. thematisiert werden konnte.

España va bien – oder: Wer es nicht schafft mitzuhalten, ist selber schuld!

Während noch zur Zeit Francos Spanien zu den ärmsten Ländern Europas zählte – mit Phänomenen wie einer hohen Armutsrate und der daraus resultierenden massenhaften Emigration in erster Linie in mittel- und nordeuropäische Länder und Lateinamerika⁷ –, gehörte es um die Jahrtausendwende innerhalb der Europäischen Union zum Durchschnitt und erfüllte die Bedingungen der Maastrichter Verträge zur Einführung der europäischen Einheitswährung, des Euros, sogar als eines der ersten Länder.⁸ Es ging voran – zumindest wirtschaftlich. Investitionen im Infrastrukturbereich (Straßenbau, Tourismus) wurden in breitem Maße getätigt. Mit EU-Strukturfonds-Geldern wurden auf der grünen Wiese moderne Einkaufsparadiese errichtet, das Straßen- und Schienennetz ausgebaut und so Gütertransport und Mobilität garantiert. An touristisch attraktiven Orten wurden Wohnhäuser hochgezogen, Immobilienmarkt und Bausektor brummen – legendär wurde der Satz des damaligen konservativen spanischen Ministerpräsidenten José Maria Aznar: „España va bien.“⁹ – Spanien geht es gut!

Beim modernisierungsbasierten Entwicklungsmodell Spaniens folgten Politik und Wirtschaft dem europäischen Einheitsdenken, große Weltmarken und multinationale Konzerne ließen sich in Spanien nieder. Die Städte wurden nach der mit dem „Einheitsgedanken“ übereinstimmenden ‚universellen Ästhetik‘ konstruiert.¹⁰ Nicht erst die damals regierungsbildende ‚Volkspartei‘, die PP (Partido Popular) von José María Aznar, sondern auch schon die 16 Jahre unter Felipe González regierende ‚Sozialistische Partei‘, die PSOE (Partido Socialista Obrero español), hatten zur Ermöglichung der Ökonomisierung und Durchkapitalisierung sämtlicher Lebensbereiche beigetragen. Nach modernisierungstheoretischer Logik ging es um (wirtschaftliches) Wachstum, weniger Staat, Privatisierung, Dezentralisierung, kurz: um mehr Markt – darum, die Verwertungs- und Konkurrenzlogik des Kapitalismus in alle Lebensbereiche zu tragen.

„Lange Zeit galt das Motto: Konsumiere heute und zahle morgen!“

Aufgrund der beschleunigten ökonomischen und sozialen Entwicklung von einem mittelmäßig entwickelten Industriestaat mit einer autoritären Regierungsform zu einer modernen demokratischen Arbeitsgesellschaft, die in die globale Wirtschaft integriert ist, haben sich in Spanien die Mechanismen des Kapitalismus radikalisiert, die Segmentierung der Arbeitsgesellschaft beschleunigt und die Geschwindigkeit der Spaltungsprozesse der Städte erhöht.¹¹ Nach dem Motto „Konsumiere heute und zahle morgen!“ wurden Wohnungen, Autos, Computer und Stereoanlagen, aber auch Reisen und (Weiter)Bildung auf Abzahlung konsumiert. Lange Zeit gelang es, die Widersprüchlichkeiten dieses einseitigen Wachstumspfades verdeckt zu halten bzw. in die Unsichtbarkeit zu verdrängen – so auch die strukturell bedingte Perspektivlosigkeit vieler spanischer Jugendlicher.

Jugendfragen waren kein gesellschaftlich relevantes Thema

Betrachtet man die jugendpolitische Geschichte Spaniens im 20. Jahrhundert, so wurden Jugendliche, die öffentlich-politisch wahrgenommen wurden, auf die Familie und die Schule als integrierende Instanzen verwiesen.¹² Die Familie nahm in den katholisch geprägten Verhältnissen eine wichtige Rolle ein, die als Institution die Aufgabe hatte, biografische Spannung und Bewältigungsherausforderungen junger Menschen zu tragen. Diese Tradition erklärt, dass auch im „modernen“ Spanien der 1990er-Jahre die Familie mystifiziert wurde und als Leitbild der Sozialpolitik diente. Gleichzeitig unterlag aber die Institution Familie durch den radikalen wirtschaftlichen und sozialen Wandel einem Prozess der Entstrukturierung. Durch die mangelnde Jobperspektive mussten ‚Kinder‘ in Spanien vielfach bis 35 Jahre zu Hause wohnen bleiben und waren im Erwachsenenalter noch vollständig von ihren Eltern abhängig. Aus dieser Situation entstanden anomische Zustände, die die Jugendlichen individuell in ihrer Biografie zusätzlich bewältigen mussten. Die sogenannte ‚Paradoxie des spanischen Bildungssystems‘ verdeutlicht, dass auch die Schule als zweite relevante Sozialisationsinstanz ihrer jugendpolitisch angedachten Rolle gar nicht mehr gerecht werden konnte: Einerseits musste angesichts der schlechten beruflichen Perspektiven immer mehr und immer früher gelernt werden. Dies führte bspw. auch dazu, dass neben den öffentlichen und obligatorischen Bildungseinrichtungen zusätzlich alternative private Einrichtungen und Institute entstanden, die den Arbeitsmarktwert mit Diplomen und Titeln steigern sollten.¹³ Andererseits gab es keine Garantie, trotz der sich laufend steigenden Anforderungen einen Job zu erhalten. Die damit entstehende Paradoxie musste jeder Jugendliche selber in seiner Biografie bewältigen – denn das Versprechen hieß ja: Wer sich anstrengt, wird ankommen.

Wer es nicht schaffte, bei dem musste auf der biografischen Ebene etwas falsch gelaufen sein bzw. die Familie oder die Schule hatten versagt, wie die spärlich vorhandenen und sporadisch erscheinenden offizielle Studien bis heute verdeutlichen. Dies erklärt, dass Jugendprobleme trotz alledem bis in die jüngste Vergangenheit als individuelle Randphänomene gesehen bzw. erklärt wurden:

- Es sind Jugendliche von sozial bescheidener Herkunft, die kaum über Bildung verfügen oder die einen Bildungszyklus begonnen und ihn dann abgebrochen haben, bevor dieser beendet war (sogenannte ‚Schulversager‘).
- Es sind kulturell entwurzelte Jugendliche (in der Stadt desorientiert). Sie haben ihre Wurzeln verloren, als sie sich in ein fremdes Wertesystem eingebunden gesehen haben. Dies betrifft vor allem die jugendlichen Migranten/-innen.
- Es sind Jugendliche, die in Elternhäusern mit großen Problemen wie Gewalt, Kriminalität oder Sucht aufgewachsen sind.
- Es sind (einige wenige Hunderte) radikale Jugendliche, die vor allem am Rande der Großstädte mit Randalen oder politischem Extremismus das soziale Zusammenleben schwierig machen.

Strukturell überflüssig oder zukunftsrelevant?

In einer Zeit der boomenden Wirtschaft konnte das Problem der strukturellen Überflüssigkeit auf Randbereiche bezogen und damit verdeckt werden. Der Mithaltdruck und das Überflüssigsein wurden in unsichtbaren Territorien, d. h. außerhalb der Orte bewältigt, an denen klassische Jugendstudien durchgeführt werden, wie beispielsweise der Schule, dem Jugendtreff oder der Freizeitanlage. Versuchten sich diese Jugendlichen sichtbar zu machen, wurden sie durch ordnungspolitische Maßnahmen in unsichtbare Territorien abgedrängt. Ihre Bewältigungsformen wurden stigmatisiert und mit einem negativen Label versehen. Sie wurden (weiter) ausgegrenzt, weggedrängt und verloren dadurch an Partizipationschancen. Sie waren nicht zu ‚gebrauchen‘, ‚überflüssig‘ und gesellschaftlich gesehen ‚wertlos‘. Auf sich allein gestellt und ohne den nötigen Rückhalt schrieben sie eigene „Bewältigungskarten“, wie ich sie bezeichne, die vollständig in der Unsichtbarkeit liegen.¹⁴

Zehn Jahre später scheint sich dieses Ausgangspanorama radikal verändert zu haben, wie die international beachteten Jugendprotestbewegungen im vergangenen Jahr zeigen:

- **Das wirtschaftliche System ist am Ende ...**
Mit der weltweiten Banken- und Finanzkrise geriet Spanien ab 2007 in eine Rezession und viele Schuldner konnten die

Hypotheken nicht mehr zurückzahlen. Die Blase, die sich aus dem (über zehn Jahre) expandierenden Immobilienmarkt als maßgeblichem Wachstumsfaktor der Wirtschaft und dem Konsum auf Pump aufgebläht hatte, platzte. Vielfältige Konjunkturprogramme und Arbeitsmarktreformen (Lockerung des Kündigungsschutzes) unter der PSÖe-Regierung José Luis Rodríguez Zapateros konnten die strukturellen Probleme der spanischen Wirtschaft nicht lösen. Vielmehr wurden immer mehr Menschen, insbesondere junge, arbeitslos. Weitere staatliche Investitionen waren notwendig, welche zu einer Ausdehnung des Staatshaushaltes und zur Vergrößerung des Haushaltsdefizits durch Neuverschuldung führten.

● ... und die Empörung der jungen Generation groß

Unter diesen Vorzeichen wurden am 15. Mai 2011 nicht randständige Jugendliche, sondern in vielen Fällen junge Menschen mit einer Universitätsbildung, die alle vom System geforderten Voraussetzungen zur Integration erfüllen, aber die weder Zugang zu einem würdigen Arbeitsplatz noch einer eigenen Wohnung haben, auf den Plätzen vieler spanischer Städte sichtbar.¹⁵ Scheinbar wie aus dem Nichts drangen die Forderungen der in der Presse wegen mangelnder Zukunft als Generation Null (*Generación Cero*)¹⁶ oder Generation Weder studierend noch arbeitend (*Generación ni-ni*)¹⁷ bezeichneten jungen Spanier/-innen ins Bewusstsein der politisch-öffentlichen Debatten: Dem sogenannten *Movimiento 15-M* (Bewegung 15. Mai), den „*Indignados*“, geht es um Grundrechte wie das Recht auf Wohnung, Arbeit, Kultur, Gesundheit, Bildung oder politische Beteiligung, wie es in einem Manifest heißt.¹⁸ Die bislang auf Randbereiche festgeschriebenen strukturellen Probleme des auf modernisierungstheoretischen Ideologien bauenden spanischen gesellschaftlichen und politischen Systems schienen mit dieser Empörungswelle in der Mitte der Gesellschaft angekommen zu sein. Mittlerweile musste Spanien, wie es so schön heißt, „unter den europäischen Rettungsschirm schlüpfen“, denn vielen der Banken, die auf sogenannten „faulen Krediten“ sitzen blieben, drohte der Bankrott, mehrere Autonome Regionen drohten, mitgerissen zu werden. In radikaler Weise werden die wiederum modernisierungstheoretisch geprägten Rezepte von IWF und EU zur Rettung des Euro umgesetzt.

Wut ist noch keine Lösung, aber ein Anfang

Wiederum blind den Vorgaben folgend, werden nun ganze Angebotsbereiche und erfolgreiche Projekte im Sozial- und Jugendbereich in Spanien und anderen betroffenen Ländern dramatisch gekürzt oder gleich eingestampft. Spielräume scheint es für regionale und kommunale politische Akteure keine zu

geben. Massenproteste führen ins Leere, wie auch die griechischen oder portugiesischen Erfahrungen zeigen. Oder muss die Empörung einfach noch größer werden? Denn was bedeuten diese aktuellen Entwicklungen eigentlich für die Frage der Zukunft junger Menschen in den betreffenden Ländern? Während das System den nachfolgenden Generationen schon bei einer scheinbar „funktionierenden“ Wirtschaft keine integrative Perspektive eröffnen konnte, wie kann es dies als sterbender bzw. unter einer „Rosskur“ stehender Patient?¹⁹ Die sozialen Folgen der Euro-Rettungsmaßnahmen auf die bisher schon stark angespannten Generationenbeziehungen werden immer deutlicher: Wie soll man als junger Mensch reagieren, wenn man keine Jobaussicht, sondern nur noch den familiären Rückhalt hat – dieser jedoch brüchig ist? Was tun, wenn selbst eine hoch qualifizierte Arbeit nur ein paar hundert Euro einbringt und man mit 30 Jahren bei den Eltern wohnen muss?

Eine neue soziale Generationengerechtigkeit ist notwendig – einfache Antworten auf dem Weg dahin liegen keine in der Luft! Zu hoffen bleibt, dass die Chance eines „Aufstand(es) in Friedfertigkeit“²⁰, welcher zu einer anderen Werthaltung und letztlich zu einem neuen Gesellschaftssystem führen soll, noch nicht vertan ist. //

Der Autor:

Prof. Dr. Christian Reutlinger ist Institutsleiter des Instituts für Soziale Arbeit an der FHS St. Gallen. E-Mail: christian.reutlinger@fhsg.ch

Literatur:

- HESSEL, Stéphane (2011): *Empört Euch! Berlin*.
IZQUIERDO ESCRIBANO, Antonio (1994): *Inmigración y minorías étnicas. Tendencias sociales en España (1960–1990)*. Volumen III. Bilbao.
LÓPEZ BLASCO, A. u. a. (2000): *Misleading Trajectories: The Transition Dilemmas of Young Adults*. Valencia.
MIGUEL, Amando de (1997): *La sociedad española 1996–1997*. Madrid.
MIGUEL, Amando de (2000): *Dos generaciones de jóvenes (1960–1998)*. Madrid.
MIGUEL, Amando de (2001): *La vida cotidiana de los españoles en el siglo XX*. Barcelona.
NAREDO, José Manuel (2000): „*Ciudades y crisis de civilización*“. En: *Documentación social* abril – junio 2000 número 119, p. 13–38.
REUTLINGER, Christian (2001): „*Sociedad laboral sin trabajo, juventud y territorios invisibles – un análisis socio-geográfico de la situación actual de la juventud en España*“. In: Marchioni, M. (Hrsg.): *Comunidad y cambio social. Teoría y praxis de la acción comunitaria*. Madrid. S. 227–246.

REUTLINGER, Christian (2003): Jugend, Stadt und Raum. Sozialgeographische Grundlagen einer Sozialpädagogik des Jugendalters. Opladen.

REUTLINGER, Christian (2004): „La ciudad, el espacio y la juventud invisible – Fundamentos socio-geográficos para enfrentar los nuevos retos relacionado con el crecer en las ciudades en el comienzo del siglo 21“. En: Faus Pujol, Maria Carmen/Gimeno, Maria Luisa Gimeno: Aportaciones Geográficas en Homenaje al Prof. Antonio Higeruas Arnal. Zaragoza. S. 289–301.

REUTLINGER, Christian (2007): „Unsichtbare Jugendliche in spanischen Städten“. In: Reutlinger, Christian u. a. (Hrsg.): Jugend und Jugendpolitik in benachteiligten Stadtteilen in Europa. DJI-Reihe. Wiesbaden, S. 64–75.

SANTAMARÍA, Antonio (2011): „La rebelión de los indignados. Reflexiones a pie de acampada“. En: El Viejo Topo 282/283 julio/agosto 2011, S. 20–25.

TAMAMES, Ramon (1995): La economía española. 1975–1995. Madrid.

TRABADA CRENDE, Elías; Camacho Gutiérrez, Javier (2000): „La infraclass urbana: algunos perfiles de la exclusión social“. En: Documentación social abril-junio 2000 número 119. p. 213–238.

Anmerkungen:

¹ Hessel (2011), S. 19.

² Siehe Reutlinger (2001, 2003).

³ „The Spanish society has a remarkably high level of unemployment. Youth population and especially young females have the highest unemployment level. Though juvenile unemployment rates have been reduced in the last years, they are still very high: in 1999 the unemployment rate of youths from 16 to 19 years was 38.4 % and for those from 20 to 24 years, 26.7 %. These data are substantially differing according to gender. The unemployment of young women is still much higher than the one of young men“ (López Blasco 2000, S. 25).

⁴ <http://www.elmundo.es/elmundo/2012/07/02/economia/1341221759.html>

⁵ Dazu gehören Gelegenheits- oder unterqualifizierte Arbeiten auf dem Bau, der Industrie oder im Dienstleistungssektor, der ambulante Handel oder marginalisierte Jobs (Papier-, Karton- und Altwarensammler etc.) (vgl. Camacho Gutiérrez; Trabada Crende (2000), S. 237).

⁶ Camacho Gutierrez; Trabada Trende 2000, S. 235.

⁷ Während 1984 noch 103.400 Spanier/-innen ins Ausland emigrierten, waren es 1994 nur noch 12.140, Tendenz weiter sinkend. So hat sich Spanien von einem Land der Emigration zu einem Land der Immigration gewandelt, vor allem von Menschen aus dem nördlichen Afrika (Izquierdo Escribano (1994), S. 264).

⁸ Zur ökonomischen Entwicklung Spaniens vgl. de Miguel (1997) oder Ramón Tamames (1995).

⁹ Am 3.3.1997 sprach Aznar in Avila.

¹⁰ Naredo (2000), S. 26.

¹¹ Vgl. Reutlinger (2003).

¹² Reutlinger (2007).

¹³ Das Geschäft mit Diplomen, Zertifikaten, Titeln, Nachdiplomstudien, Sprachdiplomen, Computer- und anderen Kursen, die der Spezialisierung dienen sollen, um kurzzeitig von der prekären Arbeitssituation zu profitieren, ist durchaus einträglich. Dies haben nicht nur private Institutionen, sondern auch staatliche Universitäten und Schulen entdeckt. Die Arbeitslosigkeit ist ein Markt, an dem heute in Spanien viele Personen verdienen.

¹⁴ Reutlinger (2003, 2007).

¹⁵ Santamaría (2011), S. 21.

¹⁶ Die Aussagen beziehen sich auf folgende Zeitungsartikel: „Somos la generación Cero“. In: El País vom 29. März 2009 (aufgerufen am 10. August 2012). „Generación ‚ni-ni‘: ni estudia ni trabaja“. In: El País, 22. Juni 2009 (aufgerufen am 10. August 2012). „Marta Garijo y F. J. Barroso (Madrid), Jesús García (Barcelona), Neus Caballer (Valencia), Ezequiel Moltó (Alicante) y María Fernández Lago (Galicia). La manifestación de ‚indignados‘ reúne a varios miles de personas en toda España“. In: El País, 15. Mai 2011 (aufgerufen am 10. August 2012). „Europas Zukunft ist arbeitslos“. <http://www.spiegel.de/unispiegel/jobundberuf/jugendarbeitslosigkeit-junge-arbeitslose-fliehen-in-informellen-sektor-a-834411.html> (aufgerufen am 16. August 2012).

¹⁷ El País (2009).

¹⁸ El País (2011).

¹⁹ Was soll man etwa von Angeboten halten, gut qualifizierte Facharbeiter/-innen abzuschöpfen, wie dies Anfang 2012 Angela Merkel tat, indem sie verkündete, dass der deutsche Arbeitsmarkt spanische Ingenieure/-innen suchen würde (diskutiert als „El efecto Merkel“)?

²⁰ Hessel (2001), S. 19.



Inklusion in Europa – was Bildungssysteme voneinander lernen könn(t)en

Es gibt in Europa 1.000 Beispiele, wie behinderte und nicht behinderte Kinder zusammen mehr lernen können. Einen Königsweg für barrierefreien gemeinsamen Unterricht gibt es nicht.

Christian Füller

Max zum Beispiel, ein körperbehinderter Junge: Täglich fährt er auf seinem Rollstuhl in eine ganz normale Schule, um mit seinen nicht behinderten Mitschülern/-innen gemeinsam zu lernen. Alles kein Problem – bis zur Klassenfahrt. Weil die Handhabung mit dem Rollstuhl zu kompliziert und zu teuer sei sowie extra ein Schulhelfer zu beantragen wäre, lud die Schule den Jungen kurzerhand aus. Er sollte zu Hause bleiben, während seine Schulkameraden/-innen eine Nordseeinsel erkundeten. Ein Schock für den Jungen wie für seine Mutter.

Seiten. Aber der Weg dorthin ist alles andere als barrierefrei. Es gibt keinen Königsweg, normale Schulen, ihre Lehrer/-innen und Eltern davon zu überzeugen, dass inklusive Schule möglich und für alle von Vorteil sein kann. „In der großen Mehrheit der Bildungssysteme der Welt bleibt der Erfolg begrenzt, wenn überhaupt möglich“, schreiben Autoren, die den Auftrag hatten, eine Studie über den Artikel 24 der Konvention für die Rechte der Menschen mit Behinderung zu verfassen. Gute Beispiele entstünden meist „ad hoc“, ermöglicht vom Willen und der Hingabe der Lehrer/-innen einer Schule oder der Schulleitung – und dann oft ohne zusätzliche Ressourcen.

„Gemeinsamer Unterricht von behinderten und nicht behinderten Kindern bereichert beide Seiten“

Max' Geschichte ist wie ein Symbol für den Stand der Inklusion in Deutschland und Europa. Längst gibt es tolle Beispiele, wie das gemeinsame Lernen und Leben von Schülern/-innen mit und ohne Behinderung funktioniert. Ganze Regionen lassen ihre Kinder inzwischen barrierefrei zusammen lernen – und stellen dabei fest: Gemeinsamer Unterricht bereichert beide

Das erste österreichische Integrationskind

Aber es geht: Im österreichischen Außerfern etwa, dem Musterknaben unter den europäischen Regionen, ärgerte sich einst der Hotelier Heinz Forcher, dass er seinen schwer behinderten Sohn praktisch nicht mehr zu sehen bekommen hätte, weil der nur in einer 100 Kilometer entfernten Spezialschule hätte unterrichtet werden können. „Inklusion ist ein existenzielles Bürgerrecht“, sagt Forcher, „das nicht verhandelbar ist. Da

„Verzögert die Einrichtung von Schwerpunktschulen die Auflösung der Sonderschulen?“

muss man kompromisslos sein.“ Der Hotelier kämpfte – und er krempelte mit seiner Initiative das ganze Schulsystem des Bezirks Außerfern im österreichischen Tirol um. Sein Sohn war 1985 das erste Integrationskind. Heute kann jedes Kind – selbst wenn es schwerst mehrfach behindert ist – eine normale Schule in seiner Nähe besuchen, die es ihm ermöglicht, mit den anderen Kindern zusammen zu lernen.

Ähnlich ist es in Italien und in Norwegen. Die beiden Staaten stehen an der Spitze der europäischen inklusiven Bewegung. In Norwegen besuchen nur 0,3 % der Schüler/-innen eine Sonderschule für Behinderte, in Italien sind es gar nur 0,01 %. So weist es der unabhängige Expertenreport „Bildung und Behinderung/spezielle Bedürfnisse“ für die Europäische Kommission aus. Deutschland schickt laut dem 2012 veröffentlichten Papier 4,8 % seiner Schüler/-innen in sogenannte Förderschulen. Das bedeutet übersetzt, dass über 80 % der behinderten Kinder in abgetrennte Sonderschulen gehen. Inklusion sieht anders aus.

„Das Bewegungsmoment für inklusives Lernen ist stark“, kommentiert der Generaldirektor der Europäischen Kommission für Bildung und Kultur, Jan Trzuszczynski, schnellerer Fortschritt sei dennoch nötig. Denn „Kinder mit speziellen Bedürfnissen werden immer noch zu oft in segregierte Institutionen platziert.“

Von der Sonderschule über Schwerpunktschulen zum inklusiven Schulsystem

Der schulische Umgang mit behinderten Kindern ist so vielfgestaltig wie die europäische Statistik. Belgien, Großbritannien und Deutschland sind die Spitzenreiter der sonderpädagogischen Spezialschulen: Sie schicken ihre Kinder zu 87 und mehr Prozent in Sonderschulen. Dann gibt es eine Mittelgruppe, die besondere Kinder annähernd halbe-halbe in normale Schule integriert, dazu gehören Österreich, Tschechien und Finnland. Und auf der anderen Seite finden sich Länder, die Kinder mit Handikaps zu über 80 % im allgemeinen Schulwesen unterrichten: Island (84 %), Schweden (96 %) sowie Norwegen und Italien (99 %). Aber das sind nur Zahlen. Wenn man die Qualitäten verstehen will, muss man sich die Besonderheiten von Kulturen und Regionen ansehen.

Das am meisten irritierende Beispiel, wie zweifelhaft das Konzept der Sonderschulen ist, sind die Roma. Ihre Kinder gehen zu 80 % in Sonderschulen. In mancher Behinderungsstatistik für bestimmte Regionen taucht daher die Bezeichnung „Zu-

gehörigkeit zur Kultur der Roma“ als Behinderung neben etwa Blindheit, Gehörlosigkeit oder geistiger Behinderung auf. Deutlicher lässt sich nicht belegen, dass jene Schulen, die formell dazu da sind, optimale didaktische Konzepte anzubieten, um Schüler/-innen mit geistigen oder körperlichen Behinderungen zu fördern, auch einen ganz anderen Zweck mitverfolgen: den der Abtrennung und Isolation von Menschen aus der Mehrheitsgesellschaft.

Prinzipiell gibt es drei verschiedene Varianten in Europa, wie Schulsysteme mit behinderten Kindern umgehen:

- Das Zwei-Gleis-System, bei dem es eine Spur allgemeiner Schulen für sogenannte „normale Kinder“ gibt – und daneben eine zweite. Die behinderten Schüler/-innen finden darin (bis zu zehn) getrennte Einrichtungen, in denen sie gemäß ihrer Behinderung von speziellen baulichen und didaktischen Maßnahmen profitieren sollen.
- Das System der Schwerpunktschulen. Es werden Schulen eingerichtet, die als Ressourcen- und Methodenzentren für bestimmte Behinderungen gelten. Von dort aus schwärmen die Sonderpädagogen/-innen an die Regelschulen aus, um die behinderten Kinder gewissermaßen vor Ort zu besuchen und zu unterstützen.
- Das inklusive System. Es setzt auf örtlich unabhängige gemeinsame Beschulung von Kindern mit und ohne Handikaps.

Die Gliederung in Systeme ist ebenfalls künstlich. Denn die Schwerpunktschulen, die wie ein Speicher für Methoden und Sonderpädagogen/-innen fungieren, können durchaus als verschieden angesehen werden: als der endgültige pädagogische Status, wie Staaten ihre Ressourcen für Behinderungen bewahren und einsetzen. Mancherorts sind die Zentren auch ein Übergangsphänomen: Dann wären sie eine Zwischenstation zwischen einem Zwei-Gleis-Modell und einem inklusiven System.

Betrachtet man die europäischen Staaten, die Erfahrungen mit den Schwerpunktschulen gemacht haben, sieht man, dass sie allen Lagern angehören: Österreich, Dänemark, Norwegen, Schweden und Finnland kennen inzwischen Schwerpunktschulen, wobei Österreich ein Vertreter des Zwei-Gleis-Modells ist und Norwegen ein inklusives Beispiel. Zypern und Portugal wollen das Schwerpunkt-Modell anwenden. Auch in Belgien, den Niederlanden, Griechenland und Großbritannien dienen die Schulen als ambulante Service-Center.

In Deutschland stehen Zentren in fast allen Bundesländern für das Modell des Übergangs: Ehemalige Förderschulen entwickelten sich so fort und machten sich auf lange Sicht überflüssig, heißt es. Diese Sichtweise gilt freilich als sehr umstritten: Die einen argumentieren, in Zentren seien die Sonderpädagogen/-

„Wie kann Inklusion auch in weiterführenden Schulen zukünftig gelingen?“

innen und ihr Know-how zunächst geschützt. Das heißt, die Lehrer/-innen mit den sonderpädagogischen Spezialkenntnissen würden dann nicht – wie es oft geschieht – in den Regelschulen etwa für Vertretungsdienste verschlissen. Die anderen sehen das ganz anders: Zentren seien nur ein Mittel der Verzögerung, um die Auflösung der Spezialschulen aufzuhalten. Sie seien in Wahrheit dazu da, das Sonderschulsystem als separaten Schutzraum auf Dauer aufrechtzuerhalten.

Eine Spezialschule für besondere Begabungen

Der Besuch in einer Schwerpunktschule in Finnland zeigt, dass das nicht so sein muss. In der Nähe von Helsinki steht die Olari-Oberschule Espoo. In den Pausen und auf den Fluren ist es für die Schüler/-innen der Schule eine bare Selbstverständlichkeit, dass dort viele Kinder mit Trisomie 21 sind. Was dem Gast sofort als Besonderheit auffällt, ist hier ganz normal. Die Schule ist, wenn man so will, eine Spezialschule, aber eben keine für das Downsyndrom, sondern für besondere Begabungen.

An die Schule kommen nämlich jene Schüler/-innen, die ein besonderes Faible und Talent für Mathematik und Naturwissenschaften haben. Die Schule gehört regelmäßig zu den Gewinnern der skandinavischen Mathe-Meisterschaften. Und sie ist zugleich eine Spezialschule für Trisomie. Diese Schule entzieht sich also der Logik, die hierzulande für Schwerpunktschulen herrscht: Sie ist eine Schwerpunktschule, um Trisomie-21-Kindern optimale Entwicklungschancen zu eröffnen. Und sie ist auch eine inklusive Schule, weil dort für jede/-n Schüler/-in zweifelsfrei klar ist: Behinderung gehört ganz normal zu unseren Gesellschaften, sie ist gewissermaßen eine andere Art der besonderen Begabung.

Die finnische Schule ist freilich auch ein Beispiel für eines der großen Problemfelder, die Schulsysteme bei der Einführung der Inklusion haben: Wie reagieren Sekundarschulen auf Kinder mit besonderen Bedürfnissen? Denn das Ringen um die Behindertenrechtskonvention und die Inklusion ist in Wahrheit dieses: „Inklusion entwickelt sich generell ganz gut – auf Höhe der Grundschulen, aber in den weiterführenden Schulen erwachsen ernsthafte Probleme“, schreibt der Inklusionsexperte Cor Meijer in einem Europa-Bericht. „Die ‚Lücke‘ zwischen den Schülern mit besonderen Bedürfnissen und ihrem Gegenüber wächst mit dem Alter.“

Die weiterführende Schule ist aber nur eine der drei großen Herausforderungen, die für die Inklusion in Europa gesehen werden. Es gibt noch zwei generelle Trends, die Sorgen bereiten: Da ist zum einen ein seit Pisa festzustellender Trend der Leis-

tungsorientierung. Das bedeutet, dass die Staaten immer mehr darauf achten, die Ergebnisse ihrer Schulen und Schüler/-innen zu verbessern, um im Ranking der Länder nicht abzufallen. Die Inklusion und ihre gleichwertige Beachtung aller Begabungen und Besonderheiten eines Menschen gerät dabei leicht aus dem Blickfeld.

Zum anderen gibt es ein quer durch alle Staaten zu beobachtendes Phänomen, das der Idee der Inklusion zuwiderläuft: Die Zahl der Kinder mit Handikaps steigt mit leichtem Trend an. Das führte, wie der jüngste Bildungsbericht 2012 der Bundesregierung eindrucksvoll bewies, zu einem verzwickten Problem, das Deutschland mit Europa teilt: In den einzelnen Bundesländern steigt die Zahl der Schüler/-innen im allgemeinen Schulsystem an – und zugleich wächst auch die Zahl derer, die in getrennten Schulen unterrichtet werden. Offensichtlich beweist das Sonderschulwesen große Beharrungskräfte.

Was kann man dagegen tun? Die Ideen, wie man Inklusion voranbringen kann, sind vielfältig. Sie reichen von einer besseren allgemeinen Lehrerbildung über Team-Teaching für inklusive Gruppen bis hin zu Inklusionskursen für (nicht betroffene) Eltern und Journalisten/-innen. Über alldem steht indes als wichtigster Faktor die Haltung der Menschen und der politische Wille der Schulminister/-innen, die sich eindeutig hinter die Inklusion stellen. „Wo echte politische Führung stattfindet, werden auch Schulsysteme für inklusive Bildung geschaffen“, heißt es in einem Europa-Bericht.

Und was hat dem Rollstuhlfahrer Max geholfen? So etwas Ähnliches wie politischer Wille: Erst als Max' Mutter Behörden und Presse einschaltete, durfte auch Max in die Schulfreizeit fahren. Zwei Tage nach Abfahrt der Klasse wurde er mit dem Zug Richtung Norden in die Schülerfreizeit nachgesandt. //

Der Autor:

Christian Füller ist taz-Redakteur und Autor. Er bloggt als pisaversteher.de. E-Mail: cifue@me.com

Literatur:

EUROPEAN UNION (2012): Education and disability/special needs. Policies and practices in education, training and employment for students with disabilities and special educational needs in the EU. An independent report prepared for the European Commission by the NESSE network of experts.

INCLUSION INTERNATIONAL (2009): Better Education for all: When we're included too. A Global Report. Salamanca. MEIJER, Cor. J. W. (2010): „Special Needs Education in Europe: Inclusive Policies and Practices“. In: Zeitschrift für Inklusion, Nr. 2 (2010).



Die Umsetzung der EU-Jugendstrategie in Deutschland – Erfahrungen und Ergebnisse

Hans Brandtner

Bund und Länder haben sich auf eine neue Form der jugendpolitischen Zusammenarbeit bei Europafragen verständigt und einen Governance-Prozess unter Einbeziehung der zentralen jugendpolitischen Akteure auf den verschiedenen Ebenen (Bund – Länder – Kommunen) angestoßen. Erste Ergebnisse dieser Entwicklung lassen sich sehen: Die Träger der Jugendhilfe können auf vielfältige Angebote zurückgreifen, die sie über Ziele, Themen und den konkreten Nutzen für ihre Arbeit informieren und zur Mitarbeit auffordern.

Das Europäische Jugendprogramm steht ganz im Zeichen seiner Umsetzung, das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) hat einige seiner Förderprogramme darauf ausgerichtet, die Umsetzung der EU-Jugendstrategie zu unterstützen, auch in den Bundesländern sind entsprechende Aktivitäten geplant. Es gibt erste Formen eines europäischen Peer-Learning zwischen den nationalen Verwaltungen und Stakeholdern. Junge Menschen sind im Rahmen des Strukturierten Dialogs ebenfalls an der Ausgestaltung des Umsetzungsprozesses beteiligt.

Insgesamt verbinden die zentralen politischen Akteure mit der Umsetzung der EU-Jugendstrategie für die Zukunft zwei generelle Erwartungen: Die deutsche jugendpolitische Praxis soll durch die Umsetzung der EU-Jugendstrategie in Deutschland

um europäische Impulse bereichert und die jugendpolitischen Belange auf der europäischen Ebene gestärkt werden.

Jugendpolitische Zusammenarbeit in Europa

Vor dem Hintergrund der gemeinsamen jugendpolitischen Herausforderungen in der EU haben sich die Mitgliedsländer bereits 2001, ausgehend vom Weißbuch „Jugend“¹, auf eine spezielle Form der europäischen jugendpolitischen Zusammenarbeit verständigt. Sie zielt auf einen intensiven politischen und fachlichen Austausch der Mitgliedsländer im Rahmen der „Offenen Methode der Koordinierung“ und soll jungen Menschen und Fachkräften der Jugendarbeit neue Wege für mehr europäische Mobilität öffnen. Im Jahr 2009 beschloss der Jugendministerrat der EU einen erneuerten Rahmen für die jugendpolitische Zusammenarbeit in Europa (2010–2018), der die Grundlage für die Weiterentwicklung der Zusammenarbeit in Europa darstellt.² Mit dieser neuen EU-Jugendstrategie wollen die Mitgliedsländer vor allem zwei generelle Ziele verfolgen:

- Schaffung von mehr Möglichkeiten und mehr Chancengleichheit für alle jungen Menschen im Bildungswesen und auf dem Arbeitsmarkt

„Praxis soll nicht neu erfunden, sondern durch europäische Impulse angeregt und weiterentwickelt werden“

- Förderung des gesellschaftlichen Engagements, der sozialen Eingliederung und der Solidarität aller jungen Menschen

Durch die EU-Jugendstrategie sollen in acht Handlungsfeldern europäische Ziele umgesetzt, Jugendpolitik für europäische Impulse geöffnet, das Lernfeld Europa für junge Menschen ausgeweitet und grenzüberschreitende Austausch- und Lernprozesse zwischen den Mitgliedsländern ermöglicht werden. Die EU-Jugendstrategie soll sowohl ressort- als auch querschnittsorientierte Ansätze anregen.

Wie wird die EU-Jugendstrategie in Deutschland umgesetzt?

Entsprechend der subsidiären Zuständigkeit in jugendpolitischen Fragen liegt die Umsetzung der EU-Jugendstrategie in der Zuständigkeit der einzelnen Mitgliedsländer. Die Federführung für die Umsetzung der EU-Jugendstrategie in Deutschland kommt dem BMFSFJ zu. Zugleich hat auch das BMFSFJ aufgrund der föderalen Verfasstheit der Bundesrepublik nur sehr eingeschränkte jugendpolitische Zuständigkeiten und kann wirkungsvoll und nachhaltig nur gemeinsam mit den Bundesländern handeln. Der Bund hat darum eine enge Bund-Länder-Zusammenarbeit angeregt, die durch Beschlüsse der Jugend- und Familienministerkonferenz bestätigt wurde. Sie bildet seitdem die Grundlage des Umsetzungsprozesses und hat auf den verschiedenen Ebenen einen Governance-Prozess etabliert, der alle wesentlichen Akteure (Kommunen, freie Träger, junge Menschen) einbindet.

So hat das BMFSFJ einen Beirat eingerichtet, der die Einbeziehung der wesentlichen jugendpolitischen Akteure gewährleistet: die freien Träger der Jugendarbeit und der Jugendsozialarbeit, die Jugendverbände, die Wohlfahrtsverbände, die kommunalen Spitzenverbände und die Jugendforschung. Die Länder haben die Beteiligung ihrer Akteure in einer Reihe unterschiedlicher Formate und Prozesse (Runde Tische, Arbeitsgruppen etc.) organisiert. Prozesse des strukturierten Dialogs gewährleisten z.B. die Einbeziehung junger Menschen.

In einem ersten Schritt einigten sich Bund und Länder darauf, den Umsetzungsprozess in Deutschland in zwei Phasen (2010 bis 2013 und 2014 bis 2018) zu gliedern, um den notwendigen Abstimmungsprozessen und der praktischen Wirksamkeit die erforderliche Zeit zu geben. Inhaltlich einigten sich Bund und Länder auf drei Themenkorridore, in denen aktuell ein großer jugendpolitischer Handlungsbedarf besteht und ein jugendpolitischer Mehrwert durch europäische Impulse erwartet werden kann.

Diese Themenkorridore umschreiben zentrale Handlungsfelder der Jugendarbeit und Jugendsozialarbeit:

- Partizipation fördern und Demokratie stärken – die EU-Jugendstrategie unterstützt die Beteiligung Jugendlicher durch Ansprache neuer Zielgruppen und Implementierung neuer Formate.
- Neue Lernfelder und Kompetenzen für Jugendliche und Fachkräfte ermöglichen – die EU-Jugendstrategie unterstützt die Integration sozial benachteiligter junger Menschen in das Regelsystem von Bildung, Ausbildung und Arbeit.
- Aufwertung und Anerkennung informeller und non-formaler Bildung unter Wahrung der Standards und Konzepte der Jugendarbeit.

Bund und Länder wollen die Praxis in diesen Themenfeldern nicht „neu erfinden“, sondern ihre Weiterentwicklung durch folgende europäische Impulse anregen:

- Das Lernfeld Europa für neue Zielgruppen erschließen und dabei auch die soziale und berufliche Integration sozial benachteiligter junger Menschen in den Blick nehmen.
- Europäische Prozesse des voneinander Lernens und des europäischen Fachkräfteaustauschs initiieren (Peer-Learning).
- Die europäische Mobilität von Fachkräften fördern.
- Erfahrungen und Erkenntnisse der europäischen Debatten in die deutsche Fachpraxis einbringen.
- Eine querschnittsorientierte Umsetzung anstreben.

Konkrete Initiativen ergreifen Bund und Länder jeweils im Rahmen ihrer Zuständigkeiten und Verantwortungsbereiche.

Erste Ergebnisse aus der Bund-Länder-Zusammenarbeit

Wichtige Ergebnisse der bisherigen Bund-Länder-Zusammenarbeit sind einerseits ihre verlässlichen Strukturen und Themen, die enge Abstimmung mit den Landesvertretungen der Länder in Brüssel und die Einbeziehung der relevanten jugendpolitischen Akteure im Beirat des Bundes, andererseits die breite Information der öffentlichen und freien Träger der Jugendhilfe und die Beteiligung junger Menschen im Rahmen des strukturierten Dialogs auf Bundes- und Landesebene. Darüber hinaus hat der Bund verschiedene Aktivitäten und Projekte auf den Weg gebracht, die seine Arbeit in den Themenkorridoren konkretisieren. Dazu zählt die Öffnung des ESF-Programms „Jugend Stärken – Aktiv in der Region“ für zusätzliche europäische Mobilitätsangebote oder die Initiative „Jive – Jugendarbeit international – Vielfalt erleben“, die in ihren Teilinitiativen eine internationale Öffnung der Angebote der kommunalen Ju-

gendarbeit und Jugendsozialarbeit anstrebt. Das Modellprojekt „Lernerfahrungen durch grenzüberschreitende Mobilität für Jugendliche ermöglichen“ ist ein weiterer „Bundesbaustein“, der die europäische Dimension von kommunaler Jugendarbeit gemeinsam mit verschiedenen Bundesländern am Thema „Mobilität“ bearbeitet. Referenzprojekte in den Ländern gibt es u. a. im Bereich der Jugendbeteiligung, der Informationsverbreitung, des Jugendaustauschs und der Fachkräftequalifizierung.

Jugend(sozial)arbeit vor Ort „mobilisieren“ und „europäisieren“

Viele Erfahrungen machen den Wert der verstärkten europäischen Ausrichtung lokaler Angebote von Jugendarbeit und Jugendsozialarbeit deutlich: für die Jugendlichen und die Fachkräfte durch die Erfahrungen internationaler Begegnungen und die Öffnung neuer Horizonte, für die pädagogische Arbeit durch die Einbindung praktischer Erfahrungen und neuer konzeptioneller Überlegungen aus anderen Ländern. Europäische Projekte bieten zudem die Chance, Jugendarbeit in der Kommune zu profilieren und besser politisch zu verankern, indem man sie z. B. eng mit anderen internationalen Aktivitäten (z. B. Städtepartnerschaften) verknüpft.

Voraussetzung dafür ist die Nutzung der Programme der europäischen und internationalen Jugendarbeit und weiterer Förderprogramme, die nicht nur eine Kofinanzierung von konkreten Projekten, sondern auch Foren für einen grenzübergreifenden Fachaustausch und die Basis einer internationalen Vernetzung bieten.

Zugleich sollten bestimmte Rahmenbedingungen gegeben sein, wenn kommunale Jugendarbeit sich erfolgreich „europäisieren“ will:

- Die enge Zusammenarbeit von Trägern der lokalen und internationalen Jugendarbeit, um die Verbindung der verschiedenen Praxisfelder her- und sicherzustellen.
- Die europäische Ausrichtung der Jugendpolitik als erklärte Strategie von Kommunen und konkrete Aufgabe der einschlägigen Referate, u. a. um sie mit anderen internationalen Aktivitäten zu vernetzen.
- Eine breite interdisziplinäre Aufstellung der internationalen Jugendarbeit (Jugendarbeit, Jugendsozialarbeit, Schule, Bildungsträger, Kultur, Betriebe, Städtepartnerschaften etc.); die verschiedenen Partner bringen ihre Ressourcen und Netzwerke mit und können gemeinsame Projekte umsetzen, die öffentliche Wertschätzung internationaler Arbeit in der kommunalen Jugendhilfe wird erhöht.
- Eine hochrangige politische Absicherung der Europäisie-

rungsstrategie bei Bürgermeister/-in, Dezernent/-in usw. und eine Verankerung im kommunalen Haushalt.

- Die Entwicklung von Fachkompetenz und Förderung der Fachkräftequalifizierung.

Darüber hinaus hat sich die Unterstützung der internationalen Arbeit auf lokaler Ebene durch ihre Einbindung in überregionale Programme und Netzwerke als sehr nützlich erwiesen, die sowohl die politische Wahrnehmung der Arbeit befördern als auch den Fachaustausch und die Zusammenarbeit stärken und gewährleisten kann.

Zurück zur politischen Basis der EU-Jugendstrategie

Auf europäischer Ebene werden zurzeit die Schwerpunkte für die zweite Phase der Umsetzung (2013 bis 2015) festgelegt. Nach Auffassung der EU-Kommission soll sie stärker auf die Bewältigung der Probleme ausgerichtet werden, die sich aus der aktuellen Krise für viele junge Menschen in Europa ergeben: Arbeitsmarkt, soziale Integration, Gesundheit und Wohlbefinden – wobei Letzteres aus deutscher Sicht noch genauer zu fassen wäre. Auch werden 2013 die Grundlagen für neue europäische Förderprogramme zugunsten junger Menschen gelegt: das neue europäische Jugend- und Bildungsprogramm und der Europäische Sozialfonds.

In Deutschland geht es 2013 einerseits darum, die Ziele der EU-Jugendstrategie und gute Praxisbeispiele weiter zu kommunizieren, die Peer-Learning-Prozesse voranzubringen und entsprechende nationale und europäische Netzwerke zu unterstützen. Andererseits gilt es, innerhalb der Themenkorridore Initiativen weiter zu entwickeln, die den europäischen Impuls in der Praxis wirksam werden lassen. //

Der Autor:

Hans Brandtner ist Projektkoordinator in der Servicestelle zur Umsetzung der EU-Jugendstrategie in Deutschland bei JUGEND für Europa. E-Mail: brandtner@jfemail.de

Anmerkungen:

¹ Weißbuch der Europäischen Kommission: Neuer Schwung für die Jugend Europas. Zur Geschichte europäischer Jugendpolitik; vgl. auch „Auf dem Weg zu einer europäischen Jugendpolitik“. BBJ Consult Info I/2008.

² Entschließung des Rates über einen erneuerten Rahmen für die jugendpolitische Zusammenarbeit in Europa (2010–2018) vom 27.1.2009.

Im Gespräch mit:

Dr. Stephanie Odenwald,
Mitglied des GEW-Hauptvorstandes



„Dreh- und Angelpunkt ist die gesellschaftliche Verantwortung für Ausbildung!“ Von der Notwendigkeit einer Ausbildungsgarantie in Deutschland und Europa

DREIZEHN: Gemeinsam mit dem Kooperationsverbund Jugendsozialarbeit und dem DGB hat die GEW zum Start des neuen Ausbildungsjahres 2012/2013 eine Ausbildungsgarantie für alle jungen Menschen in Deutschland gefordert. Wie soll das Recht auf Ausbildung konkret umgesetzt werden?

Dr. Stephanie Odenwald: Das muss in einem gesellschaftlichen Prozess durchgesetzt werden, z. B. in Hamburg steht es im derzeitigen Regierungsprogramm der durch die SPD geführten Landesregierung. Gesellschaftlicher Prozess heißt, dass die Parteien sich für eine bundesweite Ausbildungsgarantie einsetzen müssten, die mittlerweile von vielen gefordert wird – sogar von der Bertelsmann Stiftung in einem jüngsten Gutachten. Denn der Übergang in eine berufliche Ausbildung nach Abschluss der allgemeinbildenden Schule betrifft die Mehrheit der jungen Menschen, da in Deutschland der Anteil der Studenten/-innen viel geringer ist als der Anteil derjenigen in beruflicher Ausbildung. Wenn die Parteien für Jugendliche einen Anreiz zum Wählen bieten wollen, dann sind sie gut beraten, sich um die Zukunft der jungen Menschen zu kümmern und bundesweit eine Ausbildungsgarantie zu verwirklichen. Die Ausbildungsgarantie gehört unbedingt in ein bundesweites Regierungsprogramm. Darüber hinaus muss ein gesetzlich einklagbares Recht geschaffen werden. In der Petition 2008 wurde ein Grundrecht auf Ausbildung gefordert – das wäre natürlich das Optimale. Eine Schwelle niedriger und politisch leichter durchsetzbarer, weil es keiner Zweidrittelmehrheit im Bundestag bedarf, wäre die Aufnahme einer Ausbildungsgarantie im Sozialgesetzbuch

(SGB). Dreh- und Angelpunkt ist die gesellschaftliche Verantwortung für Ausbildung. Das bedeutet: Falls die betrieblichen Ausbildungsplätze nicht für alle reichen, muss eine von berufsbildenden Schulen und Trägern getragene Ausbildung ermöglicht werden.

„Die Ausbildungsgarantie gehört unbedingt in ein bundesweites Regierungsprogramm“

DREIZEHN: Was ist mit den jungen Menschen, die (aus unterschiedlichen Gründen) noch keine Ausbildung absolvieren können?

Odenwald: Heutzutage gibt es nicht nur bei lernschwachen Schülern/-innen diskontinuierliche Bildungsbiografien, zum Beispiel in Folge von Lebenskrisen, die Jugendliche durchstehen müssen. Hier sind individuelle Hilfen nötig, die auf den einzelnen Fall zugeschnitten sein müssen. So kann Drogenabhängigkeit dazu führen, dass jemand eine längere Phase der Therapie in einer geeigneten Form bzw. Einrichtung braucht. Mangelnde Grundbildung dürfte kein Grund sein, eine Ausbildung zu verweigern, sondern sollte zu Beginn im Rahmen einer beruflichen Ausbildung nachgeholt werden können. Das betrifft sowohl sprachliche Kompetenzen als auch mathema-

„Das europäische Feld braucht noch ‚Beackering‘“

tische. Wie wir wissen, ist das funktionale Analphabetentum weit verbreitet. Leider gibt es einen großen Anteil von Jugendlichen, deren Sprachkompetenz in den allgemeinbildenden Schulen nicht ausreichend entwickelt worden ist, was nicht nur an den Schulen liegt, sondern auch oft sehr handfeste soziale Gründe hat. Mein besonderes Anliegen ist es, in der beruflichen Bildung viel mehr als bisher auf die Förderung der Sprachkompetenz zu achten.

„Mangelnde Grundbildung dürfte kein Grund sein, eine Ausbildung zu verweigern“

DREIZEHN: Sie denken ebenfalls an eine Europäische Jugendgarantie, wie es sie bereits in einigen europäischen Ländern gibt. Was ist mit den Jugendlichen in vielen Ländern Europas, die nicht an der Ausbildungsfrage scheitern, sondern am Sprung auf den Arbeitsmarkt (Stichwort hohe Jugendarbeitslosigkeit in Europa)? Wie kann diesem Problem begegnet werden bzw. was bringt da eine Ausbildungsgarantie? Kann die EU-Jugendstrategie hier hilfreich sein?

Odenwald: Da kann ich nur sagen: Gute Arbeit, gute Bildung. Natürlich muss für Arbeitsplätze gesorgt werden. Das betrifft die gesamte Ökonomie eines Landes und darüber hinaus die internationalen wirtschaftlichen Beziehungen wie die innerhalb der EU. Im Vordergrund dürfen nicht der kurzfristige Profit für die Unternehmen oder gar steigende Aktienkurse für Vermögensbesitzer stehen, sondern dass die Menschen Arbeit haben und sinnvolle Produkte herstellen können, auch unter ökologischen Gesichtspunkten. Das sollte in der EU-Strategie absolut im Vordergrund stehen.

DREIZEHN: Gibt es Länder in Europa, die Sie für beispielhaft und nachahmenswert halten bzw. bei denen die Umsetzung der Ausbildungsgarantie gut funktioniert?

Odenwald: Bei den meisten europäischen Ländern gilt, dass sie ein ganz anderes System von Ausbildung haben, nämlich ein schulisches. Und die Schwierigkeiten liegen beim Übergang in die Arbeitswelt. Vergleichbar mit uns ist Österreich, dort gibt es eine im Regierungsprogramm verankerte Ausbildungsgarantie, die nach den Aussagen unserer Kollegen/-innen vom Österreichischen Gewerkschaftsbund (ÖGB) funktioniert. Die Gewähr dafür bietet ein plurales Ausbildungssystem, das sowohl duale Ausbildung als auch schulische Ausbildung in sich vereinigt. Österreich lehrt uns, dass die Vorurteile gegen eine vollzeitschulische Ausbildung ganz dringend überwunden werden müssen. Ich wünsche mir, dass in Deutschland vorur-

teilslos überlegt wird, wo duale Ausbildung gut und wo eine außerbetriebliche Ausbildung in berufsbildenden Schulen und bei Trägern angebracht ist und sich auch schon bewährt hat.

„Ich wünsche mir, dass in Deutschland vorurteilslos überlegt wird, wo duale Ausbildung gut und wo eine außerbetriebliche Ausbildung in berufsbildenden Schulen und bei Trägern angebracht ist“

DREIZEHN: Im April 2008 konnte dem Deutschen Bundestag eine Petition mit 72.554 Unterschriften für ein Grundrecht auf Ausbildung übergeben werden. Diese wurde jedoch im September 2010 abgelehnt. Welchen Erfolg versprechen Sie sich hinsichtlich der aktuellen Forderung nach einem Recht auf Ausbildung für alle? Bahnt sich schon eine gemeinsame europäische Initiative an? Mit wem sind Sie da aktiv?

Odenwald: Diese Petition ist leider sehr schnöde behandelt worden. Hauptaktivist für die Petition mit ihren über 72.000 Unterschriften war die Landesschülerkammer Hessen. Die Schülerinnen und Schüler wurden nach der Ablehnung der Petition im Jahr 2010 nach langem Drängen zu einem Fachgespräch aller Parteien im Bundestag nach Berlin eingeladen. Doch ich bin überzeugt davon, dass die Aktion „Grundrecht auf Ausbildung“, die durch die GEW und auch den DGB sehr unterstützt worden ist, ausgesprochen gut war. Wir haben ja unter dem Motto „Ausbildung für alle“ viele Demos, öffentliche Kundgebungen in den Ländern sowie Gespräche von Jugendlichen mit Politikern/-innen auf Landes- und Bundesebene initiiert. Ohne diese vielen Aktionen wären wir heute nicht so weit, dass die Ausbildungsgarantie in aller Munde ist. Darauf können wir stolz sein! Das europäische Feld braucht noch „Beackering“. Möglicherweise werden wir gemeinsam mit dem DGB im Jahr 2013 eine Veranstaltung zum Thema Ausbildungs- und Berufsperspektiven für die Jugend in Europa hinkriegen. //

ak/ap



Europäische Mobilität für benachteiligte junge Menschen

– Voraussetzungen, Rahmenbedingungen und Erträge

Hans Steimle

Die Bedeutung von Lernerfahrungen durch Auslandsaufenthalte sowohl für die persönliche Entwicklung als auch für die Beschäftigungsfähigkeit jedes Einzelnen wird zunehmend als wichtiger Faktor für die Lebens- und Berufsbiografien von jungen Menschen in Europa anerkannt. Allen voran ist es die EU selbst, die dazu Stellung bezieht und Ziele formuliert. Als eine der wichtigsten Initiativen für die erneuerte EU-Strategie 2020 für mehr Wachstum und Beschäftigung in Europa gilt die EU-Leitinitiative „Youth on the move“. In und mit ihr wird begründet, welche große Bedeutung internationale und interkulturelle Kompetenzen und die Fachkräftemobilität für das Wachstum und die Beschäftigung in Europa haben.¹

Als Bestandteil der EU-Strategie „Europa 2020“ umfasst die Initiative „Jugend in Bewegung“ 28 Schlüsselmaßnahmen, mit denen die allgemeine und die berufliche Bildung stärker an den Bedürfnissen junger Menschen ausgerichtet werden sollen. Darüber hinaus sollen mehr junge Menschen mit einem EU-Stipendium für einen Studien- oder Ausbildungsaufenthalt im Ausland begeistert werden. Hierdurch soll die Beschäftigungsfähigkeit junger Menschen verbessert und ihnen der Zugang zum Arbeitsmarkt erleichtert werden.²

In der Stellungnahme des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) und der Kultusministerkonferenz (KMK) zum Grünbuch der EU-Kommission „Die Mobilität junger Menschen zu Lernzwecken fördern“ heißt es denn auch: „Die Förderung der Mobilität zu Lernzwecken ist ein

zentrales Element der bildungspolitischen Zusammenarbeit in Europa. Auslandsaufenthalte junger Menschen zu Lernzwecken tragen dazu bei, Fähigkeiten auszubauen, Wissen zu vertiefen und die persönliche Entwicklung zu fördern. Ebenso erfahren die teilnehmenden Personen den Wert der Zusammenarbeit über nationale Grenzen hinaus und verstehen sich stärker als europäische Bürger. Im Allgemeinen können darüber hinaus Verbesserungen bei den Sozialkompetenzen, bei den Sprachkenntnissen, beim Kulturbewusstsein und bei den beruflichen Kompetenzen der mobilen Personen festgestellt werden.“³

In den Langzeitwirkungen der Teilnahme an internationalen Jugendbegegnungen auf die Persönlichkeitsentwicklung konstatiert dann auch Alexander Thomas⁴: „Die Teilnahme an einer Begegnung fördert hauptsächlich die Persönlichkeitsentwicklung im Hinblick auf Selbstsicherheit, Vertrauen in die eigenen Fähigkeiten, soziale Kompetenz, Offenheit für neuartige Erfahrungen, interkulturelle Kompetenz und Identitätsbildung. Sie wirkt sich auch positiv auf die beruflichen Perspektiven junger Menschen aus.“ Auch Andreas Thimmel stellt fest: „Alle Erfahrungen zeigen, dass die Durchführung von Auslandsaufenthalten für benachteiligte Jugendliche wirklich und in außerordentlichem Maße dazu beitragen, ihre sozialen Kompetenzen und ihre Beschäftigungsfähigkeit zu erweitern. Dies gilt explizit für die Programme und Maßnahmen, die sich speziell um die Einbeziehung von benachteiligten jungen Menschen bemühen und deren Struktur und Förderung sehr gezielt auf deren Bedürfnisse ausgerichtet sind.“⁵



Angesichts großer politischer Ziele: Wie gelingt die Umsetzung von Mobilitätsmaßnahmen für benachteiligte Jugendliche?

In vielen politischen Erklärungen und Empfehlungen ebenso wie in den Ausrichtungen und Zielen der einschlägigen EU-Förderprogramme wird davon gesprochen, dass es besonders wichtig ist, benachteiligte Zielgruppen zu fördern. All diese Absichtserklärungen und politischen Leitziele ringen schon seit vielen Jahren mit der Schwierigkeit, diesem Anspruch auch tatsächlich qualitativ und quantitativ gerecht zu werden. Zwar liegt der Anteil der jungen Menschen mit erhöhtem Förderbedarf bei den kurzfristigen Maßnahmen im EU-Jugendprogramm „Jugend in Aktion“ in Deutschland heute bei nahezu 30 %⁶ – gleichzeitig ist die Einbeziehung dieser Zielgruppe in die weiteren EU-Bildungsprogramme und in weitere Fördermaßnahmen kaum zu benennen und quantitativ nicht zu fassen.

In der Grundlagenstudie der Arbeitsgruppe „Mobility“ im ESF-Lernnetzwerk „European Youth Employment“ (www.youthemploymentnet.eu)⁷ wird meine zentrale These untermauert: Benachteiligte junge Menschen sind in den Mobilitätsprogrammen und Auslandsmaßnahmen, die Lern- und Qualifizierungszwecken dienen, völlig unterrepräsentiert.

Wie in der Studie „Benachteiligte Jugendliche in Europa“ von Pohl und Walther konstatiert wird, sind es insbesondere junge Menschen mit niedrigem Qualifikationsniveau und somit diejenigen, die nicht Teil der höheren schulischen Bildungsgänge, arbeitslos oder in Arbeitsverhältnissen im unteren Einkommensbereich beschäftigt sind, die nur selten erreicht werden. Sie partizipieren daher kaum von diesen wichtigen Lernerfahrungen. Zu dieser Gruppe mit geringer Teilhabe gehören aber auch Jugendliche mit Migrationshintergrund und jene, deren familiärer und kultureller Kontext den Nutzen, die Notwendigkeit und die Bedeutung von Mobilitätserfordernissen für die persönlichen und beruflichen Entwicklungschancen gar nicht oder nur sehr gering schätzt.⁸

Rahmenbedingungen sind Gelingensbedingungen für Mobilität

Die Praxiserfahrung zeigt: Es sind die Rahmenbedingungen, die es benachteiligten Jugendlichen schwer und Trägern und Einrichtungen der Jugendsozialarbeit teilweise (fast) unmöglich machen, (regelmäßig) Mobilitätsangebote umzusetzen.

„Mobilität zu Lernzwecken ist ein zentrales Element der bildungspolitischen Zusammenarbeit in Europa“

In fast allen Programmen und insbesondere in denen des Lebenslangen Lernens – sei es „Jugend in Aktion“, Leonardo da Vinci oder Grundtvig – werden keine Personalkosten von angestelltem Personal finanziert. Zumeist werden lediglich die eigentlichen Durchführungskosten, Festbeträge oder Pauschalen für die Aufenthaltskosten, anteilige Reisekosten und Kosten für die Verbreitung der Ergebnisse und zu einem geringen Teil auch Vorbereitungskosten gefördert. Dass diese Kosten mit der entsprechenden Begründung für Maßnahmen mit jungen Menschen mit erhöhtem Förderbedarf aufgestockt werden, ist positiv zu würdigen. In begrenztem Maße und mit Begründung sind Personalkosten als Honorarkosten für Aufgaben, die im direkten Zusammenhang mit der Maßnahme stehen, zumeist ebenfalls förderfähig.

Projekte, Träger und Einrichtungen der Jugendsozialarbeit arbeiten aber in der Regel mit Fachkräften, die als Voll- oder Teilzeitkräfte die Maßnahmen, Aufgaben und Projekte des Trägers umsetzen. Wenn sich nun diese Einrichtungen um die Förderung von transnationalen Austausch- oder Mobilitätsmaßnahmen bemühen, können sie dies nur mit höchsten „Verrenkungen“ tun – oder sie müssen für diese Aktionen zusätzliches Personal bzw. Honorarkräfte einsetzen.

Das führt dazu, dass viele Träger der Jugendsozialarbeit die Umsetzung von Auslandsaufenthalten für ihre Zielgruppen zwar als sehr wichtiges Aufgabengebiet erkannt haben, sie diese aber in der Praxis wegen der Förderkonditionen höchstens als Spielwiese für Idealisten/-innen ansehen, da die Mehrzahl (nicht nur Vorstände und Finanzverantwortliche) diese Unterfangen als leider nicht (re-)finanzierbar betrachtet.

In der Folge ist es dann auch nicht verwunderlich, dass es nur wenige besonders engagierte und interessierte Träger und Einrichtungen der Jugendsozialarbeit gibt, die sich der Förderung von Auslandsmaßnahmen von benachteiligten Jugendlichen regelhaft und kontinuierlich annehmen.

Von IdA lernen – Auf die Förderung der Infrastrukturen kommt es an

Einige der wenigen Ausnahmen, die die entsprechenden Konditionen und Rahmenbedingungen für die Einbeziehung, Begleitung und Förderung benachteiligter Jugendlicher und für die entsprechende Mittel- und Personalausstattung der unterstützenden Trägerstrukturen bei transnationalen Maßnahmen bieten, ist das ESF-Programm IdA – Integration durch Austausch in Deutschland. Dieses Austauschprogramm richtet sich

explizit an benachteiligte Jugendliche und an Menschen mit Behinderung und fördert in der dreijährigen Programmlaufzeit über 10.000 junge Menschen.

Im Mittelpunkt der Maßnahme(n) stehen ein ein- bis sechsmonatiger Aufenthalt (Praktikum, Job-Camp, Schulung/Ausbildung) in einem anderen EU-Mitgliedsstaat. Um dieses Ziel zu erreichen, schließen sich Jobcenter, Arbeitsagenturen, Bildungseinrichtungen und Wohlfahrtsverbände sowie weitere Einrichtungen zusammen und kooperieren in einer verbindlichen Zusammenarbeit mit transnationalen Partnern in anderen EU-Mitgliedsstaaten.⁹ Im Rahmen der ersten Förderrunde wurden und werden (noch) 69 Projektverbünde mit einem Volumen von 73 Mio. Euro aus ESF- und 17 Mio. Euro aus BMAS-Mitteln gefördert.

Ermöglicht werden die Erfolge¹⁰ u. a. durch die finanzielle Ausstattung sowie die Konstruktion und die weiteren Rahmenbedingungen, die das ESF-finanzierte Bundesprogramm des BMAS anbietet.

Aus der Zwischenbilanz des ESF-Programms „IdA – Integration durch Austausch“¹¹ wird deutlich, unter welchen Rahmenbedingungen und mit welchen umfassenden Qualitätskriterien ein Programm „gestrickt“ werden kann: Neben der Tatsache, dass das Programm aus ESF-Mitteln finanziert und mit Bundesmitteln kofinanziert wird und es feste Verbünde aus Arbeitsverwaltung und Jugend- und Qualifizierungsträgern gibt, liegt das „Geheimnis“ des Erfolges in der Förderung des Personals zur Begleitung der Gruppen. Gerade benachteiligte junge Menschen brauchen im Gesamtprozess der transnationalen Mobilitätsförderung qualifizierte Fachkräfte, die die komplexen Benachteiligungsgründe der jungen Menschen einschätzen und damit umgehen können, die ihnen (auch zeitweise im Ausland) zur Seite stehen, sie kontinuierlich begleiten, die interkulturelle Kompetenz besitzen und die verlässlich zur Verfügung stehen (können).

„Ohne eine entsprechende Infrastruktur sind Mobilitätsprogramme nicht realisierbar“

Darüber hinaus wird großen Wert auf den gesamten Prozess der Maßnahme gelegt: von der qualifizierten Vorbereitung über die verantwortungsbewusste Begleitung im Ausland bis hin zur strukturierten Nachbereitung und Nachbetreuung. Im Unterschied zu den meisten anderen Programmen werden dabei für jeden einzelnen Abschnitt Personal- und Sachmittel in angemessener Weise gefördert.

„Mobilitätsmaßnahmen für benachteiligte Jugendliche – nur eine Spielwiese für Idealisten/-innen?“

Dieser umfassende Ansatz ist sicherlich nicht auf alle transnationalen Mobilitätsmaßnahmen zu übertragen. Mit IdA ist aber nachgewiesen, dass es Mobilitätsangebote gibt, die geeignet sind, gerade benachteiligte Jugendliche zu erreichen und sie entsprechend ihrer Bedürfnisse zu begleiten.

Um für diesen infrastrukturellen Ansatz das Bewusstsein und die Bereitschaft zu schaffen, braucht es weitere Unterstützer/-innen und weitere politische Initiativen mit dem Ziel, die Förderung von Auslandsaufenthalten für benachteiligte junge Menschen weiter auszubauen und Rahmenbedingungen zu schaffen, die es den Akteuren in der Jugendsozialarbeit in Europa erlauben, auch wirklich daran mitwirken zu können.

Noch eine Anmerkung zum Schluss: Seit Jahren bemühen sich die BAG EJSA und das europäische Netzwerk der Jugendsozialarbeit Y.E.S. Forum darum, an der Mobilitätsförderung und der Verbesserung der Einbeziehung benachteiligter Jugendlicher in Europa mitzuwirken. Wer dies weiß und verfolgt, kann einschätzen, dass die aufgezeigten Erläuterungen, Einschätzungen und Forderungen nicht (nur) als Wehklagen gemeint sind, sondern stets als Herausforderung und Ansporn zur Veränderung verstanden werden. //

Der Autor:

Hans E. Steimle ist Referent für Grundsatzfragen und Europa und stellvertretender Geschäftsführer der Bundesarbeitsgemeinschaft Evangelische Jugendsozialarbeit e. V. (BAG EJSA). E-Mail: steimle@bagejsa.de

Literatur:

BUNDESMINISTERIUM FÜR ARBEIT UND SOZIALES (BMAS), Referat EF2 „Umsetzung des Europäischen Sozialfonds“ (Hg.) (2011): Mit IdA neue Wege gehen – Zwischenbilanz des ESF-Programms „IdA – Integration durch Austausch“. Bonn.

EU-KOMMISSION (2010): „Youth on the Move – strengthening support to Europe’s young people“. Brüssel, 15.09.2010.

EUROPEAN NETWORK ON YOUTH EMPLOYMENT (2011): Common Reference Framework. Nicosia, Cyprus.

POHL, Axel; Walther, Andreas (2006): „Benachteiligte Jugendliche in Europa“. In: Aus Politik und Zeitgeschichte (APUZ 47/2006). Berlin, S. 26–36.

THIMMEL, Andreas (2010): „Chancen des internationalen Jugendaustausches für junge MigrantInnen.“ In: BAG EJSA (Hg.): Mobilität – wozu? Die Bedeutung von Mobilitätserfahrungen für die Integration junger MigrantInnen. Stuttgart/Berlin.

THOMAS, Alexander (2012): „Langzeitwirkungen der Teilnahme an internationalen Jugendbegegnungen auf die Persönlichkeitsentwicklung der Teilnehmer/-innen“. In: IJAB –

Fachstelle für Internationale Jugendarbeit der Bundesrepublik Deutschland e. V. und Forscher-Praktiker-Dialog Internationale Jugendarbeit (Hg.): Internationale Jugendarbeit wirkt. Forschungsergebnisse im Überblick. Bonn/Köln.

Anmerkungen:

¹ „Young people have been hit particularly hard by the recent social and economic crisis. Youth on the Move aims to increase their chances of finding a job by enhancing student and trainee mobility and improving the quality and attractiveness of education and training in Europe. Youth on the Move is part of Europe 2020, the EU’s plan for how Europe will emerge from the social and economic crisis.“ (Quelle: http://europa.eu/youthonthemove/europe2020_en.htm)

² EU-Kommission (2010).

³ Stellungnahme des Bundesministeriums für Bildung und Forschung und der Kultusministerkonferenz zum Grünbuch der EU-Kommission: „Die Mobilität junger Menschen zu Lernzwecken fördern“.

⁴ Thomas (2012).

⁵ Thimmel (2010).

⁶ http://www.jugendfuereuropa.de/presseportal/informationen-fuer-journalisten/jia_wirkungen

⁷ European Network on Youth Employment (2011), S. 41 ff.

⁸ Pohl; Walther (2006).

⁹ Weitere gute Beispiele mit ähnlichen Zielen und mit unterschiedlicher Größe und unterschiedlichen Rahmenbedingungen sind in der Grundlagenstudie des „European Network Youth Employment“ aufgeführt. Speziell die sieben verschiedenen Projekte, die in Schweden umgesetzt wurden, sind hierfür ein gutes Zeugnis. Eine vollkommen eigenständige Initiative mit einem Volumen von über 20 Millionen Euro stellt das Programm „Tuscany meets Europe“ der Region Toskana dar. Mit einer sehr breiten Ausrichtung auf verschiedenste Zielgruppen und Akteure/-innen werden hier vielfältige Angebote für die Qualifizierung von Schülern/-innen, Fachkräften, Verbänden und Unternehmen mit dem Ziel angeboten, die Beschäftigungsfähigkeit der Menschen und die Wettbewerbsfähigkeit der Region zu erhöhen.

¹⁰ „Die vorläufigen Ergebnisse der Programmevaluation sind positiv: Obwohl 80 % der IdA-Teilnehmer/-innen schon einmal (langzeit-)arbeitslos waren (durchschnittliche Dauer der Arbeitslosigkeit: 15 Monate), hatten zwei Drittel von ihnen sechs Monate nach IdA eine Ausbildungsstelle oder eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung.“ (Quelle: http://www.esf.de/portal/generator/18188/2012_04_23_rv_ida.html)

¹¹ Bundesministerium für Arbeit und Soziales (2011).

DIE EU-JUGENDSTRATEGIE – WAS BRINGT SIE EIGENTLICH FÜR DIE JUGENDSOZIALARBEIT? EINE EXEMPLARISCHE RECHERCHE

Kristin Höfler

Informationen über Hintergründe, Ziele und beteiligte Akteure der EU-Jugendstrategie findet man mithilfe des Internets schnell und gut aufbereitet. Beschäftigt man sich jedoch tiefer gehend mit der Strategie, kann leicht die Frage aufkommen, ob für die von der Strategie Betroffenen eine spürbare Realisierung der erklärten Ziele und Absichten bereits erkennbar ist oder ob es sich nicht eher um einen Papiertiger ohne weitere Auswirkungen handelt. Die Autorin hat sich auf den Weg gemacht, diese Frage zu beantworten. Zuerst sollte man sich vielleicht vor Augen führen, dass eine Strategie ein längerfristig ausgerichtetes Anstreben eines Ziels unter Berücksichtigung der verfügbaren Mittel und Ressourcen ist. Da die EU-Jugendstrategie den Rahmen für die jugendpolitische Zusammenarbeit in Europa für den Zeitraum 2010 bis 2018 bildet, sollten die Erwartungen an bereits erfolgte konkrete Schritte der Umsetzung nicht zu hoch gesteckt werden. Aber zurück zur Ausgangsfrage: Wo kann man ansetzen, um die praktische Relevanz der EU-Jugendstrategie auf den Arbeitsbereich der Jugendsozialarbeit zu beleuchten? Welche konkreten Beispiele können genannt werden?

UMSETZUNG AUF BUNDESEBENE

Zunächst werfen wir einen Blick auf die Umsetzung der Strategie in Deutschland. Neben der wirksamen Beteiligung Jugendlicher und der Anerkennung non-formalen Lernens soll die EU-Jugendstrategie in Deutschland die Integration sozial benachteiligter junger Menschen in das Regelsystem von Bildung, Ausbildung und Arbeit unterstützen. Insofern steht die Jugendsozialarbeit im direkten Fokus der erklärten Ziele und Absichten.

Um Antworten darauf zu finden, wie die Unterstützung der Jugendsozialarbeit konkret erfolgt, kann man den „Nationalen Bericht Deutschlands an die Europäische Kommission vom 6. Februar 2012 über die erste Phase der Zusammenarbeit“ heranziehen. Aus dem Bericht geht hervor, dass die EU-Ju-

gendstrategie generell nicht zu einer politischen Neuausrichtung geführt hat, sondern bestehende Schwerpunkte verstärkt wurden. Aufgrund der notwendigen Einsparungen öffentlicher Haushalte von Bund und Ländern konnten keine ergänzenden öffentlichen Mittel für die Umsetzung der EU-Jugendstrategie zur Verfügung gestellt werden. Dieser Umstand spiegelt sich in dem Bericht wider.

„Die wenigsten Initiativen zur Umsetzung der EU-Jugendstrategie wurden nach deren Inkrafttreten ins Leben gerufen“

Es werden viele Unterstützungsleistungen genannt, die bereits vor dem Start der EU-Jugendstrategie im Januar 2010 von der Bundesregierung unterstützt oder gefördert wurden. In dem Bericht werden 77 Fragen beantwortet, von denen ca. 2/3 darauf ausgerichtet sind, ob bestimmte Maßnahmen bereits vor Inkrafttreten der EU-Jugendstrategie ergriffen wurden oder erst danach – d. h. als neu geschaffene Umsetzungsmaßnahme. Hier wird deutlich: Die wenigsten Initiativen zur Umsetzung der EU-Jugendstrategie wurden nach deren Inkrafttreten ins Leben gerufen. Der größte Teil der Maßnahmen und Aktivitäten bestand bereits bzw. hatte schon begonnen.

Einige Initiativen wurden allerdings zur Umsetzung der EU-Jugendstrategie neu bzw. zeitgleich gestartet oder intensiviert. Auch diese betreffen mehr oder weniger deutlich die Aufgaben und Arbeitsgebiete der Jugendsozialarbeit:

- Beginn der Entwicklung einer „Eigenständigen Jugendpolitik“
- Einführung der Berufseinstiegsbegleitung als Regelinstrument
- Entwicklung verschiedener Verfahren und Kriterien der Sichtbarmachung und Anerkennung von non-formalen Bildungs-

„Es bleibt noch abzuwarten, wie die Länder sich ab 2014 hinsichtlich der Kofinanzierung der Berufseinstiegsbegleitung verhalten werden“

angeboten und Kompetenznachweisen in der Jugendarbeit

- ressortübergreifende Abstimmung zur neuen Strukturierung und besseren Abstimmung des Übergangssystems
- Initiative „Youthpart“

UMSETZUNG AUF LÄNDEREBENE

Die jugendpolitischen Schwerpunkte in Deutschland auf lokaler und regionaler Ebene wurden durch die EU-Jugendstrategie vor allem dadurch beeinflusst, dass die Länder neben der Verstärkung der bereits beschlossenen Schwerpunkte ihre eigenen länderspezifischen Angebote entwickelt haben und in unterschiedlichem Ausmaß Leistungen anbieten wie etwa:

- Informationsservice für die Kommunen und Träger zu den Themen der Handlungsoptionen der EU-Jugendstrategie
- Unterstützung querschnittlicher, jugendpolitischer Ansätze auf der kommunalen Ebene
- Beratung der regionalen und lokalen Akteure/-innen der Jugendhilfe zu allen Fragen der Europäisierung der Jugendhilfepraxis
- Fortbildung der jugendpolitischen regionalen und lokalen Akteure/-innen (Qualifizierung zu Themen wie Mobilität, EU-Förderinstrumente etc.)
- Anpassung der länderspezifischen Förderinstrumente

Träger der Jugendsozialarbeit, die sich fragen, was ihnen die EU-Jugendstrategie bringt, müssen sich also erkundigen, wie es in ihrem Bundesland um die Umsetzung steht – und dürfen auch den Blick in die eigene Kommune nicht vergessen.

UMSETZUNG IN SACHSEN

Das Beispiel Sachsen, das ich aus eigener Erfahrung kenne, möchte ich an dieser Stelle anführen und zeigen, wie es um die Umsetzung auf Landesebene bestellt ist. Es hat sich gezeigt, dass es zunächst einmal nicht einfach war, überhaupt auskunftsfähige Ansprechpartner/-innen zu finden – dies ist aber erforderlich und in der Regel der erste Schritt, da der Stand der konkreten Umsetzung und der weiteren Planung häufig nicht via Internet zu recherchieren ist. Hier sollte man sich also nicht entmutigen lassen.

Die Erkundigung nach konkreten Maßnahmen zur Umsetzung der EU-Jugendstrategie in Sachsen gestaltete sich also nicht ganz einfach. Schließlich führte die Nachfrage beim zuständigen Ministerium zu einiger Klärung:

Ebenso wie der Bund verweist auch Sachsen darauf, dass derzeit keine zusätzlichen Mittel von der EU – insbesondere über

das einschlägig bekannte Programm „Jugend in Aktion“ hinaus – in nennenswertem Umfang zur Verfügung stehen. Auch personelle Ressourcen für zusätzliche Aktionen zur Umsetzung der Strategie (z. B. in den Obersten Landesjugendbehörden) stehen nur in eingeschränktem Maß zur Verfügung. Die Zielstellungen der EU-Jugendstrategie seien nicht unbedingt neu und durchaus bereits Bestandteil der Kinder- und Jugendhilfepraxis in Sachsen. Durch die strategische Ausrichtung würden sie jedoch mehr Gewicht erhalten. Eine Anpassung der Förderinstrumente an die Anforderungen der EU-Jugendstrategie werde nicht für erforderlich gehalten, da die sächsischen Förderrichtlinien genug Spielraum ließen, um aktuelle jugendpolitische Themen in der Landesförderung aufgreifen zu können.

Informationen zur Umsetzung sind dementsprechend wenig konkret:

- Der Freistaat Sachsen wirkt an der Bund-Länder-Arbeitsgemeinschaft mit;
- er beteiligt sich an der Finanzierung des Fachkräfteportals, das als Plattform für die Präsentation der EU-Jugendstrategie dient;
- im Freistaat Sachsen wird die EU-Jugendstrategie im Rahmen der bestehenden Förderstrategien umgesetzt;
- die Träger der freien und öffentlichen Jugendhilfe werden in ihrer Arbeit unterstützt und erhalten die Möglichkeit, ihre Angebote entsprechend fachlich-inhaltlich auszugestalten oder weiterzuentwickeln;
- im Rahmen des Landesjugendhilfeausschusses gibt es jährlich stattfindende Fachgespräche zur EU-Förderung, in denen die EU-Jugendstrategie bereits Thema war.

Praktische Relevanz gerade auch im Hinblick auf die Jugendsozialarbeit wird im Bereich der Strukturförderung erkennbar, da die Umsetzung der Ziele „Soziale Integration und gelingende Übergänge in Ausbildung und Beruf“ seit einigen Jahren als Schwerpunkt im Rahmen der ESF-Förderung vollzogen wird, beispielsweise durch die Projektbereiche der arbeitsweltbezogenen Jugendsozialarbeit (Jugendwerkstätten und produktions-schulorientierte Beschäftigungs- und Qualifizierungsprojekte) und der Kompetenzentwicklung von Schülern/-innen. Auch in die Fortschreibung bzw. Ausgestaltung der neuen Förderperiode ab 2014 wird die EU-Jugendstrategie als Bezugspunkt für eine entsprechende Schwerpunktsetzung einfließen.

Das Ministerium teilte ebenfalls mit, dass ihm nur wenige Informationen über einzelne konkrete Aktivitäten zur Umsetzung der Strategie in Sachsen vorliegen. Eine vor einiger Zeit erfolgte Abfrage des Ministeriums bei den Akteuren der Kinder- und Jugendhilfe zu Projekten/Maßnahmen/Initiativen im Rahmen der EU-Jugendstrategie hatte kaum Rücklauf. Man kann sich nun die Frage stellen, ob es – wie vom Ministerium vermutet –

daran liegt, dass die Abfrage in der Ferienzeit erfolgte, oder vielleicht doch eher daran, dass die EU-Jugendstrategie im Bewusstsein der Akteure entweder noch nicht angekommen ist oder in der täglichen Arbeit keine Rolle spielt.

Welche Schlüsse ziehe ich aus meiner Recherche? Wie lautet die Antwort auf die Ausgangsfrage?

Abschließend komme ich zum dem Schluss, dass die einzige wirklich konkrete, fassbare und neu geschaffene Maßnahme, die in direktem Zusammenhang mit der EU-Jugendstrategie steht und die Jugendsozialarbeit betrifft, die Einführung der Berufseinstiegsbegleitung als Regelinstrument ist. Allerdings hat bisher nur eine Verstetigung der etablierten Modellstandorte stattgefunden, eine Ausweitung ist nicht erfolgt. Es ist weiterhin offen, wie die im Gesetz vorgesehene flächendeckende Einführung und Ausweitung zustande kommen soll. Außerdem ist noch nicht abschließend geklärt, wie die Länder sich ab 2014 (bis dahin übernimmt das BMAS für die Modellstandorte die Kofinanzierung) hinsichtlich der Kofinanzierung verhalten werden. Zumindest haben die Bundesländer sich grundsätzlich zur Kofinanzierung aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds (ESF) ab dem Schuljahr 2014/15 bereit erklärt. Darüber hinaus kann man hoffen, dass die Strukturen, Förderansätze und Modelle, die bereits vor Inkrafttreten der Strategie geschaffen wurden (s. o.), aufrechterhalten und weiterentwickelt werden, um die Ziele der EU-Jugendstrategie tatsächlich zu erreichen. Auch beim alltäglichen Ringen um die Fortführung z. B. bestimmter Förderungen oder der Schaffung von Regelstrukturen liegt der Bezug zur EU-Jugendstrategie nahe. In diesem Sinne bietet sie z. B. eine zusätzliche Chance, weitere Finanzquellen im Rahmen der Strukturförderung ab 2014 zu erschließen. Und schließlich kann die Strategie argumentativ herangezogen werden, wenn es um die Initiierung neuer Projekte geht – indem besonders herausgestellt wird, dass ein Projekt einen Beitrag zur Umsetzung der EU-Jugendstrategie auf lokaler/regionaler Ebene leistet.

Fazit: Wenn Bund und Länder nicht mehr Geld in die Hand nehmen, um die die Jugendsozialarbeit betreffenden Ziele zu unterstützen, wird es vermutlich bei wenigen tatsächlich spürbaren Auswirkungen der EU-Jugendstrategie bleiben. //

Die Autorin:

Kristin Höfler ist Referentin EU-Förderung und Bundeskoordinatorin Jugendsozialarbeit beim Deutschen PARITÄTISCHEN Wohlfahrtsverband Landesverband Sachsen e.V. E-Mail: kristin.hoefler@parisax.de





Kommune goes International

Mehr ins Drei-Länder-Eck von Schleswig-Holstein, Mecklenburg-Vorpommern und Niedersachsen gequetscht zu sein, geht kaum: Wer in der Kleinstadt Lauenburg an der Elbe lebt, müsste nur eine Viertelstunde Richtung Osten gehen oder einmal über den breiten Strom rudern und wäre im anderen Bundesland.

Tina Fritsche

Dicht an der ehemaligen innerdeutschen Grenze gelegen, hielt sich das hübsche Fachwerkörtchen bis zum Mauerfall mit der sogenannten Zonenrandförderung über Wasser. Seit 1995 gehört Lauenburg zur Metropolregion Hamburg, rund 11.000 Menschen leben hier; ihre Arbeitslosenquote liegt mit 5,9 % knapp unter dem Bundesdurchschnitt. Am 25. Mai 2009 erhielt die Stadt

den von der Bundesregierung verliehenen Titel „Ort der Vielfalt“, eine Auszeichnung, mit der Gemeinden, Städte und Kreise in Deutschland in ihrem Engagement für kulturelle Vielfalt gestärkt werden sollen. Dennoch: Die Bildungsabschlüsse der Lauenburger Jungen und Mädchen liegen unter dem Bundesdurchschnitt, nur jede/-r Fünfte schafft das Abitur, ein Gymnasium gibt es nicht. Die einzige weiterführende Schule in der

„Jugendliche werden zu Botschaftern/-innen ihrer Stadt und ihres Landes“

Stadt ist eine Gemeinschaftsschule. Viele der Jugendlichen im Stadtgebiet kommen aus der Türkei und aus Afghanistan, aus der ehemaligen Sowjetunion und aus den Ostblockstaaten.

Aufbau eines kommunalen Netzwerkes

Mit internationaler Jugendarbeit hat Lauenburg bereits Erfahrungen gesammelt – mal eine Reise in die Türkei, mal ein Fußballturnier der Nationen. „Das war aber alles eher sporadisch und bruchstückhaft und lag in den Händen einzelner Projektträger oder engagierter Menschen, ohne miteinander vernetzt zu sein“, erzählt Friederike Betge. Die engagierte Stadtjugendpflegerin hat schnell erkannt, dass auch finanzielle Engpässe in Elternhäusern und an der Schule strukturierte internationale Jugendarbeit ausbremsen. Und manchmal liege es auch an der schlichten Unkenntnis bei allen Beteiligten, was bereits möglich und machbar ist.

Sie zögerte deshalb nicht, die Kleinstadt an der Elbe ins Rennen zu schicken, als 2011 interessierte und geeignete Orte für die bundesweite Initiative „Kommune goes International“ (KGI) gesucht wurden. Betge, die lange als Gleichstellungsbeauftragte gearbeitet hat, nutzt seit Jahren die Bundesprogramme, um die Aktivitäten in ihrer Kommune zugunsten Benachteiligter weiter auszubauen: Städtebauförderung, ‚Stärken vor Ort‘, ‚Jugend für Vielfalt‘ – und nun ‚Kommune goes International‘. „Wir haben hier mittlerweile ein Netzwerk aufgebaut, das für eine kleine Stadt aus sehr vielen Aktiven besteht“, berichtet sie mit einem Hauch Stolz in der Stimme. Sie und andere Akteure/-innen der Lauenburger Jugendarbeit stellten einen kommunalen Entwicklungsplan auf, vereinbarten die strategische Ausrichtung der Kommune in der internationalen Jugendarbeit, benannten Zielgruppen, Mittel und Erfolgskriterien und konnten am Ende den Sozialausschuss der Stadt dazu bewegen, das Programm abzusegnen. Damit war der Lauenburger Weg abgesteckt.

„Auch sozial benachteiligte Jugendliche sollen durch die Initiative neue Chancen auf Bildung und Teilhabe erfahren“

Im Rahmen der Initiative KGI haben sich im vergangenen Jahr 22 ausgewählte Kommunen wie Lauenburg bundesweit auf den Weg gemacht, um die internationale Jugendarbeit in ihrem Ein-

flussbereich bis 2014 stärker zu verankern und allen Jugendlichen zugänglich zu machen. Besonders Jugendliche mit Migrationshintergrund und sozial benachteiligte Jugendliche sollen dadurch neue Chancen auf Bildung und Teilhabe erfahren. Begleitet von einem Beratungsteam erarbeiten die Kommunen gemeinsam mit interessierten Netzwerkpartnern wie Schulen, Sportvereinen, migrantischen Verbänden, Sozialarbeitern/-innen und anderen möglichen Kooperationspartnern lokale Entwicklungspläne zur internationalen Jugendarbeit, die jeweils auf die individuelle Situation vor Ort zugeschnitten sind. Mit direkter finanzieller Unterstützung können die Kommunen dabei zwar nicht rechnen, aber sie ernten Motivation, neue Ideen und bundesweite, fachlich orientierte Vernetzung, die helfen kann, neue Wege zu europäischen Fördertöpfen zu finden. Manche Kommunen stellen für die Jugendarbeit im Rahmen von KGI zusätzliches Personal, Sach- und Reisekosten sowie Räumlichkeiten bereit. Das hilft.

Interkulturelle Öffnung von kommunalen Institutionen

KGI ist Bestandteil des Praxis- und Forschungsprojekts „Jugendarbeit international – Vielfalt erleben“ (JiVE) und mit dem Auftrag versehen, die EU-Jugendstrategie in Deutschland umzusetzen. Die Initiative reiht sich ein in zuvor gelaufene Initiativen wie InterKulturell on Tour (IKT), Europäischer Freiwilligendienst (EFD) und die Fachkräfteprogramme mit Spanien und der Türkei. Gemeinsam ist diesen Programmen, dass sie internationale Jugendarbeit unter den Blickwinkel von Migration und Teilhabe stellen. Internationale Jugendarbeit soll nicht nur Jugendliche bei der Integration unterstützen, sondern auch Institutionen helfen, sich interkulturell zu öffnen.

Bettina Wissing ist Mitarbeiterin im Geschäftsbereich Internationale jugendpolitische Zusammenarbeit von IJAB und Koordinatorin bei KGI. Sie beobachtet die schwierigen Rahmenbedingungen der Kommunen mit Sorge: „Viele Städte und Gemeinden haben ihre internationale Jugendarbeit aus Spargründen zurückgefahren.“ Eindringlich warnt sie davor, internationale Jugendbegegnungen als touristisches Freizeitvergnügen abzutun. Dass vor allem sozial benachteiligte Jugendliche einen großen Gewinn aus diesen Begegnungen ziehen können, sei wissenschaftlich belegt. KGI will deshalb gezielt junge Menschen abseits der überrepräsentierten Gruppe der Gymnasialschüler/-innen gewinnen.

Wer mit Aktiven in der Jugendarbeit spricht, bekommt ein überzeugendes Bild vom Potenzial grenzüberschreitender Jugendbegegnungen: Da sei die Möglichkeit, sich mit der eigenen Identität und Geschichte auseinanderzusetzen, sich als

„Der Erfolg eines Projektes lässt sich daran ablesen, ob Jugendliche wirklich an Entscheidungen teilhaben können“

Botschafter/-in der Stadt oder des Landes zu erleben, sich darin wertgeschätzt zu sehen, andere Sprachen zu lernen und auszuprobieren, Teamarbeit zu üben und neue berufliche und private Perspektiven zu erleben – wie Reisen halt so sein kann.

Stadtjugendpflegerin Betge erinnert sich an die Istanbulfahrt 2010 mit insgesamt 25 deutschen und türkischstämmigen Jugendlichen und Betreuungspersonen: „Das war eine prägende Erfahrung, gerade für Jugendliche türkischer Herkunft.“ Für alle wurde die Reise ein bedeutsamer Blick über den eigenen Tellerrand. Die Jugendlichen türkischer Herkunft glitten in die Rolle der Dolmetscher und Stadtführer und erlebten so ihre migrantische Seite als Stärke. Die Lehrer/-innen und Straßensozialarbeiter/-innen aus Deutschland erfuhren die Möglichkeiten, sich mit den türkischen Kollegen/-innen zu vernetzen. Künftig soll es mindestens einmal im Jahr eine solche Reise geben und im Frühsommer 2013 werden Multiplikatoren/-innen im Rahmen eines Fachkräfteaustausches nach Tokat, einer Stadt im bergigen Norden der Türkei, reisen. Vorbereitet werden die Reisen unter anderem via Internetkontakt mit dem ehemaligen Lauenburger Lehrer Ayhan Sancak, der mittlerweile an einem Gymnasium in der Türkei arbeitet. Internationale Jugendarbeit lebt von den persönlichen, grenzüberschreitenden Kontakten.

Überschrift: Kulturelle Vielfalt als Reichtum wertschätzen

Die Vielfältigkeit der kulturellen Bezüge als Reichtum wertzuschätzen, ist erklärtes Ziel von KGI – entsprechend zielt das Projekt besonders auf Jugendliche mit Migrationshintergrund ab. Als Förderkriterium ist der Ansatz nicht unumstritten. Auch die Projektbroschüren stellen kritisch fest, dass „die Begrifflichkeit unterstellt, dass Menschen mit Migrationshintergrund eine homogene Gruppe seien.“ So stecken Pädagogen/-innen in der internationalen Jugendarbeit im Dilemma, im Förderantrag den Migrationshintergrund als Fördergrund hervorzuheben, ihn in der pädagogischen Praxis jedoch wieder aufzulösen, um die Jugendlichen nicht als abweichend von der deutschen Mehrheitsgesellschaft zu stigmatisieren.

„Wir sollten langsam aufhören, über Jugendliche mit Migrationshintergrund zu reden, sondern eher von Kindern und Ju-

gendlichen, die sozial benachteiligt oder nicht sind“, fordert Dagnija Brühl vom Kinder- und Jugendbüro in Eislingen/Fils in Süddeutschland – ebenfalls aktiv bei KGI. „Mittlerweile haben doch – je nachdem, wie weit man in der Geschichte zurückgeht – fast alle einen Migrationshintergrund. Die Jugendlichen sind Deutsche und sie fühlen sich oft gar nicht benachteiligt.“ Der Erfolg eines Projektes lasse sich daran ablesen, ob es gelänge,

Jugendliche in ihren Meinungen und Wünschen ernst zu nehmen und sie wirklich an gesellschaftlichen Entscheidungen teilhaben zu lassen.

Warum soll in der Stadthalle nicht ein Konzert von und für Jugendliche stattfinden? Sollte es nicht einen selbstverwalteten Raum für sie geben? Sind sogenannte Brennpunkte nicht einfach angeeignete Aufenthaltsorte im öffentlichen Raum, die ohne abwertende Einschätzungen von Erwachsenen bestehen sollten? Können Jugendliche nicht viel besser ihre Bereiche selbst planen und gestalten?

In dieser Haltung weiß sie starke Verbündete an ihrer Seite, z. B. den 47-jährigen Straßensozialarbeiter Hänsi Weiß, der in Eislingen aufgewachsen ist und den Ort, so sagt er, wie seine Westentasche kennt. Und auch im Gemeinderat stoße die neue Ausrichtung der Jugendarbeit auf offene Ohren, erzählt Dagnija Brühl: „Wir haben das Glück, dass unser Gemeinderat und alle bis zum Oberbürgermeister sehr offen sind für die Jugendarbeit. Anders als früher gibt es heute einen konzeptionellen Ansatz und die Einsicht, dass man investieren muss.“

David aus Eislingen engagiert sich seit drei Jahren und würde am liebsten das Jugendbüro wiederbeleben, wenn es sich mit seinem anstehenden Realschulabschluss vereinbaren ließe. Er hat nicht nur sich im Blick: „Vielleicht“, sagt er, „kann ich ja noch andere mitziehen. Es ist doch viel besser für die Stadt, wenn Jugendliche sich interessieren.“ So kann man das auch sehen. //

Die Autorin:

Tina Fritsche lebt und arbeitet als freie Journalistin in Hamburg.
E-Mail: tina.fritsche@gmx.de



Voneinander-Lernen beim Übergang Schule – Beruf Das multilaterale Projekt „transitions“

Claudia Mierzowski

Die erfolgreiche Gestaltung des Übergangs junger Menschen in Ausbildung und Beruf stellt eine große Herausforderung in Deutschland und ganz Europa dar. Dementsprechend ist die „Förderung der sozialen und beruflichen Eingliederung junger Menschen“¹ auch als eines der zentralen Anliegen in der EU-Jugendstrategie wiederzufinden. Deutschland hat für seine nationale Umsetzungsstrategie auf diese Herausforderung mit einer engen Zusammenarbeit mit den Bundesländern und einer breiten Beteiligung von Trägern und jungen Menschen geantwortet. Für die inhaltliche Arbeit wurden in der Bund-Länder-Kooperation drei Themenkorridore verabredet: Mit der „Integration sozial benachteiligter junger Menschen in das Regelsystem von Bildung, Ausbildung und Arbeit“ wurde auch hier ein Schwerpunkt auf die Gestaltung dieser Übergänge gelegt.²

Für eine erfolgreiche Umsetzung der EU-Jugendstrategie auf nationaler Ebene soll das Peer-Learning, also das Voneinander-Lernen, gezielt für den Umsetzungsprozess nutzbar gemacht werden. Das Voneinander-Lernen anhand von Erfahrungen in den verschiedenen europäischen Ländern bereichert nicht nur die Diskussionen auf europäischer Ebene. Dieses Instrument trägt der Tatsache Rechnung, dass die europäische Dimension ebenso wie der global gewordene Erfahrungs- und Handlungsraum zunehmend Einfluss auf das Leben junger Menschen und damit auf die Kinder- und Jugendhilfe in Deutschland haben. Gleichzeitig befördert es die gewinnbringende Europäisierung und Internationalisierung nationaler Jugendhilfe und -politik.³ In diesem Sinne kann der Umsetzungsprozess in Deutschland insbesondere dann profitieren, wenn europäische Strategien und Ansätze in die nationale Debatte eingespeist werden und

„Wie ist eigentlich die Situation der Jugendsozialarbeit in Finnland, Frankreich und Dänemark?“

schließlich als Impulse in Politik und Praxis der Kinder- und Jugendhilfe Wirkung entfalten können.

Transitions als Beispiel eines Peer-Learning-Prozesses

Das dreijährige Projekt transitions leistet als ein solcher Peer-Learning-Prozess einen Beitrag zur Umsetzung der EU-Jugendstrategie auf nationaler und europäischer Ebene und wird auch in den Prozess zur Entwicklung einer Eigenständigen Jugendpolitik eingespeist. Gemeinsam mit den für Jugend zuständigen Ministerien in Finnland, Frankreich und Dänemark setzt IJAB als Fachstelle dieses Projekt im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) um. Das Anliegen ist, Erkenntnisse zur Gestaltung des Übergangs junger Menschen durch europäischen und internationalen Fachaustausch zu gewinnen und damit einen Beitrag zur Weiterentwicklung von Jugendhilfe und Jugendsozialarbeit zu leisten. Der Fokus von transitions liegt insbesondere auf den jungen Menschen, die sozial oder bildungsbenachteiligt sind und die sich mit besonderen Schwierigkeiten beim Übergang konfrontiert sehen. Im Zentrum des Projekts stehen der europäische und internationale Austausch von Good Practice sowie die Diskussion von innovativen Konzepten zum Thema Übergänge. Das Projekt ist breit angelegt und beinhaltet verschiedene Maßnahmen und Aktivitäten. Den Kern bilden multilaterale Fachprogramme/Peer-Learning-Seminare und ein Study Visit mit jeweils unterschiedlichen Themenschwerpunkten. Fachkräfte der beteiligten Partnerländer, die in verschiedenen Feldern des Übergangs tätig sind, haben hier die Gelegenheit zum Kennenlernen der Situation in den Partnerländern, zu intensiver Diskussion und Austausch.

Eine übergreifende Fachtagung wird eine erste Bewertung der Ergebnisse der Fachprogramme auf nationaler Ebene vornehmen und Ansätze einer Implementierung skizzieren. Eine Konferenz mit den beteiligten Partnern sowie weiteren interessierten Ländern, der EU-Kommission, dem Europarat und jungen Menschen wird die Ergebnisse und Möglichkeiten ihrer Implementierung auf europäischer und internationaler Ebene zur Diskussion stellen.

Dass Akteure aus dem breiten Spektrum der Jugendhilfe wichtige Adressaten in diesem Projekt sind, ist selbstverständlich. Hier sind insbesondere die Jugendsozialarbeit und ihre Träger zu nennen, mit denen von Beginn an eine enge und fruchtbare Zusammenarbeit besteht. Neben den freien und öffentlichen Trägern der Jugendhilfe, der Jugendsozialarbeit und der Jugendverbandsarbeit von kommunaler bis Bundesebene sind noch andere relevante Akteure an transitions beteiligt, die

im Bereich des Übergangs eine Rolle spielen: auch Jobcenter, die Bundesagentur für Arbeit, Unternehmerverbände, Wissenschaft/Forschung und Schule sind in den Dialog mit einbezogen. Zentrales Element von transitions ist die „Nationale Expertengruppe“, die Fachkräfte und Experten/-innen aus diesen Bereichen zusammenbringt. Durch sie ist die fachliche Begleitung des Projekts aus unterschiedlichen Perspektiven von Beginn an sichergestellt. Darüber hinaus bietet sich allen Beteiligten auch ein Forum für sektorübergreifenden Austausch zum Thema.

Ein Augenmerk wird ebenfalls auf den Dialog mit jungen Menschen als Experten/-innen in eigener Sache gelegt. Realisiert wird dies u. a. über eine Zusammenarbeit mit der Koordinierungsstelle des Strukturierten Dialogs.⁴

Win-win-Situation für alle? Aber sicher!

Es ist inzwischen in verschiedenen Studien⁵ belegt worden, dass junge Menschen von Mobilitätsprogrammen wie einer Jugendbegegnung oder einem Freiwilligendienst im Ausland profitieren. Der Bildungsaspekt drückt sich in der Persönlichkeitsentwicklung und dem Zugewinn an sozialen und berufsbezogenen Kompetenzen aus. Selbstverständlich erfahren auch Fachkräfte durch den Blick über den Tellerrand einen Erfahrungs- und Kompetenzgewinn.⁶ Im fachlichen Dialog mit Kollegen/-innen aus anderen Ländern liegt unbestritten eine große Bereicherung.

Was aber verspricht sich die deutsche Seite von einem Peer-Learning-Projekt zum Bereich des Übergangs – vor dem Hintergrund einer im europäischen Vergleich doch eher guten Bilanz in puncto Jugendarbeitslosigkeit?⁷ Die Erfahrungen aus den letzten Jahren internationaler Zusammenarbeit zeigen, dass ein Blick über die Grenzen in jedem Fall lohnenswert ist. Beim internationalen Expertentreffen von transitions wurde beispielsweise deutlich, wie ähnlich die Problemlagen junger Menschen in der Phase des Übergangs in Ausbildung und Arbeit in den am Projekt beteiligten Ländern sind. Gleichzeitig wurden unterschiedliche Ansätze sichtbar, mit denen diesen Herausforderungen begegnet wird. Diese Vielfalt an praktischer Erfahrung und Expertise stellt eine große Bereicherung für den gemeinsamen Lernprozess dar. Ein weiteres Potenzial des internationalen Fachaustausches ist die Begegnung und Auseinandersetzung mit Unterschieden. Die Zielgruppe und deren Problemlagen mögen vergleichbar sein, die (jugend)politischen Rahmenbedingungen aber, in denen Jugendhilfe und praktisches Handeln stattfinden, sind es selten. Im fachlichen Austausch mit Kollegen/-innen aus anderen Ländern ermög-

„Probleme bei der Gestaltung des Übergangs gibt es nicht nur in Deutschland“

licht dieses Erleben der Verschiedenheit eine neue Perspektive auf das vermeintlich Selbstverständliche aus dem eigenen Berufsalltag, das Professionalitätsverständnis oder das organisatorische Handeln. Die Reflektion des „Normalen“ wird befördert, es eröffnen sich neue Sichtweisen und Ideen. Und dies ist wiederum Voraussetzung für Veränderung. Davon profitieren nicht nur die Fachkräfte, die an einem Austausch teilnehmen, sondern schließlich auch die Organisationen der Fachkräfte. Internationaler Austausch und Vernetzung ermöglichen somit auch Weiterentwicklung und Innovationen für die beteiligten Organisationen.

Die vereinbarten gemeinsamen Themen von transitions spiegeln in diesem Sinne auch gleichermaßen die aktuellen Herausforderungen Deutschlands und der Partnerländer wider:

- neue Kooperationen zwischen formaler Bildung, non-formaler Bildung und der Arbeitswelt
- Koordination und Kooperation auf lokaler Ebene
- Identifizierung und Ansprache von jungen Menschen, die durch Regelangebote nicht erreichbar sind
- Zusammenarbeit mit Betrieben/Unternehmen
- Rolle und Bedeutung von Peer-to-Peer-Ansätzen

Die Jugendsozialarbeit kann also einiges von transitions erwarten. Das Projekt bietet mit seinen vielfältigen Maßnahmen und Aktivitäten auf unterschiedlichen Ebenen einer Vielzahl von Fachkräften und Trägern die Möglichkeit, sich in einen europäischen und internationalen Dialog zur Gestaltung des Übergangs junger Menschen zu begeben. Neue Erfahrungen, Erkenntnisse und Ideen warten darauf, entdeckt zu werden. Auch der nationale träger- und sektorübergreifende Austausch zu den Erkenntnissen, die aus dem internationalen Fachaus-tausch gewonnen werden, wird eine zentrale Rolle spielen, wenn es darum geht, einen Beitrag zur Weiterentwicklung des Übergangs junger Menschen zu leisten. Gleichzeitig werden mit dem Projekt die Europäisierung und Internationalisierung der Jugendsozialarbeit weiter befördert, wie sie beispielsweise mit dem Y.E.S. Forum oder auch den Mobilitätsmaßnahmen einzelner Träger bereits umgesetzt werden. Schließlich eröffnet es Fachkräften wie Organisationen die Möglichkeit, sich aktiv in die Umsetzung der jugendpolitischen Zusammenarbeit in Europa einzubringen und damit das Projekt Europa mitzugestalten. Dies ist in den aktuellen Krisenzeiten eine schwierige, aber wichtige Aufgabe geworden – besonders im Hinblick auf die Generation, um die es in diesem Projekt letztlich geht: die jungen Menschen. //

Die Autorin:

Claudia Mierzowski ist Referentin für internationale jugendpolitische Zusammenarbeit und Leiterin des Projekts transi-

tions bei IJAB – Fachstelle für Internationale Jugendarbeit der Bundesrepublik Deutschland e. V. E-Mail: mierzowski@ijab.de

Literatur:

ARBEITSGEMEINSCHAFT FÜR KINDER- UND JUGENDHILFE – AGJ (2010) (Hg.): Europäisches Handeln in der Kinder- und Jugendhilfe. Fachliche Impulse, politische Ziele und rechtliche Rahmungen. Berlin.

DESTATIS (2012) (Hg.): Pressemitteilung Nr. 274 vom 10.08.2012. Online unter: www.destatis.de

IJAB – Fachstelle für Internationale Jugendarbeit der BRD e. V./Forscher-Praktiker-Dialog Internationale Jugendarbeit (2012) (Hg.): Internationale Jugendarbeit wirkt. Forschungsergebnisse im Überblick. Bonn/Köln.

RISS, Katrin; Thimmel, Andreas: „Bilateraler Fachkräfteaustausch mit Spanien zum Thema Migration/Integration.“ In: IJAB – Fachstelle für Internationale Jugendarbeit der BRD e. V. (2010) (Hrsg.): Forum Jugendarbeit International. Internationale Jugendarbeit und Chancengleichheit. Bonn, S. 336–347.

WISSER, Ulrike (2012): „EU-Jugendstrategie: Impulse für die Jugendhilfe in Deutschland nutzen.“ In: IJAB – Fachstelle für Internationale Jugendarbeit der BRD e. V. (Hg.): Forum Jugendarbeit International. Internationale Jugendarbeit und ihre Bildungswirkungen. Bonn, S. 417–428.

Anmerkungen:

¹ Entschließung des Rates vom 27. November 2009 über einen erneuerten Rahmen für die jugendpolitische Zusammenarbeit in Europa (2010–2018) (2009/C211/01).

² Vgl. Wissner (2012).

³ Vgl. Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe – AGJ (2010).

⁴ Siehe dazu den Beitrag von Ann-Kathrin Fischer in dieser Ausgabe.

⁵ Vgl. dazu IJAB (2012).

⁶ Vgl. u. a. Riß; Thimmel (2010).

⁷ Vgl. Destatis (2012) (Hg.): Pressemitteilung Nr. 274 vom 10.08.2012. Online unter: www.destatis.de

Weitere Informationen sowie die aktuellen Ausschreibungen zu den einzelnen Fachprogrammen/Peer-Learning-Seminaren finden Sie unter www.ijab.de/transitions und auf facebook unter „transitions“.



Grenzenlos lernen

– Internationale Jugendarbeit im Kontext der Jugendsozialarbeit

Daniela Keess

Obwohl zahlreiche wissenschaftliche Studien bestätigen, dass internationale Erfahrungen gerade für sozial und persönlich benachteiligte Jugendliche erhebliche Potenziale bieten, hat es die Jugendsozialarbeit nach wie vor nicht leicht, Maßnahmen der internationalen Jugendarbeit in ihren Angeboten umzusetzen. Trotzdem gibt es auch in diesem Bereich viel Erfahrung und gute Beispiele zur Ermöglichung grenzüberschreitenden Lernens für benachteiligte Jugendliche.

Politischer Rückenwind durch die Europäische Jugendstrategie

Durch die Ausrichtung der deutschen Jugendpolitik von Bund und Ländern an der Europäischen Jugendstrategie erfährt internationale Jugendarbeit im Moment sowohl auf Bundes- als auch auf Länderebene starken politischen Rückenwind.

Besonders spürbar ist in diesem Zusammenhang, dass verstärkt eine Einbindung der Zielgruppe des § 13 SGB VIII ins politische Blickfeld gerät: Vor allem in der im Rahmen der Jugend- und Familienministerkonferenz vereinbarten „Europäi-

schen Dimension“ soll es darum gehen, „das Lernfeld Europa für neue Zielgruppen zu erschließen (sozial benachteiligte und individuell beeinträchtigte Jugendliche) und dabei soziale und berufliche Aspekte der Integration sozial benachteiligter junger Menschen gleichermaßen im Blick zu haben.“¹

„Internationale Erfahrungen sind Lernerfahrungen“

Passend dazu argumentiert die Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe (AGJ) in einem Diskussionspapier aus dem Jahr 2010 „für ein Verständnis von Mobilität als Aufgabe der Kinder- und Jugendhilfe und als Schlüssel für Chancen und Teilhabe, auf dessen Nutzung alle jungen Menschen Anspruch haben.“² Auch der Deutsche Verein veröffentlichte im Jahr 2012 Empfehlungen zur Anerkennung und Förderung von grenzüberschreitenden Lernerfahrungen für junge Menschen im Ausland.³

Im Rahmen der durch das BMFSFJ geförderten Jugendpolitischen Initiative „JiVE – Jugendarbeit international – Vielfalt erleben“ sind zum ersten Mal auch die Träger der Jugend-

„Mit der Teilnahme an internationalen Jugendbegegnungen erhöhen sich die Chancen auf Ausbildung und Beschäftigung“

sozialarbeit über den Kooperationsverbund organisationen-übergreifend in die konzeptionelle Weiterentwicklung von Maßnahmen für benachteiligte Jugendliche einbezogen. Im Teilprojekt „Jugendsozialarbeit macht mobil“ werden derzeit von vier Organisationen Konzepte entwickelt und erprobt, wie Lernchancen durch internationale Erfahrungen in Zukunft stärker als bisher für benachteiligte Jugendliche zugänglich und verwertbar werden können.

„Klassische“ Formate und Förderinstrumente internationaler Jugendarbeit

Für die internationale Jugendarbeit gibt es eine Vielzahl von Instrumenten, die internationale Jugendbegegnungen, Praktika im Ausland, Workcamps oder Freizeiten sowie Freiwilligendienste fördern. Die Gelder hierfür kommen vornehmlich aus Bundesmitteln oder von der EU – wie aus dem EU-Programm „Jugend in Aktion“; sie können etwa über das deutsch-französische und deutsch-polnische Jugendwerk (DFJW, DPJW) oder die weiteren Zentralstellen für bilateralen Jugendaustausch beantragt werden. Darüber hinaus gibt es einige Stiftungen, die internationale Aktivitäten unterstützen. Gefördert werden in den entsprechenden Programmen vor allem Kosten für die Unterbringung und Verpflegung der Teilnehmer/-innen sowie Fahrtkosten. In einigen Programmen werden zusätzlich Gelder für die Organisation der Mobilitäten sowie für die Vor- und Nachbereitung der Maßnahmen zur Verfügung gestellt.

Ein großer Teil dieser Maßnahmen wird im Kontext der Jugendverbandsarbeit durchgeführt. In der Jugendsozialarbeit findet man diese Formate vor allem in der offenen Jugendarbeit sowie im Umfeld der Jugendmigrationsdienste (JMD), aber auch im Rahmen von berufsvorbereitenden Maßnahmen und als Begleitung außerbetrieblicher (Reha-)Ausbildung.

Gute Praxis grenzüberschreitender Lernerfahrungen nutzen und erweitern

Der Internationale Bund (IB) begreift die Ermöglichung grenzüberschreitender Lernerfahrungen als festen Bestandteil seines pädagogischen Auftrags. Viele seiner Einrichtungen haben eine langjährige Tradition, ihren Jugendlichen Auslands-erfahrungen zu ermöglichen. Die daraus entstandene Basis an erfahrenen Fachkräften nutzt der IB als Projektpartner von

„Jugendsozialarbeit macht mobil“ in Entwicklungswerkstätten, in denen es um die Weiterentwicklung von Formaten und Methoden der internationalen Jugendarbeit geht. In den ersten Entwicklungswerkstätten wurden zur Analyse guter Praxis drei Kategorien identifiziert:

- Erzielung von Lernerfolgen und Vermeidung bzw. Abbau von Benachteiligungen sowohl auf persönlicher Ebene als auch hinsichtlich beruflicher sowie sozialer Integration
- Erreichung der Zielgruppe „sozial benachteiligte und individuell beeinträchtigte Jugendliche“
- Kontinuierliche Einbettung der Maßnahmen in die Angebote der Jugendsozialarbeit und Zusammenarbeit aller Akteure vor Ort

Mit den Wirkungen grenzüberschreitender Lernerfahrungen befasst sich mittlerweile eine ganze Anzahl von Studien, die belegen, dass internationale Erfahrungen bei Jugendlichen zu einer Steigerung ihrer fremdsprachlichen Kompetenzen, mehr Selbstständigkeit, gesteigerter Team- und Konfliktlösungsfähigkeit, höherer interkultureller Kompetenz und höherer Reisebereitschaft führen.⁴ Dies bestätigen die Beobachtungen der an den Entwicklungswerkstätten beteiligten Fachkräfte. Sie berichten von gesteigertem Bewusstsein und Wertschätzung für die eigene sowie die fremde Kultur und Migrationshintergründe, mehr Aufgeschlossenheit und Toleranz und einem leichteren „Einlassen auf Fremdes“ durch die beteiligten Jugendlichen. Jugendliche lernen, auch in einem für sie fremden Umfeld Verantwortung zu übernehmen und über ihren eigenen Tellerrand hinaus zu blicken.

Internationaler Austausch bietet auch für benachteiligte Jugendliche die Chance, eigene Identitätsmuster zu hinterfragen und zu verschieben. Dabei spielt gerade bei benachteiligten Jugendlichen die internationale Jugendkultur eine wichtige Rolle. Zum einen bildet sie eine gemeinsame Basis, auf der Jugendliche aus unterschiedlichen Ländern auch mit wenigen Fremdsprachenkenntnissen zueinander finden. Zum anderen verschiebt sich mit dem Wechsel des gesellschaftlichen Kontextes auch die Bedeutung subkultureller Codes. Trennlinien, die zwischen deutschen Subkulturen messerscharf verlaufen, verlieren im internationalen Kontext häufig einen Teil ihrer Relevanz. Auch der angestrebte Erwerb von arbeitsmarktrelevanten Kompetenzen und damit verbunden die Erhöhung der Chancen auf Ausbildung und Beschäftigung werden von Fachkräften bestätigt und gelten keineswegs nur für die ESF-Programme. Auch nach „klassischen“ internationalen Jugendbegegnungen, die in entsprechende Maßnahmen der Jugendsozialarbeit eingebunden waren, wurde teilweise von späteren Vermittlungsergebnissen der Teilnehmer/-innen in Ausbildung von bis zu 100 % berichtet.

Und wie können benachteiligte Jugendliche verstärkt als Zielgruppe gewonnen werden?

Wie sozial benachteiligte und individuell beeinträchtigte Jugendliche für grenzüberschreitende Lernerfahrungen gewonnen werden können, zählt zu den kennzeichnenden Herausforderungen des Arbeitsfeldes. Häufig bestehen bei den Jugendlichen Ängste und Vorurteile, die erst abgebaut werden müssen, bevor die Bereitschaft entstehen kann, sich auf internationale Erfahrungen einzulassen. Vor diesem Hintergrund ist in weit stärkerem Maße als bei anderen Zielgruppen die gute und partizipativ angelegte Vorbereitung einer Maßnahme wichtig. Bei Jugendlichen und Eltern muss durch klare Informationen zum Ablauf und zum Umgang mit Risiken, ein gemischtgeschlechtliches Team mit Vertrauenspersonen als Ansprechpartner/-innen und zielgruppengerechte Darstellung des Nutzens der Maßnahme Überzeugungsarbeit geleistet werden. Es gilt, ein Vertrauensverhältnis aufzubauen, das den Jugendlichen die nötige Sicherheit gibt, die bevorstehende Herausforderung meistern zu können.

Gerade (multilaterale) Jugendbegegnungen eignen sich für benachteiligte Jugendliche als niedrigschwelliges Angebot. Durch die Rückzugsmöglichkeit in die eigene Gruppe sowie durch die in der Regel heterogenere Zusammensetzung der Begegnungsteilnehmer/-innen gewinnen sie Zeit, um sich langsam an die neue Situation heranzutasten. Nichtsdestotrotz müssen Betreuer/-innen in jedem Format sensibel mit den besonderen Bedürfnissen der Zielgruppe umgehen. Dazu gehört vor allem der Umgang mit sozialen Ängsten, die daraus resultieren, eine gewisse Zeit von Freundeskreis und Familie getrennt zu sein. Wichtig ist ebenfalls, Wege aufzuzeigen, wie Kommunikation auch nonverbal und jenseits der jeweiligen erforderlichen Sprachkenntnisse funktionieren kann.

Auch mit Blick auf die Bedeutung gruppenspezifischer Prozesse spielen die Vorbereitung der Jugendlichen sowie die Zusammensetzung der Gruppe eine große Rolle. Teil davon ist eine sorgfältige Auswahl der Jugendlichen. Viele Praktiker/-innen nutzen Selbsteinschätzungs- und Feedbackverfahren, um zusammen mit den Beteiligten zu entscheiden, ob die geplante transnationale Maßnahme von der oder dem Jugendlichen zum derzeitigen Zeitpunkt bewältigt werden kann. Risiken, die sich

aus der Zusammensetzung der Gruppe ergeben, müssen ernst genommen und schon bei der Vorbereitung im Auge behalten werden.

Gerade in der Jugendsozialarbeit spielt darüber hinaus mehr als in anderen Feldern der Jugendhilfe die Messbarkeit und die Verwertbarkeit der Ergebnisse eine Rolle. Eine wichtige Motivation für die teilnehmenden Jugendlichen ist es, ihre Chancen auf dem Arbeitsmarkt zu vergrößern. Nachweise über non-formal und informell erworbene Kompetenzen sowie andere Formen der Darstellung gegenüber potenziellen Arbeitgebern helfen hierbei und werden von den beteiligten Fachkräften als zentraler Bestandteil transnationaler Maßnahmen angesehen.

Kontinuierliche Einbettung in die Arbeit vor Ort

Kontinuierliche Angebote für grenzüberschreitendes Lernen sind jedoch nur möglich, wenn sie in die Gesamtstrategie des Trägers, in die Jugendhilfepolitik der Kommune und in die Kooperationen mit Schulverwaltungen vor Ort, der Bundesagentur für Arbeit, den Trägern betrieblicher und außerbetrieblicher Ausbildung sowie den Trägern von Beschäftigungsangeboten eingebettet sind.

Die fehlende kontinuierliche Abstimmung ist häufig der Grund, warum das Angebot grenzüberschreitender Lernerfahrungen in der Jugendsozialarbeit noch immer eine Ausnahme darstellt.

Ein großes Problem ist für viele Träger der Jugendsozialarbeit der Personalbedarf für internationale Maßnahmen. Personalkosten und/oder Kosten für Honorarkräfte, die entweder die Maßnahme begleiten oder die festes Personal in der Zeit der Maßnahme ersetzen können, sind in den meisten Förderinstrumenten nicht vorgesehen. Um Auslandsaufenthalte mit benachteiligten Zielgruppen durchzuführen, wird ein hohes Maß an Professionalität benötigt. Darüber hinaus müssen die Jugendlichen von Personen begleitet werden, die sie kennen und denen sie vertrauen. Der Einsatz von Freiwilligen als Begleitpersonen ist zwar hilfreich, dennoch können diese professionelles Personal auf keinen Fall komplett ersetzen. In der Praxis ist die Ermöglichung von grenzüberschreitenden Lernerfahrungen daher nur in enger Abstimmung mit den anderen Geldgebern in der Jugendsozialarbeit möglich und funktioniert darüber hinaus in fast allen Fällen nur durch das persönliche Engagement von

„Nachweise des Kompetenzerwerbs sind für benachteiligte Jugendliche besonders wichtig“

Fachkräften, die ihre eigene Freizeit in die Maßnahmen einbringen. Unter der zunehmenden Arbeitsbelastung in der Jugendsozialarbeit, welche aus steigender Bürokratisierung, gestiegenen Effizienzerwartungen und Teilzeitarbeitsverhältnissen resultiert, geraten internationale Maßnahmen im Rahmen der Jugendsozialarbeit zunehmend unter Druck.

„Bislang fehlt es an ausreichend Anerkennung und Rückhalt für die Fachkräfte“

Hinzu kommt, dass viele Träger in Zeiten knapper werdender Mittel internationale Begegnungen immer stärker als finanzielle Belastung wahrnehmen. Die meisten Förderinstrumente bieten selbst ohne Berücksichtigung der Personalkosten lediglich eine Teilfinanzierung. Dies bedeutet, dass der Träger entweder eigene Mittel für Unterkunft, Transport, Verpflegung und Programm bereitstellen oder einen Teilnahmebeitrag von den Jugendlichen erheben muss. Beide Varianten sind mit einem Risiko verbunden, da Teilnahmebeiträge durch die Zielgruppe oft nicht gezahlt werden können oder Teilnehmer/-innen aufgrund zielgruppentypischer multipler Problemlagen oft kurzfristig ausfallen. Die Akquise von zusätzlichen öffentlichen oder privaten Mitteln ist zwar für viele eine gangbare Alternative, die jedoch wiederum den administrativen Aufwand aus Antragsstellung, Abrechnung und Berichtswesen erhöht.

Internationale Maßnahmen sind unter diesen Bedingungen nur möglich, wenn sich Einrichtung und Fördermittelgeber klar für sie positionieren und sie fest in die tägliche Arbeit integriert sind. Fachkräfte, die sich in internationalen Maßnahmen engagieren, brauchen Anerkennung und Rückhalt. Sind diese Voraussetzungen erfüllt, kann die gesamte Einrichtung von den internationalen Erfahrungen einer Gruppe profitieren. Durch Themenabende, Ausstellungen, Internetauftritte, landeskundliche Beschäftigung mit dem Zielort und Einbeziehung der Akteursstruktur vor Ort entsteht ein Mehrwert, der dann noch über den Gewinn für die Jugendlichen hinausgeht. //

Die Autorin:

Daniela Kees ist Referentin für internationale Arbeit beim Internationalen Bund (IB). E-Mail: daniela.keess@internationaler-bund.de

Literatur:

ARBEITSGEMEINSCHAFT FÜR KINDER- UND JUGENDHILFE (2010): Für ein Recht auf Grenzüberschreitung. Beitrag

der Kinder- und Jugendhilfe zur Förderung von Mobilität als Schlüssel für Chancen und Teilhabe. Berlin.

BUNDESMINISTERIUM FÜR ARBEIT UND SOZIALES (BMAS), Referat EF2 „Umsetzung des Europäischen Sozialfonds“ (2011): Mit IdA neue Wege gehen – Zwischenbilanz des ESF Programms „IdA – Integration durch Austausch“. Bonn.

DEUTSCHER VEREIN FÜR ÖFFENTLICHE UND PRIVATE FÜRSORGE e. V. (2012): Empfehlungen des deutschen Vereins zur Anerkennung und Förderung von grenzüberschreitenden Lernerfahrungen für junge Menschen im Ausland. Berlin.

GIB – GESELLSCHAFT FÜR INNOVATIONSFORSCHUNG UND BERATUNG MBH (2012): Grenzüberschreitende Mobilität bei sozial benachteiligten Jugendlichen in der Berufsausbildung – Kompetenzerwerb und besonderer Nutzen der Auslandserfahrung – Endbericht. Berlin

INTERNATIONALER BUND (IB) E. V. (2012): Jugend im Blick – Jugendpolitische Positionen des IB. Frankfurt.

JUGEND FÜR EUROPA. Deutsche Agentur für das EU-Programm JUGEND IN AKTION (2012): Report – Die Umsetzung des EU-Programms JUGEND IN AKTION in Deutschland. Bonn.

JUGEND- UND FAMILIENMINISTERKONFERENZ (JFMK) am 17./18. Juni 2010 in Schwerin: TOP 9.1 Nationale Umsetzung der Europäischen Jugendstrategie – Beschluss und Anlage.

RAT DER EUROPÄISCHEN UNION (2009): Entschließung des Rates vom 27. November 2009 über einen erneuerten Rahmen für die jugendpolitische Zusammenarbeit in Europa (2010–2018).

Anmerkungen:

¹ Jugend- und Familienministerkonferenz (2010).

² Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe (2010), S. 1.

³ „Der Deutsche Verein ist der Auffassung, dass es auch Aufgabe der Jugendhilfe ist, grenzüberschreitende Lernerfahrungen für alle jungen Menschen möglich zu machen.“ (Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge e. V. (2012), S. 7.)

⁴ Vgl. u. a. GIB (2012), S. 11.

Weitere Informationen zur Initiative „Jugendsozialarbeit macht mobil“ finden Sie unter: www.jugendsozialarbeit.de/jugendsozialarbeit_macht_mobil

DER STRUKTURIERTE DIALOG MIT DER JUGEND: EIN EUROPÄISCHES BETEILIGUNGSKONZEPT IN ENTWICKLUNG

Junge Menschen haben das Recht, bei Entscheidungen, die ihr Leben betreffen, gefragt und einbezogen zu werden. Das gilt für alle politischen Ebenen – von der Kommune bis zur Europäischen Union.

Ann-Kathrin Fischer

Jugendbeteiligung in Europa zu stärken, bedeutet nicht nur, dass Jugendliche aufgefordert sind, sich aktiv in europäische Debatten einzubringen. Es heißt auch, dass politische Entscheidungsträger/-innen auf die junge Generation zugehen und ihr Möglichkeiten zur Mitsprache und Mitgestaltung eröffnen müssen. Für die europäische Jugendpolitik bietet der Strukturierte Dialog eine solche Mitwirkungsmöglichkeit; es ist das „Jugendbeteiligungsinstrument“ der EU-Jugendstrategie.

2005 erstmals in einem Ratsdokument¹ erwähnt und ab 2007 aktiv umgesetzt, wurde der Strukturierte Dialog mit der Jugend mit der 2009 verabschiedeten EU-Jugendstrategie zum zentralen Instrument der Jugendbeteiligung in der Europäischen Union und erhielt dadurch neues Gewicht. Dies spiegelt sich auch in der Ernsthaftigkeit wider, mit der ihn viele Mitgliedsstaaten seit knapp drei Jahren umsetzen.

Das Konzept: Dialog mit Struktur

Der Strukturierte Dialog bildet eine offene Dialogform, bei der Jugendliche und politische Entscheidungsträger/-innen regelmäßig zusammenkommen und gemeinsam über ausgewählte Themen diskutieren. Jugendliche bringen dabei ihre Anliegen vor; Vertreter/-innen aus Politik und Verwaltung setzen sich damit auseinander, berücksichtigen diese bei ihrer Entscheidungsfindung und geben ein Feedback.

Ziel ist es, junge Menschen als politische Akteure/-innen und Experten/-innen in eigener Sache ernst zu nehmen und sie systematisch in die Politikgestaltung einzubeziehen. Gleichzeitig

erfahren politische Entscheidungsträger/-innen mehr über das Leben und die Ansichten von Jugendlichen. Dieses Wissen sollen sie nutzen, um ihre Entscheidungen zu qualifizieren: Ein Wechselspiel also, von dem beide Seiten profitieren können.

„Europäische Prozesse müssen „geerdet“ werden“

Die besondere Herausforderung dabei ist, dass der Strukturierte Dialog zwischen Jugend und Politik nicht nur auf der europäischen Ebene stattfindet, sondern auch die lokale, regionale und nationale Ebene einbeziehen soll. Auf diese Weise sollen die europäischen Prozesse „geerdet“ und mit der Lebenswelt von jungen Menschen verknüpft werden. Dabei sollen explizit alle jungen Menschen einbezogen werden und nicht nur eine Elite.

Die Umsetzung des Strukturier- ten Dialogs

Strukturiert wird der Dialog hauptsächlich durch Schwerpunktthemen und klare Zeitrahmen. Speziell eingerichtete Gremien auf europäischer und nationaler Ebene haben die Aufgabe, den Umsetzungsprozess sicherzustellen. Neben einer Nationalen Arbeitsgruppe² wurde 2010 beim Deutschen Bundesjugendring (DBJR) eine Koordinierungsstelle eingerichtet, die den Umsetzungsprozess auf der Bundesebene unterstützt. Einen wichtigen Baustein des Strukturier-ten Dialogs in Deutschland bilden Projekte und Aktivitäten auf lokaler, regionaler und zum Teil auch nationaler Ebene. In diesem Rahmen

„Ziel ist es, dass Politiker/-innen und junge Menschen in einen regelmäßigen Austausch treten“

sollen junge Menschen und politische Entscheidungsträger/-innen in einen möglichst regelmäßigen Dialog treten, bei dem sie ausgewählte Themen (der EU-Jugendstrategie) miteinander diskutieren.

So sollen die Dialogprozesse politische Entscheidungen auf lokaler und regionaler Ebene beeinflussen und eine wirksame Jugendbeteiligung im direkten Lebensumfeld der Beteiligten fördern.³ Wie das Projekt gestaltet wird und welche Methoden angewandt werden, ist offen. Die Art der Vorbereitung und der Dialogprozess können von den Projektträgern adäquat an die Bedürfnisse der jeweiligen Gruppe angepasst werden. So können gerade auch benachteiligte Jugendliche ihren Interessen und Möglichkeiten entsprechend angesprochen und einbezogen werden.

Für den Strukturierten Dialog ist es egal, ob das Projekt aus einer Serie von Regionalkonferenzen, Workshops oder einem internationalen Seminar besteht oder auch eher im kleinen Rahmen (z. B. in einer Gruppenstunde) stattfindet. Wichtig sind folgende Kernelemente:

- Jugendliche und politische Entscheidungsträger/-innen treten in einen direkten Dialog miteinander.
- Die politischen Entscheidungsträger/-innen sind dazu bereit, die Anliegen junger Menschen ernst zu nehmen, sie bei ihrer Arbeit zu berücksichtigen und ein Feedback dazu zu geben, was daraus geworden ist.
- Es werden Themen der EU-Jugendstrategie behandelt. Die Auseinandersetzung mit darüber hinaus gehenden Themen ist selbstverständlich möglich, diese können aber nicht in die Prozesse auf Bundes- und Europaebene eingespeist werden.
- Die Ergebnisse werden festgehalten und – so weit möglich – an die Koordinierungsstelle weitergegeben, sodass der Dialog vor Ort auch bundes- bzw. europaweit Wirkung entfalten kann.

Um die Ergebnisse der Projekte und Aktivitäten vor Ort auch in die Politikprozesse auf Landes-, Bundes- und europäischer Ebene einspeisen zu können, ist eine deutschlandweite Sammlung und Bündelung notwendig. Darüber hinaus ist es wichtig, jungen Menschen, die nicht in ein Projekt oder eine Aktivität vor Ort eingebunden sind, eine Beteiligungsmöglichkeit zu eröffnen und allen Beteiligten eine größtmögliche Transparenz zu bieten.

Dies wird über ein zweistufiges Onlinekonsultationsverfahren sichergestellt. In einer ersten Stufe werden dabei die Meinungen, Vorschläge und Forderungen von jungen Menschen und Jugendgruppen anhand von Leitfragen zusammentragen. Diese Beiträge werden umgehend für alle sichtbar veröffentlicht. Der

Sammlung von Beiträgen schließt sich eine zweite Stufe an, bei der die Teilnehmenden die Beiträge durch ein Abstimmungsverfahren priorisieren und so entscheiden, welche Inhalte in die Zusammenfassung einfließen und weitergeleitet werden.

Strukturierte Dialoge zu europäischen Schwerpunktthemen

Auf EU-Ebene wird jeweils für 18 Monate ein Schwerpunktthema festgelegt, das in drei aufeinanderfolgenden Phasen in allen 27 Mitgliedsstaaten bearbeitet wird. Das Schwerpunktthema wird vom EU-Jugendministerrat festgelegt und orientiert sich eng an den acht Aktionsfeldern der EU-Jugendstrategie. Die zuständigen Ratspräsidentenschaften können ergänzend Fokusthemen auswählen.

Auf dieser Grundlage entwickelt der Europäische Lenkungsausschuss Leitfragen, zu denen die Nationalen Arbeitsgruppen für den Strukturierten Dialog rund alle sechs Monate Beteiligungsrunden (Konsultationen) durchführen. Deren Ergebnisse bilden die Grundlage für die Arbeit auf den halbjährlichen EU-Jugendkonferenzen, zu denen Jugend- und Ministeriumsvertreter/-innen aus allen Ländern zusammenkommen. Gemeinsam arbeiten sie heraus, welche Vorschläge und Forderungen für viele junge Menschen in Europa wichtig sind, und fassen sie zu Empfehlungen zusammen. Diese Empfehlungen werden u. a. an den EU-Jugendministerrat weitergeleitet. Dieser setzt sich damit auseinander und nimmt die Empfehlungen – teilweise sogar wortwörtlich – in seine Schlussfolgerungen oder Entschlüsse auf.

Der Strukturierte Dialog nach dem „neuen“ Verfahren startete im Januar 2010 mit dem Thema „Jugendbeschäftigung“. Das europäische Schwerpunktthema für den Zeitraum Juli 2011 bis Dezember 2012 lautet „Teilhabe junger Menschen am demokratischen Leben in Europa“. Das Thema für den Zeitraum Januar 2013 bis Juni 2014 wird voraussichtlich „Soziale Inklusion“ heißen.

Der Strukturierte Dialog zu den drei nationalen Schwerpunktthemen

In Deutschland wird darüber hinaus jeweils ein Strukturierter Dialog zu drei nationalen Schwerpunktthemen durchgeführt, die der Bund und die Länder für die Umsetzung der EU-Jugendstrategie bis Ende 2013 ausgewählt haben:

„Der Dialog vor Ort soll europaweite Wirkung erfahren – die Vorschläge werden durch ein Onlineverfahren bis nach Brüssel transportiert“

- Anerkennung und Sichtbarmachung von nicht formaler und informeller Bildung
- gelingende Übergänge in Ausbildung und Arbeit
- wirksame Beteiligung junger Menschen

Da die Entwicklung einer Eigenständigen Jugendpolitik anhand sehr ähnlicher Schwerpunktthemen erfolgt, arbeitet die Koordinierungsstelle für den Strukturierten Dialog eng mit „Ich mache Politik“ zusammen, dem Projekt, das die Jugendbeteiligung an der Entwicklung einer Eigenständigen Jugendpolitik organisiert. Unter anderem werden ausgewählte Konsultationen gemeinsam umgesetzt. Die Ergebnisse des Strukturierten Dialogs zu den nationalen Schwerpunktthemen fließen sowohl in den Prozess zur Umsetzung der EU-Jugendstrategie in Deutschland als auch in den Prozess zur Entwicklung einer Eigenständigen Jugendpolitik ein. Die Mitglieder der Bund-Länder-Arbeitsgruppe zur Umsetzung der EU-Jugendstrategie und die Mitglieder der Steuerungsgruppe für die Entwicklung einer Eigenständigen Jugendpolitik sowie das Bundesjugendministerium setzen sich konkret mit der Jugendmeinung auseinander und geben den beteiligten Jugendlichen ein Feedback. Erste Reaktionen liegen bereits vor.

Die Beteiligungsphasen zum Thema „Ausreichend wertgeschätzt? Anerkennung außerschulischer Bildung“ und die Konsultation „Orientierung? Los!“ zum Thema „Übergänge in Ausbildung und Arbeit“ wurden bereits abgeschlossen. Die Beteiligungsphase zum Thema „Partizipation“ startet Anfang 2013.

Sperriges Konzept oder qualifiziertes Instrument für eine kontinuierliche Jugendbeteiligung?

Der Strukturierte Dialog mag ein etwas sperriges Konzept sein, er bietet aber die Möglichkeit, in bestimmten Themenfeldern eine kontinuierliche Jugendbeteiligung einzufordern und damit Jugendpolitik sowohl in Deutschland als auch in Europa mitzugestalten. Das funktioniert an vielen Stellen noch nicht so wie erhofft. Dabei muss aber berücksichtigt werden, dass die beteiligten Akteure/-innen teilweise Pionierarbeit leisten müssen und nicht immer fertige Antworten auf alle auftretenden Herausforderungen haben.

Klar ist auch, dass mit dem Strukturierten Dialog das Thema „Jugendbeteiligung“ nicht neu erfunden wird. Unbestritten gibt es andere, teils effektivere Ansätze zur Teilhabe junger Menschen an politischen Entscheidungsprozessen – und ebenfalls ist nicht gesagt, alle Jugendlichen wirklich zu erreichen

und einzubeziehen. Doch die Aufmerksamkeit, die diesem Beteiligungsansatz derzeit von politischer Seite gewidmet wird, darf aus Sicht des DBJR nicht ungenutzt bleiben. Er birgt das Potenzial, auf europäischer (und nationaler) Ebene kontinuierliche Jugendbeteiligungsprozesse in ausgewählten Bereichen der Jugendpolitik zu verankern und betritt damit Neuland. Bei aller Kritik sollte man nicht übersehen, dass der Strukturierte Dialog immer noch besser ist als die Beteiligungsmöglichkeiten, die jungen Menschen vor 2010 in der EU zur Verfügung standen: Jugendevents, die nicht miteinander verknüpft waren und deren Ergebnisse auf Nimmerwiedersehen in Schubladen verschwanden, oder Konsultationen, die nur eine Elite erreichten. Im Vergleich dazu bietet der Strukturierte Dialog einen deutlich besseren Rahmen für Jugendbeteiligung sowie breitere Zugänge für alle Jugendlichen auf europäischer Ebene. //

Die Autorin:

Ann-Kathrin Fischer ist Leiterin der Koordinierungsstelle zur Umsetzung des Strukturierten Dialogs in Deutschland beim Deutschen Bundesjugendring (DBJR). E-Mail: ann-kathrin.fischer@dbjr.de

Anmerkungen:

- ¹ Entschließung des Rates und der im Rat vereinigten Vertreter der Regierungen der Mitgliedstaaten vom 14./15. November 2005 über Maßnahmen zur Berücksichtigung der Anliegen Jugendlicher in Europa – Umsetzung des Europäischen Pakts für die Jugend und Förderung eines aktiven Bürgersinns, in: Amtsblatt der Europäischen Union C 292 (2005), S. 5–6.
- ² Die zehn Mitglieder der Nationalen Arbeitsgruppe repräsentierten zentrale Felder der Jugendarbeit in Deutschland sowie die unterschiedlichen föderalen Ebenen. Darunter vertreten ist auch der Kooperationsverbund Jugendsozialarbeit.
- ³ Gefördert werden können Projekte zum Strukturierten Dialog über die Aktion 5.1 des EU-Programms JUGEND IN AKTION („Begegnungen junger Menschen mit Verantwortlichen der Jugendpolitik“). Diese Förderung ist aber keine Voraussetzung für die Teilnahme am Prozess.

Weiterführende Informationen zum Strukturierten Dialog unter www.strukturierter-dialog.de



Ausbildung in Vielfalt

Konzeptionelle Herausforderungen für das Jugendwohnen

Joachim Ritzerfeld

Europas Bevölkerung nimmt kontinuierlich ab, altert und wird kulturell heterogener. Diese drei gesellschaftlichen Trends bestimmen den demografischen Wandel, auch in Deutschland. Die Bevölkerungsentwicklung in Deutschland in den kommenden Jahrzehnten ist weitgehend vorgezeichnet, der Bevölkerungsrückgang zeigt sich am deutlichsten in der Gruppe der unter 20-Jährigen: „Im Jahr 2030 werden voraussichtlich 17 % weniger Kinder und Jugendliche in Deutschland leben als heute. Statt 15,6 Millionen heute werden es nur noch 12,9 Millionen unter 20-Jährige sein.“¹ Dies hat weitreichende Folgen: Schon heute klagen viele Betriebe, insbesondere kleine und mittlere Unternehmen (KMU), über einen wachsenden Bewerber/-innen-Mangel und fehlenden qualifizierten Nachwuchs. Gleichzeitig lässt sich heute schon ein regelrechter Wettkampf der Unternehmen um hoch qualifizierte Schulabgänger/-innen feststellen, den derzeit vor allem Konzerne für sich entscheiden. Insbesondere für Jugendliche aber, die „nur“ über den Hauptschulabschluss verfügen, gestaltet sich der Übergang Schule – Beruf oft als fast unüberwindbare Hürde – viele von ihnen bleiben ohne Ausbildung, überdurchschnittlich häufig sind Jugendliche mit Migrationshintergrund betroffen.

Mobilität zu Arbeitszwecken – ein historisches Phänomen mit aktueller Relevanz

Nicht erst gegenwärtig, aber insbesondere durch die Krise der europäischen Währungsunion verstärkt, sind viele Staaten Europas von einer gravierenden Jugendarbeitslosigkeit betroffen. Die Jugendarbeitslosigkeit in Südeuropa – Italien, Spanien und Griechenland – ist zwar die höchste seit dem Ende des 2. Weltkrieges, ein neues Phänomen hingegen stellt sie keineswegs dar. Im Gegenteil: Als sich zu Beginn des 19. Jahrhunderts mit der zunehmenden Industrialisierung Europas die soziale Lage verschärfte und es zu Landflucht und Verelendung breiter Bevölkerungsschichten kam, waren Kinder und Jugendliche davon besonders betroffen. Sozialreformer wie u. a. Adolph Kolping begannen in jener Zeit, die soziale Lage der Arbeiter/-innen und ihrer Familien zu verbessern und Häuser – im heutigen Verständnis Jugendwohnheime – zu errichten, in denen heimatlose junge Menschen aufgenommen wurden.² Trotz oder vielmehr auch aufgrund dieser langen Tradition ist das Jugendwohnen ein aktuelles Thema und kann einen wesentlichen Beitrag für Jugendliche auf ihrem Weg durch die Ausbildung leisten – gerade wenn sie gezwungen sind, für den Ausbildungsplatz ihren Heimat- und Wohnort gegen ein neues Umfeld einzutauschen. Ausbildungsbedingte Mobilität wird in Zukunft eine bedeutende Rolle spielen – hier bietet die sozialpädagogische Begleitung

des Jugendwohnens gezielt Unterstützung auf dem Lebensweg junger Menschen.

Der Modellversuch „Heterogenität in der Ausbildung – Ausbildung in Vielfalt“

Um das Jugendwohnen sowohl in der Öffentlichkeit bekannter zu machen als auch qualitativ zu erweitern, beteiligt sich der Verband der Kolpinghäuser eV (VKH) als Projektträger mit dem Modellversuch „Heterogenität in der Ausbildung – Ausbildung in Vielfalt“ an der Modellversuchsreihe „Neue Wege in die duale Ausbildung – Heterogenität als Chance für die Fachkräftesicherung“. Vom Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB) und dem Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) sind 18 bundesweit verteilte Modellversuche ausgewählt worden, die ihre Arbeit im Frühjahr 2011 aufgenommen haben. Die Projektlaufzeit beträgt 36 Monate. Das Ziel ist, in der dreijährigen Projektzeit (1. April 2011 bis 31. März 2014) neben den schon existierenden weitere übertragbare Konzepte, Instrumente und Methoden für das Jugendwohnen zur Unterstützung des erfolgreichen dualen Ausbildungsabschlusses zu entwickeln und umzusetzen, um es qualitativ zu erweitern und darüber hinaus auch den Fachkräftebedarf der Unternehmen zu sichern. Von Köln aus agiert der Träger überregional und trägerübergreifend.

Mit dem Förderschwerpunkt „Neue Wege in die duale Ausbildung – Heterogenität als Chance für die Fachkräftesicherung“ sollen innovative Wege in eine Berufsausbildung aufgezeigt und modellhaft gefördert werden. Jugendwohnen versteht sich als ein solcher innovativer Weg, weil durch eine verlässliche sozialpädagogische Begleitung in einem Jugendwohnheim Jugendliche eine wirkliche Unterstützung zum Einstieg in den Arbeitsmarkt an einem fremden Ort erfahren, die zudem grundsätzlich allen jungen Menschen unabhängig von ihrer Kultur, Religion und sozialen Herkunft offensteht. Die Chancen für Jugendliche, den gewünschten Ausbildungsplatz zu finden, werden nicht nur vom Ausbildungsplatzangebot vor Ort bestimmt, sondern auch durch (bildungs-)biografische Faktoren und die individuelle Bereitschaft zur Mobilität.

Gleichzeitig ist es das Ziel der Modellversuchsreihe, dem Fachkräftemangel zu begegnen – dieser ist insbesondere in der Elektro- und Metallindustrie sowie in manchen anderen Handwerksberufen jetzt schon vorhanden, doch auch andere Berufsgruppen (z. B. aus dem Gesundheits- und Sozialwesen) verzeichnen einen allmählichen Rückgang an Auszubildenden. Infolgedessen gilt es mehr denn je, die soziodemografische He-

„Das Jugendwohnen muss allen jungen Menschen – unabhängig von Kultur, Religion oder sozialer Herkunft – offenstehen“

terogenität von Jugendlichen als Herausforderung und Chance zu begreifen, denn insbesondere KMU beklagen schon jetzt rückläufige Bewerber/-innen-Zahlen und aus ihrer Sicht unzureichend geeignete Auszubildende. Um beide Anliegen sinnvoll miteinander zu verknüpfen, werden vom Projektträger VKH für die beteiligten Modellversuchsstandorte u. a. Aktionspläne für Unternehmerstammtische entwickelt, zu denen Unternehmen, Behörden, Ämter und Bildungsträger eingeladen werden. Themenschwerpunkte werden u. a. die Ausbildungsbegleitung während der Probezeit, das Ausbildungsmarketing, der konkrete Aufbau eines Netzwerks und natürlich das Jugendwohnen sein.

Welche Änderungsbedarfe werden in den Einrichtungen bzw. den Konzepten vor diesem Hintergrund erforderlich sein? Was bedeutet dies – Stichwort „Heterogenität“ – im Hinblick auf eine interkulturelle Öffnung? Es wird auf sprach- und ausbildungsfördernde Angebote im Jugendwohnen ankommen, die junge Migranten/-innen und ihre Familien gezielt ansprechen. Dementsprechend müssen z. B. Gespräche und Öffentlichkeitsmaßnahmen erfolgen, wie sie im Modellversuch gemeinsam mit der Stiftung Zentrum für Türkeistudien und Integrationsforschung und dem Ersten deutsch- und türkischsprachigen Radio in Deutschland (Radyo Metropol FM) stattfinden.

Vernetzung und Kooperation mit lokalen Partnern aus der Wirtschaft

Jugendwohnheime aus allen Teilen der Bundesrepublik sind während der Modellversuchszeit mit dem VKH in seiner Eigenschaft als Projektträger vernetzt. Die Leiter/-innen einer Einrichtung werden infolgedessen nicht nur untereinander auf entsprechenden Tagungen Gelegenheit zum Erfahrungsaustausch erhalten, sondern zudem mit Verbänden und den Abteilungen der Berufsbildung aus den Industrie- und Handelskammern sowie Handwerkskammern vor Ort vernetzt, um im Rahmen von Ausbildungsmarketing gemeinsame Maßnahmen abzustimmen. Um einen fortdauernden Mehrwert für sämtliche Jugendwohnheime zu schaffen, werden die während des Modellversuchs vom VKH entwickelten Konzepte – Konfliktmanagement, Ausbildungsmarketing, Netzwerkarbeit und Berufsorientierung – allen Jugendwohnheimen in einem Methodenkoffer auf der Website des VKH als Download zur Verfügung gestellt.

Es sollen gemeinsame Standards für die Jugendwohnheime geschaffen werden, die über den Modellversuch hinaus angewendet werden können. Wie wichtig z. B. eine berufliche Klarheit für Jugendliche und damit die Betriebe ist, zeigte sich unlängst bei der Klärung zur Berufswahl bei Jugendlichen mit einem Flüchtlingsstatus in einer der Partnereinrichtungen des Modellversuchs, dem Katholischen Jugendwohnheim Bernhard-Letterhaus. So verschieden die Biografien, so unterschiedlich waren auch die Ergebnisse der Teilnehmenden aus Eritrea, Libanon und Afghanistan und die empfohlenen Berufsausbildungen: Einzelhandelskaufmann, Friseur, Metallbauer, Vertriebsingenieur. Eine Berufswahl wiederum, welche objektiv und damit abgestimmt auf den entsprechenden Beruf erfolgt³, erhöht folgerichtig die „Sicherstellung des Fachkräftenachwuchses“, so das Ergebnis einer im Rahmen des Modellversuchs durchgeführten Umfrage. Um den Bewohnern/-innen Gelegenheit zu geben, diesen Beratungsprozess noch zu verbessern, besteht durch einen Feedbackbogen die Möglichkeit, im Abschlussgespräch eine Bewertung vorzunehmen. Dadurch können zu jedem Zeitpunkt bei negativen Trends sofort Korrekturmaßnahmen eingeleitet werden. Dass insbesondere bei den Innungen ein großes Interesse an den Ergebnissen des Modellversuchs vor dem Hintergrund ihrer Fachkräftesicherung besteht, lässt sich daran verdeutlichen, dass die Bäcker-Innung in Köln unlängst Kontingente an irische und japanische Auszubildende vergeben hat.

Was kommt nach der Modellphase?

Der VKH befindet sich in einem Netzwerk von Kooperationspartnern und übernimmt die Leitungsfunktion bei der Initiative AUSWÄRTS ZUHAUSE – über dieses Netzwerk ist es möglich, auf deutschlandweiten Veranstaltungen sowie in Veröffentlichungen die Erkenntnisse des Modellversuchs bekannt zu machen. Vonseiten des VKH werden daher träger- sowie bundesländerübergreifende Empfehlungen an die Jugendwohnheime erfolgen. In diesem Rahmen werden die Einrichtungen des Jugendwohnens dazu aufgerufen sowie unterstützt, ihr Angebot noch stärker an die Bedürfnisse und Ansprüche von jungen Menschen anzupassen und den Betrieben noch stärker als bisher als unterstützender Wegbegleiter zur Verfügung zu stehen. „Zudem ist eine Neuordnung der Förderstrukturen von Jugendwohnen geboten. Um die Funktionsfähigkeit

„Auch das Jugendwohnen muss sich interkulturell öffnen“

der Infrastruktur von Lehrlingsheimen zu gewährleisten, müssen insbesondere die Investitionskostenförderung der Internate überbetrieblicher Berufsbildungsstätten auf alle Wohnheime ausgedehnt werden, die junge Menschen zum Zwecke ihrer Berufsausbildung bzw. zur Vorbereitung auf eine Berufsausbildung beherbergen.“⁴ Damit die Erkenntnisse des Modellversuchs und die in diesem Rahmen erarbeiteten Handlungsempfehlungen eine nachhaltige Wirkung entfalten, verpflichtet sich der VKH, auch nach Beendigung des Modellversuchs aktiv an der Verbreitung der Erkenntnisse und Empfehlungen im Handlungsfeld Jugendwohnen zu arbeiten, um auf diese Weise zu ermöglichen, dass sich eine wachsende Zahl von Einrichtungen des Jugendwohnens in systematischer Zusammenarbeit mit Ausbildungsbetrieben im Rahmen der erprobten Maßnahmen der bedarfsgerechten Förderung junger Menschen mit schlechteren Startchancen widmet. //

Der Autor:

Joachim Ritzerfeld ist Projektreferent beim Verband der Kolpinghäuser eV. E-Mail: ritzerfeld@kolpinghaeuser.de

Jugendwohnen – Zielgruppen und Nachfrage

Jugendwohnen ist als Leistung im § 13 Abs. 3 des Kinder- und Jugendhilfegesetzes (SGB VIII) verankert – und wurde im Jahr 2007 von über 200.000 Jugendlichen in Anspruch genommen.⁵ Es ist ein Unterstützungsangebot für junge Menschen im Alter von 14 bis 27 Jahren, die ausbildungs- und arbeitsmarktbedingt, aus Gründen der Teilnahme an schulischen oder beruflichen Bildungs- und Eingliederungsmaßnahmen sowie aus sonstigen Gründen die Familie verlassen und an einem anderen Ort auf sich allein gestellt sind. Jugendwohnen zeichnet sich dadurch aus, dass es jungen Menschen bezahlbaren Wohnraum samt pädagogischer Begleitung im Zuge ihrer Ausbildung bietet. Wie die Ergebnisse des Forschungs- und Entwicklungsprojektes „leben.lernen.chancen nutzen“ belegen, hätten nahezu 23,5 % aller an der Befragung teilnehmenden Auszubildenden ohne Jugendwohnen ihre Ausbildung vorzeitig abgebrochen.⁶ Jugendwohnen kann nicht nur einem Ausbildungsabbruch entgegenwirken, sondern erhöht auch die Mobilitätsbereitschaft von Jugendlichen. In den Einrichtungen des Jugendwohnens werden junge Menschen sozialpädagogisch begleitet und unterstützt, damit sie ihre Ausbildung erfolgreich an dem entsprechenden Arbeitsplatzort trotz einer großen Entfernung und damit Trennung von ihrem Elternhaus absolvieren können. Daher gibt es in Jugendwohnheimen zahlreiche Angebote in Form von Workshops, Spiel- und Themenabenden, in denen Bewohner/-innen Hilfestellungen bei der Bewältigung ihres Tagesablaufs und beim Erwerb sozialer Kompetenzen (gemeinsames Essen, Konfliktlösungsstrategien, Religions- und Umweltpädagogik, Berufseinstiegsbegleitung usw.) erhalten.

Obwohl es gegenwärtig bundesweit nahezu 550 Standorte für Jugendwohnheime gibt, bleibt die Frage offen, weshalb das Jugendwohnen bestimmte Zielgruppen bislang eher nicht erreicht. Dazu präsentiert die Studie „leben.lernen.chancen nutzen“ auf der Grundlage ihrer Datenerhebung aus den Jahren 2007–2011 neben Faktoren wie Ausschreibungs- und Vermittlungspraxis der Bundesagentur für Arbeit oder der Finanzierbarkeit verschiedene Gründe, u. a.:

- **Einrichtungsbezogene Gründe:** Hier wurden vor allem die mangelnde Bekanntheit der Einrichtung sowie die räumliche Ausstattung (...) angeführt.
- **Gründe, die in den Wünschen bzw. der Lebenspraxis der jungen Menschen beruhen:** Manche Einrichtungen gehen davon aus, dass die jungen Menschen eher eine eigene Wohnung bevorzugen. Außerdem wird die Erfahrung angeführt, dass die jungen Menschen mobiler geworden sind bzw. auch für größere Entfernungen Fahrgemeinschaften bilden, anstatt ins Jugendwohnen zu ziehen.⁷

Literatur:

HERMANN, Manfred (2003): „Skizze der Anfänge der Jugendsozialarbeit“. In: jugendsozialarbeit aktuell, Nummer 34.

MÜLLER, Stefan: „Tradition der Lehrlingsheime wiederentdecken“. Ein Beitrag zum Jugendwohnen von Stefan Müller, MdB, Bildungspolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

VERBAND DER KOLPINGHÄUSER (Hg.) (2012): Jugendwohnen in Deutschland. Ergebnisse des Forschungs- und Praxisentwicklungsprojektes „leben.lernen.chancen nutzen“.

Anmerkungen:

¹ Statistische Ämter des Bundes und der Länder (2011): Demografischer Wandel in Deutschland, Heft 1, S. 8.

² Vgl. Hermanns (2003).

³ Mitunter erweisen sich die Berufswünsche von jungen Menschen als unrealistisch, da sich die Interessenlage der Jugendlichen nicht mit den Anforderungen der Betriebe (z. B. Schulabschluss) deckt. In dem beschriebenen Verfahren geht es darum, den Jugendlichen nicht nur eine berufliche Klarheit zu verschaffen, sondern auch eine ihrer Bildungsbiografie entsprechende realitätsbezogene Sichtweise zu vermitteln. Der Jugendliche steht mit seinen Interessen im Vordergrund der Beratung.

⁴ Müller.

⁵ Vgl. Verband der Kolpinghäuser (2012), S. 14.

⁶ Vgl. ebd., S. 131.

⁷ Vgl. ebd., S. 75.



Ohne Ausbildung, Arbeit, Ein- und Auskommen

– zu viele Jugendliche in Europa sind ohne Zukunftsperspektive

Ulrike Hestermann

Fachkräftemangel, demografischer Wandel und Finanzkrise sind die Schlagworte, in deren Zusammenhang auch Jugendarbeitslosigkeit als Skandal erwähnt und europaweit nahezu einhellig verurteilt wird. Die Quoten der Jugendarbeitslosigkeit klingen atemberaubend. Die genannten Prozentzahlen suggerieren Genauigkeit und Sachlichkeit, auch wenn sie von der Bezugsgröße abhängen und damit oft zu hoch gegriffen sind. Für Deutschland wird dabei eine vergleichsweise niedrige Quote reklamiert.

Aber Prozentanteile hin, Prozentanteile her – Fakt ist: In absoluten Zahlen sind etwa sechs Millionen Jugendliche in Europa ohne Ausbildung, Arbeit und Auskommen. Hierzu sind diejenigen noch nicht gezählt, die ihre Ausbildungszeiten wegen der geringen Chancen am Arbeitsmarkt verlängern oder sich im Übergangssystem stauen. Zu vielen Jugendlichen in Europa ist damit die Grundlage für eine Perspektive vorenthalten, die ihnen einen Weg zur Teilhabe am gesellschaftlichen Leben bereitet. Schon kursieren Begriffe wie „Verlorene Generation“ oder „Verschwendete Jugendliche“. Dem Lamentieren folgt jedoch weitgehend nichts, was die Lage ändern könnte.

Aber was brauchen wir, damit für große Teile der europäischen Jugendlichen der Weg in ökonomische und persönliche Unabhängigkeit auch tatsächlich frei gemacht wird? Eine abgeschlossene Ausbildung sichert heute längst nicht mehr automatisch die Integration in Arbeit. Sicher ist aber, dass Bildung und Ausbildung, dass Qualifizierung die Wahrscheinlichkeit erhöhen, einen akzeptablen Platz auf dem Arbeitsmarkt und in der Gesellschaft zu finden. Zumindest auf diese Perspektive haben alle Jugendlichen in Europa und anderswo einen Anspruch.

Die gesetzlich verankerte Garantie auf einen Ausbildungsplatz für alle Jugendlichen, die willens und in der Lage sind, eine Ausbildung zu absolvieren, könnte die Ernsthaftigkeit der Verantwortlichen, etwas an der Situation ändern zu wollen, deutlich machen und kann ein Schritt in die richtige Richtung sein. Allerdings nur, wenn dieser Anspruch nicht nur auf dem Papier existiert und die notwendigen Mittel zur Umsetzung bereitstehen. Das heißt: Alle, die keinen Ausbildungsplatz in einem Unternehmen finden, erhalten die Möglichkeit zu einer überbetrieblichen Ausbildung. Diese muss so gestaltet sein, dass sie zu einem entsprechenden anerkannten Abschluss führt, aner-

„Zu vielen Jugendlichen in Europa wird der Weg zur Teilhabe am gesellschaftlichen Leben vorenthalten“

kannte Qualitätsstandards erfüllt und Jugendliche tatsächlich zur Ausübung des gewählten Berufes befähigt. Dass eine Ausbildungsgarantie nicht nur ein „rentables Instrument zur Sicherung des Fachkräftebedarfs“ sein kann, sondern auch „einen wichtigen Beitrag zu mehr Bildungsgerechtigkeit“ leistet, belegt eine vor kurzem vorgelegte Studie.¹

„Gefordert ist eine Ausbildungsgarantie auf internationaler Ebene!“

Im internationalen Jugendaustausch und der europäischen Begegnung können Jugendliche ihre Kompetenzen stärken und ihren Horizont erweitern; die Jugendsozialarbeit versucht, verstärkt auch benachteiligten Jugendlichen Zugänge zu diesen Erfahrungen zu ermöglichen. Aber auch auf der verbandlichen und politischen Ebene sollten wir als Jugendsozialarbeit stärker den Blick über die nationalen Grenzen hinweg auf die soziale Lage in anderen europäischen Ländern richten. In dieser Hinsicht hat die EU-Jugendstrategie eine wichtige Anregungs-

funktion. Es geht darum, über nationale Grenzen hinweg die Bildungs- und Arbeitssituation junger Menschen in den Fokus der europäischen Politik zu stellen und die Forderung nach einer Ausbildungsgarantie zu einem gemeinsamen Thema zu machen, um diese dann mit anderen europäischen Protagonisten und Bündnispartnern zu vertreten.

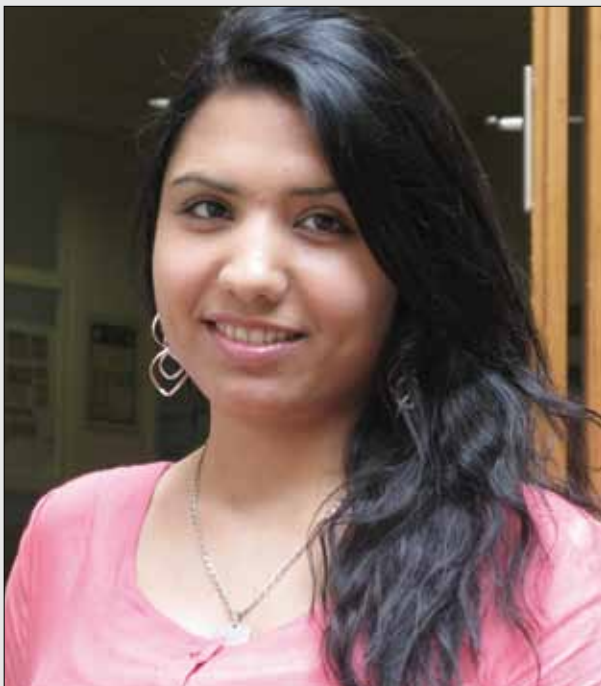
Fordern wir also eine Ausbildungsgarantie auf internationaler Ebene, die das Recht aller jungen Menschen unterstreicht, unabhängig von sozialer Lage und nationaler Wirtschaftskrise eine Chance zu bekommen, sich beruflich zu qualifizieren und auf dieser Grundlage ein unabhängiges eigenständiges Leben zu führen! //

Die Autorin:

Ulrike Hestermann ist Referentin beim Internationalen Bund.
E-Mail: Ulrike.Hestermann@internationaler-bund.de

Anmerkungen:

¹ Klemm, Klaus (2012): Was kostet eine Ausbildungsgarantie in Deutschland? Im Auftrag der Bertelsmann Stiftung. Gütersloh.



Fehda, 18 Jahre, ist Teilnehmerin im Projekt „Assistierte betriebliche Ausbildung benachteiligter junger Menschen mit und ohne Migrationshintergrund in kleinen und mittleren Unternehmen“ bei Zukunftsbau GmbH in Berlin.

Nahaufnahme

Mit 15 habe ich davon geträumt, ...

Erzieherin oder Krankenpflegerin zu werden und Fachabitur zu machen.

Einen Tag lang würde ich gerne ...

Schauspieler:in sein.

Mich ärgern ...

die Absagen von den Ausbildungsplätzen.

Ich kann gut ...

mit Menschen umgehen.

Ich finde mich ...

freundlich, hilfsbereit, flexibel.

In zehn Jahren möchte ich ...

Erzieher:in sein.



Vom Europäischen zum Deutschen

Qualifikationsrahmen für lebenslanges Lernen

Weltweit arbeiten ca. 100 Staaten an Qualifikationsrahmen der (beruflichen) Bildung oder haben sie schon erarbeitet; die Europäische Union ist prominent an diesem Prozess beteiligt. Im April 2008 verabschiedeten Europäisches Parlament und Europäischer Rat einen „Europäischen Qualifikationsrahmen für lebenslanges Lernen“ (EQR); er verfolgt u. a. das Ziel, durch größere Transparenz die Mobilität in der Aus- und Weiterbildung in Europa zu befördern und die Qualität der Bildungssysteme und -angebote zu verbessern.

Eberhard Funk

Der EQR orientiert sich an Kompetenzen und beruflicher Handlungsfähigkeit; seine acht Referenzniveaus decken die gesamte Bandbreite von Qualifikationen ab, die in Form von Lernergebnissen beschrieben werden: Letztere zeigen an, was ein Lernender nach Abschluss eines Lernprozesses weiß, versteht und in der Lage ist zu tun. Der EQR beruht auf drei Säulen (Kenntnissen, Fähigkeiten und Kompetenzen) und versteht sich als

Brücke zwischen formalem, non-formalem und informellem Lernen und bezieht damit – durch Erfahrungen gewonnene – Lernergebnisse mit ein.

In Deutschland hat der Arbeitskreis Deutscher Qualifikationsrahmen (AK DQR), dem rund 25 Sachverständige aus den Bereichen Wirtschaft, Wissenschaft, Gewerkschaften, Freie Wohlfahrtspflege, Vertretungen von Bundesländern sowie des

„Die Einstufungen im DQR sind auch das Ergebnis von politischen Verhandlungen“

Bundesinstituts für Berufsbildung (BIBB) angehören, einen Deutschen Qualifikationsrahmen für lebenslanges Lernen erarbeitet. Auf der 17. Sitzung des AK DQR am 10. November 2010 hat er seinen „Vorschlag für einen Deutschen Qualifikationsrahmen für lebenslanges Lernen“ im Konsens beschlossen. Er besteht aus einem Einführungstext, einer Matrix und einem Glossar. Vereinbart, aber noch nicht umgesetzt, ist die Einbeziehung non-formal und informell erworbener Kompetenzen in die Niveaustufen des DQR. Obwohl großer wissenschaftlicher Sachverstand vertreten war, handelt es sich letztlich doch um einen politischen Prozess, in dem Setzungen auch Verhandlungssache sind. Das Spitzengespräch zwischen Politik und Sozialpartnern, das am 31.01.2012 stattgefunden hat, hat sich darauf verständigt, die allgemeinbildenden Abschlüsse zunächst aus dem DQR herauszuhalten.¹ Nunmehr sollen zweijährig ausgebildete Berufe auf Niveau 3, dreijährige und dreieinhalbjährige auf Niveau 4 eingeordnet werden, Niveau 5 ist für die (Aufstiegs-)Fortbildung vorgesehen; im Jahr 2017 sollten die Einstufungen (auch eine mögliche Aufnahme der allgemeinbildenden Abschlüsse in den DQR) überprüft werden.

Der DQR besteht, wie der EQR, aus acht Referenzniveaus, die als gemeinsamer Bezugspunkt fungieren und die alle Qualifikationen abbilden. Er beschreibt allgemein-persönliche Kompetenzen, basierend auf beruflicher Handlungsfähigkeit, und geht von einer grundsätzlichen Gleichwertigkeit von fachlicher und personaler Kompetenz aus. Nicht in die DQR-Matrix aufgenommen wurden Handlungskompetenzen, die vorhanden, aber im konkreten Arbeitsablauf nicht nachgefragt werden (Ausdauer, Verlässlichkeit, Aufmerksamkeit, Genauigkeit, intellektuelle Kompetenz) sowie ethische Dispositionen (normative, ethische und religiöse Reflexivität, interkulturelle und interreligiöse Kompetenz, gelebte Toleranz, demokratische Verhaltensweise), die lediglich Eingang in den Einführungstext gefunden haben, jedoch durchlaufende Dimensionen aller acht Niveaus sind.

Während einige europäische Länder (Schweiz, Frankreich, Finnland) bei der Erarbeitung ihrer nationalen Qualifikationsrahmen von einem umfassenden Bildungsverständnis ausgingen, in dem formale, non-formale und informelle Bildungsprozesse Eingang fanden, ging Deutschland stufenweise vor: Zunächst wurden anerkannte Berufe (formale Qualifikationsprofile) als Maßstab für die Zuordnung zu den Stufen des DQR gewählt; Leitidee war hierbei „employability“ (Beschäf-

tigungs-/Berufsfähigkeit); eine Orientierung an Kompetenzen würde damit erst bei einer Neuordnung von Berufen angewandt werden. Somit haben entgegen der angestrebten Lernweg- und Lernortunabhängigkeit auch prozessorientierte Kompetenzen und Input-Kriterien Eingang in den DQR gefunden.

„Der DQR muss auch non-formale und informelle Bildung berücksichtigen“

Qualifikationen werden in Deutschland bisher fast ausschließlich über formale Bildungsgänge erfasst; Qualifikationsnachweise beruhen weitgehend auf formalem Lernen und auf formalisierten Prüfungen. Lernen, das sich außerhalb der formalisierten Bildung in offenen Kontexten vollzieht, wird nur in geringem Maße dokumentiert.

Informelles und non-formales Lernen deckt jedoch einen großen Teil des Lernens ab und ist fester Bestandteil in Arbeits- und Geschäftsprozessen. Auch mit Blick auf den sich abzeichnenden Fachkräftemangel, die Einbeziehung von Frauen mit oft gebrochener Bildungsbiografie in den Arbeitsmarkt und die vielen Jugendlichen im sogenannten „Übergangssystem“ ist es notwendig, informell und non-formal erworbene Kompetenzen in Deutschland zu validieren, um den Anforderungen der Dienstleistungs- und Wissensgesellschaft besser gerecht zu werden.

Verfahren, Methoden und Instrumente der Erfassung und Feststellung informell und non-formal erworbener Kompetenzen wurden entwickelt oder befinden sich aktuell in der Entwicklung. Verfahren zur Analyse und Messung von Kompetenzen müssen sich an einer umfassenden beruflichen Handlungskompetenz orientieren. Bezugspunkte sind hier: ganzheitliche Arbeitsaufgaben, die Anforderungen des Arbeitsmarktes unter dem Aspekt langfristiger Verwertbarkeit der Qualifikationen sowie die Mitwirkung an betrieblichen und gesellschaftlich-sozialen Prozessen.

Das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) wird eine Experten/-innen-Gruppe einberufen, die die Validierung non-formal und informell erworbener Kompetenzen im DQR – aber auch darüber hinaus – voranbringen soll. Sie soll

„Competent bodies oder Validierungsexperten/-innen – wer soll für die Kompetenzfeststellung verantwortlich sein?“

Mindestanforderungen und ca. 15 ausgewählte potenziell zuordnungsfähige Ankerqualifikationen definieren und exemplarisch (bezogen auf Qualifikationen, Lernbereiche, Fächer und Berufe) beispielhaft dem DQR zuordnen, um auf diese Weise formale, non-formale und informell erworbene Kompetenzen zu verklammern. Der DQR wird die Bedeutung der Anerkennung non-formal und informell erworbener Qualifikationen in seinen Einleitungstext aufnehmen.

Die Frage, wer für die Kompetenzfeststellung zuständig sein soll, ist strittig. Für die Praxis der Kompetenzfeststellung beruflich Tätiger kommt Personalverantwortlichen, Hochschulen, Kommunen, der Arbeitsverwaltung und möglicherweise auch der Jugend(sozial)arbeit eine bedeutende Rolle zu. Die Verfahren beruhen meist auf der Kommunikation mit den Beschäftigten oder Stellenbewerbern/-innen. Der Gefahr einer „Aushandlung“ von Kompetenzfeststellungsergebnissen sollte durch klare Qualitätsrichtlinien und -vorgaben vorgebeugt werden. Ein grundlegendes Problem der Beurteilung besteht darin, dass berufliche und hochschulische Bildung unterschiedlichen Logiken folgen. Dies betrifft insbesondere die Akzeptanz der Gleichwertigkeit von formal, non-formal und informell erworbenen Kompetenzen.

Die berufliche Bildung will das bestehende Bildungssystem durch Einbezug von non-formal und informell erworbenen Kompetenzen erweitern, nicht jedoch Organisationen und Verfahren des formalen Systems ersetzen oder deren Relevanz relativieren; daher soll es keine neue Behörde, sondern zuständige Stellen geben („competent bodies“), die unabhängig, pluralistisch und paritätisch auf die jeweilige Domäne bezogen zu besetzen sind. Nach Meinung der beruflichen Bildung sollte hierbei die Externenprüfung eine zentrale Rolle spielen, die insbesondere die Äquivalenz anhand bestehender Ordnungsmittel attestiert (validiert).

Demgegenüber plädiert die Weiterbildung weitgehend für einen Systemwechsel, für eine Zertifizierung von Kompetenzen und damit zusammenhängend für die Schaffung zentraler übergeordneter Zertifizierungsinstanzen. Zugeordnet werden sollten Aufstiegs- und Anpassungsqualifizierungen; die Zertifikate sollten auf kompetenzorientiert beschriebenen Lernzielen basieren. Aufgrund ihrer Anbindung an die formale Bildung können sie dem DQR zugeordnet werden. Die Zuordnung non-formaler und informeller Kompetenzen kann durch Äquivalenzprüfung erfolgen, wobei nationale und internationale Erfahrungen und Ansätze evaluiert und berücksichtigt werden sollen.

Da informell erworbene Kompetenzen nur individuell festgestellt werden können, erfordert der Prozess der Beratung, Ermittlung, Erfassung und Feststellung, Bewertung und Zertifizierung nach Auffassung der Weiterbildung eine

spezielle Ausbildung und Qualität der Arbeit – eventuell auch eine eigene Professionalität und spezielle Qualifikation („Validierungsexperte/-in“).²

Fünf Schritte zur umfassenden Einbeziehung von Kompetenzen

Die Arbeitsgruppen des AK DQR zur Einbeziehung non-formal und informell erworbener Kompetenzen in einen DQR hielten mehrheitlich ein Kernverfahren für angebracht, das sich aus fünf Schritten zusammensetzt:

- Niedrigschwellige Information/Beratung über Verfahren und Fragen der Zuordnung zum DQR
- Identifizierung und Dokumentation von Kompetenzen mit einem breiten Ansatz, der im non-formalen Bereich z. B. Zertifikate oder Portfolios (individuelle Kompetenzbündel) umfasst
- Erfassung von Kompetenzen durch verschiedene Verfahren der Kompetenzfeststellung, die reliabel und valide sind
- Zertifizierung von Kompetenzen: Beschreibung der Lernergebnisse in Bezug zu einer Referenzqualifikation des zugeordneten DQR-Niveaus
- Qualitätssicherung

Acht Zuordnungen im DQR

Auf der Sitzung des AK DQR am 13.09.2012 wurden ein Leitfaden und folgende Zuordnung grundlegender Qualifikationen im DQR beschlossen:

1. Berufsausbildungsvorbereitung, Maßnahmen der Agentur für Arbeit (BVB), Berufsvorbereitungsjahr (BVJ)
2. Berufsausbildungsvorbereitung, Maßnahmen der Agentur für Arbeit (BVB), Berufsvorbereitungsjahr (BVJ)
Einstiegsqualifizierung (EQ), Berufsfachschule (Berufliche Grundbildung)
3. Duale Berufsausbildungen (2-jährige Ausbildungen)
Berufsfachschule (Mittlerer Schulabschluss)
4. Duale Berufsausbildungen (3- und 3 ½-jährige Ausbildungen), Berufsfachschule (Assistenzberufe), Berufsfachschule (Vollqualifizierende Berufsausbildung)
5. Zertifizierter IT-Spezialist, Geprüfter Servicetechniker
6. Bachelor, Geprüfter Fachkaufmann, Fachschule
(z. B. staatlich geprüfter Techniker), Geprüfter Fachwirt, Geprüfter Meister, Geprüfter Operativer IT-Professional
7. Master, Geprüfter Strategischer IT-Professional
8. Promotion³

In einer Ad-hoc-Arbeitsgruppe, in der Vertreter/-innen von BMBF, BMWi, BIBB, DGB, DIHK und ZDH vertreten sind, sollen juristische Probleme im Zusammenhang mit der Einstufung von Zeugnissen im DQR geklärt werden, damit eine Einstufung von Qualifikationen im DQR ab 2013 erfolgen kann.⁴

Vorgesehen ist zudem die Errichtung einer Nationalen Koordinierungsstelle (NKS), die die Gesamtstimmigkeit des DQR und die ihm entsprechenden Zuordnungen überprüfen und in einem gemeinsam festgelegten Verfahren zukünftig mit dem AK DQR kooperieren soll.

Aus Sicht der Jugendsozialarbeit bleiben mehrere Fragen offen: Sollen im DQR Teilqualifikationen identifiziert, anerkannt und akkumuliert werden können? Wie finden non-formal und informell erworbene Kompetenzen ihren Weg in die (berufliche) Bildung und die entsprechenden Zertifikate? Wer wird in dem Bereich „competent body“, insbesondere auch bei der Beratung, zuständig sein – kann Jugendhilfe bzw. Jugendsozialarbeit hierbei eine eigenständige Rolle spielen? Und falls ja – unter welchen Voraussetzungen? //

Der Autor:

Dr. Eberhard Funk ist Referent beim Deutschen Verein für öffentliche und private Fürsorge und vertritt stellvertretend die BAG FW im AK DQR. E-Mail: funk@deutscher-verein.de

Anmerkungen:

¹ Dies wurde auch – zumindest vorläufig – für die Gesundheitsfachberufe vereinbart, deren Einordnung im Zusammenhang

mit der in der Novellierung befindlichen Europäischen Richtlinie über Berufsqualifikationen (2005/36/EG) große Unsicherheit hervorruft.

² Die Europäische Union hat am 5.9.2012 einen Vorschlag für eine Empfehlung des Europäischen Rates zur Validierung der Ergebnisse non-formalen und informellen Lernens in den nationalen Qualifikationsrahmen vorgelegt; er sieht vor, allen Bewohnern/-innen der EU bis 2015 einen Anspruch auf Anerkennung von Kompetenzen einzuräumen.

³ Weitere Qualifikationen der Aufstiegsfortbildung werden nach dem im gemeinsamen Beschluss beschriebenen Verfahren konsensual zugeordnet.

⁴ Außerdem wurde der Referenzierungsbericht verabschiedet, der zuerst der Amtschefkonferenz der Kultusministerkonferenz Mitte November präsentiert und dann der EQF-advisory group am 4./5.12.2012 vorgelegt werden soll; diese koordiniert die Implementierung der nationalen Qualifikationsrahmen in den EQR auf europäischer Ebene.

Weitere Informationen finden Sie auch in der Veröffentlichung „Eckpunkte zur Anerkennung von non-formal und informell erworbenen Kompetenzen junger Menschen und ihre Einordnung in einen Deutschen Qualifikationsrahmen für lebenslanges Lernen (DQR)“ (www.jugendsozialarbeit.de/media/raw/Eckpunktepapier.pdf).

Impressum

DREIZEHN

Zeitschrift für Jugendsozialarbeit
Ausgabe 8/2012, 5. Jahrgang
ISSN 1867-0571

Herausgeber:

Kooperationsverbund Jugendsozialarbeit
(Rechtsträger: Bundesarbeitsgemeinschaft
Katholische Jugendsozialarbeit e.V.)
Chausseestraße 128/129, 10115 Berlin
Tel.: 030-288 78 95-38
Fax: 030-288 78 95-5
E-Mail: dreizehn@jugendsozialarbeit.de
Internet: www.jugendsozialarbeit.de

V. i. S. d. P.:

Walter Würfel (Sprecher Kooperationsverbund Jugendsozialarbeit)

Redaktion:

Annika Koch (ak), Andrea Pingel (ap)
Mitarbeit für Ausgabe 8:
Berndt de Boer, Michael Fähndrich, Ulrike Hestermann, Kristin Höfler, Daniela Keess, Sonja Kienzle, Juliane Ostrop, Hans Steimle, José Torrejón, Anna Traub, Anna Warnking, Walter Würfel

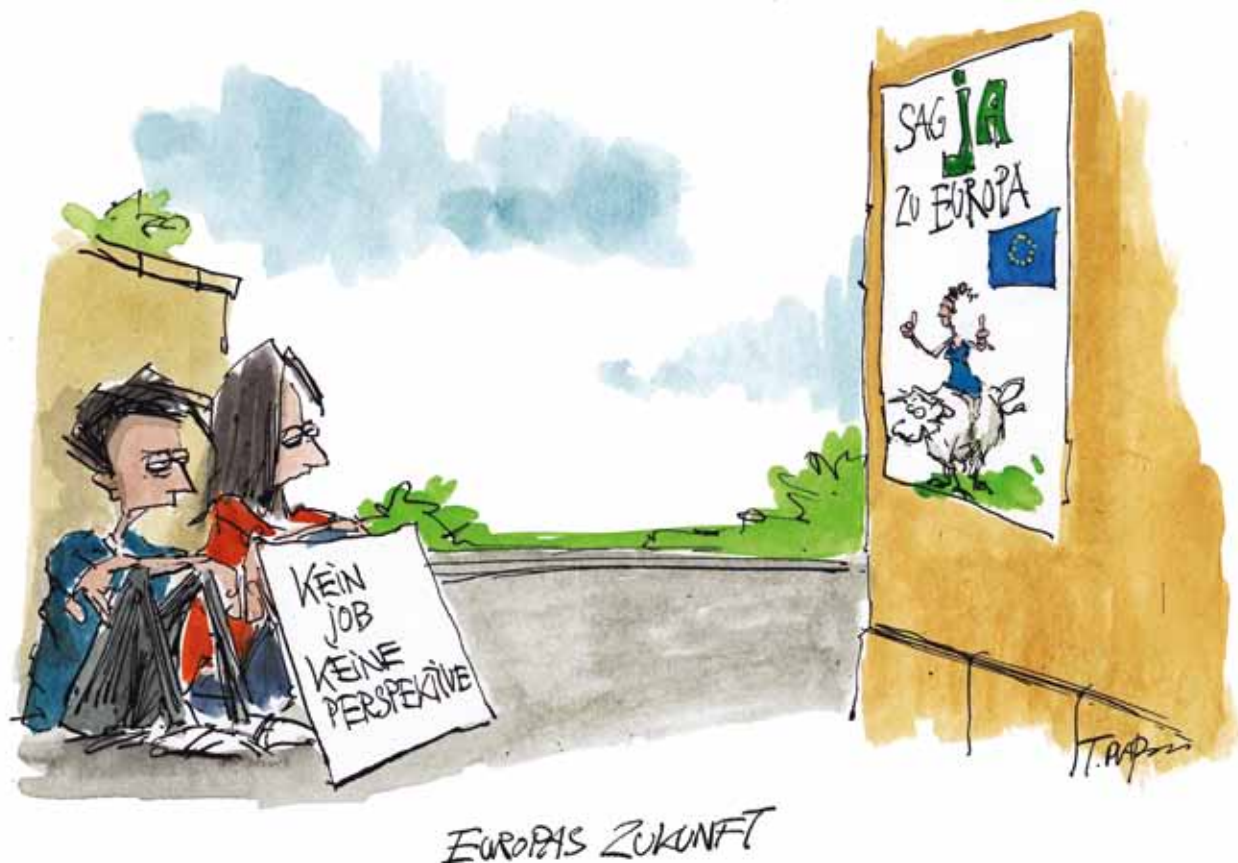
Redaktionsbeirat:

Wolfgang Barth, Birgit Beierling, Michael Fähndrich, Ulrike Hestermann, Michael Kroll, Andreas Lorenz, Bodo Neubacher, Juliane Ostrop, Dr. Thomas Pudelko, Petra Tabakovic, Anna Traub, Oliver Trisch, Klaus Umbach, Klaus Wagner, Angela Werner, Walter Würfel

Grafisches Konzept, Layout und Satz:
HELDISCH.com, Berlin

Korrektur:

Tom Seidel – Die Korrigierer, Berlin



Fotonachweis:

Titel: froodmat/photocase.com

S. 4, 6, 10, 17, 20, 25, 26, 31, 35,
38, 49, 51: HELDISCH.com, Berlin

S. 12: misterQM/photocase.com

S. 23: Matthias Thurm

S. 32: Straßensozialarbeit Lauenburg/Elbe

S. 45: Kolpinghaus Nürnberg/Erich Daniel

S. 50: Annika Koch

Karikatur:

S. 55: Thomas Pläßmann

Druck:

BLOCH & Co

Beiträge von Autoren/-innen geben nicht unbedingt die Meinung des Kooperationsverbundes Jugendsozialarbeit wieder. Der Nachdruck von Beiträgen, auch auszugsweise, ist nur mit Genehmigung der Redaktion gestattet.

Unaufgefordert eingesandte Manuskripte finden nur in Absprache mit der Redaktion Beachtung.

Gefördert durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ)



Gefördert vom:



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend



Die gesetzlichen Grundlagen der Jugendsozialarbeit liefert das Kinder- und Jugendhilfegesetz (§ 13 SGB VIII), das den Anspruch junger Menschen auf angemessene Förderung formuliert.

Im Kooperationsverbund Jugendsozialarbeit haben sich die Arbeiterwohlfahrt (AWO), die Bundesarbeitsgemeinschaft Evangelische Jugendsozialarbeit (BAG EJS) und die Bundesarbeitsgemeinschaft Katholische Jugendsozialarbeit (BAG KJS), die Bundesarbeitsgemeinschaft örtlich regionaler Träger der Jugendsozialarbeit (BAG ÖRT), DER PARITÄTISCHE Gesamtverband (DER PARITÄTISCHE), das Deutsche Rote Kreuz (DRK) und der Internationale Bund (IB) zusammengeschlossen. Sein Ziel ist es, die gesellschaftliche und politische Teilhabe von benachteiligten Jugendlichen zu verbessern.

KOOPERATIONSVERBUND JUGENDSOZIALARBEIT

Chausseestraße 128/129 | 10115 Berlin

Tel. 030-288 78 95-38 | Fax 030-28 87 89-55

kooperationsverbund@jugendsozialarbeit.de

www.jugendsozialarbeit.de

 www.facebook.com/KVJugendsozialarbeit

